



**LINKE MONATSZEITUNG  
FÜR POLITIK, KULTUR UND GESCHICHTE**

- > **Lebensweg: Bonn – Berlin – Borna**  
LN fragt und trifft OBM Simone Luedtke **Seite 4**
- > **Verletztes E-Mail-Geheimnis**  
Streiks contra Wut und Tränen **Seite 5**
- > **Tradition und Moderne in Libyen**  
Widersprüche einer 17-Tage- Reise **Seiten 12-13**
- > **Vor 75 Jahren: Zeltstadtrazzia**  
Polizei und SS jagen Leipziger Kommunisten **Seite 18**
- > **Wie sich olympische Zeiten ändern**  
Ehrentribüne ohne deutsche Kanzlerin **Seite 20**

**14**

2008

**2,00  
Euro**

16. Jahrgang  
Juli / August

www.  
leipzigs-neue.de

**Nur 1,80 Euro  
im Abo**

## Unterschiedliche Meinungen ...



So bezeichnet Diplomgrafiker Lutz Hirschmann seine Farbcollage



Foto: Märker

**Nur im Widerstreit wird Wahrheit entdeckt**

### Editorial

„Die Entartung der Demokratie und die Inhumanität der Geldmacherei wird heute wohl von Millionen Menschen erlebt, erlitten und erahnt, aber nur von einem kleinen Häuflein Kritiker klar zur Sprache gebracht.“ So schreibt es einer unserer Kommentatoren in dieser Ausgabe. Und im Hörfunk, es war der Deutschlandfunk, äußerte Friedrich Kittler, stellvertretender Direktor des Hermann von Helmholtz Zentrums für Kulturtechnik, an einem Juli-Sonntagmorgen: „Der Kapitalismus ist die Katastrophe einer Balance innerhalb eines uralten Tauschsystems der Menschheit.“ Sie entdecken dieses Zitat in den so gern gelesenen „Fundsachen“ auf der letzten Seite. Ja, und wenn Sie als Leser jetzt noch etwas intensiver auf Lutz Hirschmanns nebenstehende Farbcollage und das untere Foto auf dieser Seite schauen, dann sind wir als Redaktion und Sie als Leser mitten drin im gemeinsamen Diskutieren und Nachdenken. Unübersehbar hat sich LEIPZIGS NEUE mit dieser Sommerausgabe 14 verändert, rein oberflächlich im Druck aber auch inhaltlich, im Setzen unterschiedlicher regionaler Akzente. Wir hoffen, dass unsere Leser das akzeptieren werden, denn entsprechende Wünsche erhielt unsere Redaktion in den letzten Wochen. Natürlich ist uns daran gelegen, zu dem einen oder anderen gar nicht so leichtgewichtigen Problem mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Beachten Sie da u.a. die Seite fünf, auf der wir das E-mail Geheimnis verletzen ... aus gutem Grund. Die große Kreisstadt Borna wird ab August von einer Oberbürgermeisterin der LINKEN regiert. Dass dieser politische Erfolg nicht einfach zu bewältigen ist, deutet Simone Luedtke in ihrem ausführlichen Interview mit LEIPZIGS NEUE an. Nach den berühmten 100 Tagen werden wir erneut an ihre Tür klopfen. Die nächste Ausgabe von Leipzigs Neue erscheint nach einem verdienten Sommerurlaub des Teams im September.

Michael Zock

## Kommentiert

# Ein Gespenst

## Zur gegenwärtigen Demokratieverdrossenheit

**E**in Gespenst geht um in Europa und in der Welt - das Gespenst der Demokratie. Alle Kräfte haben sich mit ihm verbündet, Christ-, Sozial-, Liberal- und sonstige Demokraten, Konservative und Reformen, Unternehmer und Gewerkschafter, alte und neue Anhänger der unwiderruflich höchsten Stufe aller gesellschaftlichen Entwicklung. Wo ist die Opposition gegen die Herrschaft des Geldes im Namen der Freiheit und des Rechts? Wo ist die Opposition gegen die Macht der Parteien im Namen der Wähler? Wer wagt es, sich dem vernichtenden Vorwurf auszusetzen, ein unwissender und unbeherrschbarer, reaktionärer und realitätsfremder, gewissenloser und gemeingefährlicher Gegner der einzig wahren Gesellschaft zu sein, indem er frei von parteipolitischen Fesseln und eingebleu-

ten Denkklišees am Thron des heiligsten Heiligtums unserer Zeit rüttelt? Zweierlei geht aus diesen Tatsachen hervor: Die Entartung der Demokratie und die Inhumanität der Geldmacherei wird heute wohl von Millionen Menschen erlebt, erlitten und erahnt, aber nur von einem kleinen Häuflein Kritiker klar zur Sprache gebracht. Es ist hohe Zeit, daß diese ihre Ideen und Ziele vor aller Welt offen darlegen und dem Märchen von der besten Wirtschafts- und Staatsordnung entgegenstellen; und es ist unerläßlich, dass sich alle, denen das Wohl der Menschheit am Herzen liegt, nicht nur über das unselige Gespenst der Demokratie, sondern über ihren wahren Geist verständigen.

• REINHARD LOCHNER

## Falsch Zeugnis

### Vom Missbrauch der Kanzelhoheit

**V**om Alter sind die beiden großen Leipziger Innenstadtkirchen wohl ähnlich. Aber während Sankt Nikolai durch die 1989er Ereignisse weltbekannt wurde, war es die Thomaskirche durch den Thomanerchor und Bach schon vorher und wird es wohl bleiben. Auch Geistliche prägen Gotteshäuser. Pfarrer Führer hat das Seine durch die Friedensgebete getan. In der Thomaskirche versucht Christian Wolff seit 1992 Vergleichbares, seit er nämlich dort auf der Kanzel steht. Kürzlich predigte er über das Thema Mission und meinte „Entchristianisierung ist der nachhaltigste Erfolg der DDR-Zeit.“ Nun könnte einem Gottesmann entgegengehalten werden, es habe ja wohl auch andere Erfolge gegeben, die Christen gar nicht unlieb sein sollten – die Erkenntnis beispielsweise, dass Geld gar nicht so wichtig ist. Oder die längste Friedensperiode in Europa. Oder gesicherte Arbeitsplatz.

Aber Herrn Wolff treibt anderes um, wenn er sagt: „Allein die Tatsache, dass in Leipzig sieben Mal mehr Jugendliche zur Jugendweihe gehen als den Konfirmandenunterricht besuchen, zeigt auf, welch riesiger unbearbeiteter Acker hier vor uns liegt - von dem Neuheidentum, das vor allem im wachsenden Rechtsradikalismus offenbar wird ... ganz abgesehen.“ Schauen wir, worüber der Geistliche von der Kanzel predigt: Der Fraktionschef der sächsischen NPD, Holger Apfel, – ohne Zweifel ein Rechtsradikaler – wurde im niedersächsischen Hildesheim geboren und kam erst nach 1990 nach Sachsen. Ebenso wie Alexander Delle, sein Stellvertreter, der in Mutlangen, in Baden-

Württemberg zur Welt kam. Der andere Stellvertreter, Dr. Johannes Müller, gehörte von 1988 bis 92 der CDU an, ein bekennender Christ also, auch wenn er sich heute konfessionslos nennt. Die DDR jedenfalls hat ihn dazu nicht gemacht. Die Wiege vom Mitglied des Fraktionsvorstands der Neonazis, Jürgen Gansel, stand im NRW-Städtchen Opladen. Und der „gelernte“ DDR-Bürger Peter Klose lässt auf der Fraktionsseite bekennen: „Schon zu DDR-Zeiten war Peter Klose begeisterter Zuschauer der Franz-Schönhuber-Sendung im Bayerischen Fernsehen ‚Jetzt red' i.‘“ Also prägten auch ihn bundesdeutsche Nazis. Udo Pastörs, der Fraktionsvorsitzende der NPD in Meklenburg-Vorpommern bereiste beruflich „nahezu den gesamten pazifischen Raum“ und liebt „Segelfliegen und das Fallschirmspringen“, was DDR-Bürgern eher selten möglich war. Und der innenpolitische Sprecher jener Fraktion, Michael Andrejewski, wurde in Baden-Baden geboren.

Unterm Strich bleibt: Der von Herrn Wolff zu Recht kritisierte Rechtsradikalismus hat seine Wurzeln in der alten Bundesrepublik, nicht im Neuheidentum der DDR. Das alttestamentarische Gebot, nicht falsch Zeugnis wider seinen Nächsten zu reden, vermochte es nicht, den Geistlichen zu bremsen. Vielleicht muss man ihm zugute halten, dass er in Düsseldorf geboren wurde, im Westen studierte und in Mannheim Pfarrer war, bevor er nach Leipzig kam. Aber in 16 Jahren könnte man auch Neues lernen - wenn man will.

• MARTIN OPITZ



Protest im Stadtzentrum - gespannte Aufmerksamkeit und Medieninteresse im Gerichtssaal während des Prozesses. Fotos:jfs

## Kleiner Laden – große Wirkung

### Thor Steinar Prozess am Leipziger Landgericht

Im Immobilienstreit zwischen ImmoVaria Beteiligungs AG gegen Uwe Meusel wegen Räumung und Herausgabe eines Geschäftslokals ist ein Urteilsspruch noch nicht gefällt worden. Eine zunächst anstehende gütliche Einigung der Prozess-Parteien ergab sich nicht. Der Rechtsanwalt der Mieterpartei forderte eine Summe von 200000 Euro für Geschäftsaufgabe und Räumung.

Die Vermieterin, die sich über das Nutzungskonzept ihrer Mieter arglistig getäuscht sieht, fordert nach dem Scheitern einer gütlichen Einigung nunmehr ein Urteil, welches am 28. August 2008, gefällt werden soll. Der jetzige Prozesstermin fand unter großem Sicherheitsaufgebot der Polizei und der Justizbeamten des Landgerichtes Leipzig statt. Das öffentliche Interesse an diesem Rechtsstreit war und ist sehr groß, polarisiert es doch die

Meinungen der Gegner und Befürworter über ein so genanntes „Modelabel“. Die Mieter gaben sich ahnungslos und überrascht, meinten sie doch nur Textilien, Schuhe und Leder, verkauft zu haben. Sie fragten an, was daran verwerflich wäre oder gar rechtsradikal? Sie sehen sich sogar einer „Textilzensur“ ausgeliefert. Wie heißt es doch? „... bei Euch, ihr Herren, kann man das Wesen für gewöhnlich am Namen lesen!“

Die meisten Textilien tragen den Schriftzug „Thor Steinar“, einer „nordischen“, mythischen Gestalt, deren Name missbraucht wird. Das Logo der Firma wurde auch oft in Verbindung mit der norwegischen Flagge gezeigt. Die Regierung von Norwegen wandte sich bereits 2006 an die deutschen Behörden, um den Missbrauch der norwegischen Flagge zu unterbinden.

• JÖRN FRIEDRICH SCHINKEL

## Vielfalt macht glücklich

### Global Space Odyssey am 26. Juli in Leipzig



**S**eit der Jahrtausendwende zogen in Leipzig in einer bunten, lauten Parade LKW's und mehrere Hundert Menschen, die für einen alternativen, freien Kulturbegriff und Gesellschaftsentwurf stehen, durch die Stadt. Die gemeinsame inhaltliche Forderung der Kulturschaffenden, politisch Interessierten und Aktiven und alternativ Lebenden war dabei immer wieder die nach einem selbstbestimmten Leben, nach Vielfalt und Solidarität. Dieser rote Faden wird auch in diesem Jahr aufgenommen, das Thema „Kultur“ steht im Mittelpunkt. Die „GSO“ konfrontiert dabei die gesellschaftliche Dimension und Funktion von Kultur, als Ware und „sozialer Kitt“ (Erich Fromm) mit einem Begriff von Kultur, der mit Freiheit, Selbstverwirklichung und -bewusstwerdung verknüpft ist. Konkreter wird es im

Aufruf zur „GSO 2008“, wenn die staatlich-städtische Kulturpolitik der Stadt ins Visier genommen wird: nicht nur, dass Kultur an sich dem Markt untergeordnet wird, nein: mit der Fixierung auf Hochkultur, wird der vielfältigen freien Kulturszene das (Über-)Leben schwer gemacht, hinzu kommen bürokratische Hürden, die die Existenz selbstinitiiert, freier Kulturprojekte gefährden.

„Es geht um mehr, als die freie Wahl der Freizeitgestaltung. Es geht um nicht weniger, als um das ganze Leben.“

Es ist kein Zufall, dass die Route der „Global Space Odyssey“ am 26. Juli aus dem Leipziger Süden ins Zentrum und dann über den Täubchenweg durch den Leipziger Osten führt, der in diesem Jahr ein Hauptaktionsfeld von Nazis war. „Nur in einem Klima der Toleranz und Vielfältigkeit, erst wenn wir unsere Ohnmacht ablegen und selber aktiv werden, können wir verhindern, dass sich Chauvinismus, Angst und Perspektivlosigkeit ausbreiten können.“ so heißt es im Aufruf.

• JULIANE NAGEL

**Start: Samstag, 26. Juli 2008, 12 Uhr ab Connewitzer Kreuz, 15 Uhr Augustusplatz, 19 Uhr Abschlussveranstaltung am Völkerschlachtdenkmal.**

## Ein Denkmal provoziert

CSD in Berlin und Leipzig „Wir sind Familie“

Das von den skandinavischen Künstlern Ingar Dragsted und Michael Elmgreen gestaltete Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen ist seit Ende Mai offiziell eingeweiht. Im Tiergarten und gegenüber dem Denkmal für die ermordeten Juden Europas, ragt eine einzelne Stele schräg in die Luft ...

Der 95-jährige Ruolf Bradza legte mit Bundestagsstagsvizepräsidenten, Wolfgang Thierse, einen Kranz am Denkmal nieder, eine Stunde bevor der Christopher-Street-Day eröffnet wurde und mit 500 000 Teilnehmern durch die Straßen Berlins ziehen sollte. Es war ein bewegendes Moment, denn Rudolf Bradza war wegen seiner Homosexualität im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert. Er ist vermutlich der letzte überlebende Schwule, der die Folter und die Pein der Konzentrationslager überlebte. Rudolf Bradza, meldete sich beim Lesben- und Schwulenverband Deutschland, denn er entnahm den Medien es gäbe keine überlebenden Schwulen aus der Zeit des Faschismus. Schwule wurden mit dem Paragraf 175 verfolgt, den die Nazis aus der Weimarer Republik übernahmen, ihn jedoch 1935 verschärften. Nach heutigem Forschungsstand schätzt man, dass etwa 10 000 bis 15 000 Schwule in Gefängnissen und Konzentrationslagern inhaftiert wurden, etwa 4000 kamen in ihnen um. Keiner der Überlebenden wurde entschädigt, denn das Bundesverfassungsgericht bezeichnete 1957 den Paragraf 175 – und die damit verbundene Verfolgung – nicht als „nationalsozialistisch geprägtes Recht“. Der Paragraf 175 war damit in der Bundesrepublik für Recht befunden worden und bestand in der von den Nazis verschärften Form bis 1969 fort. Er wurde

erst 1994 endgültig aus dem Strafgesetzbuch getilgt. Mehr als 50 000 Schwule wurden zwischen 1950 und 1969 zu zum Teil langjährigen Haftstrafen verurteilt, einige von ihnen waren zuvor bereits unter den Nazis inhaftiert. Rehabilitiert und entschädigt sind sie bis heute nicht. Die DDR hatte den Paragraf 175 bereits 1957 de facto ausgesetzt.

Im Jahr 2006 wurden der prämierte Denkmalsentwurf der Künstler Ingar Dragsted und Michael Elmgreen der Öffentlichkeit vorgestellt. Eine Stele – die wie herübergefahren vom Holocaustmahnmal wirkt – ragt etwas verkümmert aus der Erde. Es ließe sich trefflich über die ästhetische Qualität des Denkmals streiten, aber schon jetzt ist ein Ziel des Denkmals erreicht, es provoziert. Dies bewies nicht zuletzt der Kulturstaatsminister, Bernd Neumann, der die sich küssenden Männer auf den Einladungskarten zur Einweihungsfeier wegretuschieren ließ – aus Pietät wie es hieß. Denn deutlich sichtbar befindet sich in Augenhöhe an der vorderen Seite der Stele eine Öffnung, beim Herantreten, sieht man einen Film zwei sich küssender Männer. Die Zeitschrift emma protestierte, denn der Diskriminierung und Verfolgung von Lesben während des Faschismus werde so nicht gedacht. Eine historische Debatte begann... Homosexuelle Frauen wie Männer mussten in einer „Zeit der Maskeraden leben“, wie es Jan Feddersen von taz formulierte. Dies mussten auch die zumeist schwulen Historiker einsehen und stimmten einem Kompromiss zu. Der Film im Denkmal wird nun alle zwei Jahre ausgetauscht, der Bund finanziert 10 Jahre lang den Wettbewerb und die Jury (siehe auch LN - SinnBILDlich, Seite 20).

• BARBARA HÖLL / BODO NIENDEL

## Falscher Ort

Gelöbnis der Bundeswehr vor dem Bundestag

Erstmalig hat das Gelöbnis für Bundeswehrrekruten vor dem Bundestag stattgefunden. Unter den 3000 geladenen Gästen die Kanzlerin und der Außenminister, die ursprünglich abgesagt, sich aber der deshalb an ihnen geübten Kritik beugten. 1800 Sicherheitskräfte sorgten dafür, dass das Volk nicht zu Nahe kam.

Man sprach von einer „historischen Premiere“ mit „Symbolwirkung“. Letzteres stimmt. Die Bundeswehr pochte symbolisch an die Tür zum Bundestag, denn weitere und vor allem noch umfassendere Auslandseinsätze stehen bevor. Dafür benötigt die Bundeswehr eine immer umfassendere Zustimmung des Bundestages, um den weiteren Ausbau ihrer Rolle als Interventionsarmee vollziehen zu können.

„Ihr könnt Euch darauf verlassen“, sagte Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt den Rekruten, „dieser Staat wird Euch nicht missbrauchen.“ Doch ist die Beteiligung der Bundeswehr an kriegerischen Vorgän-

gen in nahezu 10 Ländern der Welt, insbesondere in Afghanistan und im Irak, nicht längst ein Verfassungsbruch? „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt!“ – tönt es heute. Und morgen? Bereits weitgehend in unkalkulierbare außenpolitische Vorgänge eingebunden, geht die Bundeswehr einer gefährlichen Zukunft entgegen. Das Traditionsverständnis der Bundeswehr ist daher heute dringender denn je kritisch zu hinterfragen. Ein Traditionsverständnis, das sich an dem Gelöbnis „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ orientiert, ist dringend von Nöten. Das ist das Gelöbnis der Häftlinge von Buchenwald am Tage ihrer Selbstbefreiung von der mörderischen Herrschaft des Faschismus. Buchenwald sollte ein Ort für künftige Gelöbnisse der Bundeswehr sein. Deutschland braucht mehr denn je eine starke außerparlamentarische Bewegung für Frieden, der ein Ende der militärischen Auslandseinsätze der Bundeswehr einschließt.

• HORST VOLAND

## Companero Präsident

Salvador Allende wurde am 26. Juli 1908 geboren



LN zitiert aus der Rede von Salvador Allende vor der Bevölkerung aus Anlass des Wahlsieges der Unidad Popular am 5. September 1970:

Wir haben gesiegt, um endgültig die imperialistische Ausbeutung zu beseitigen, die Monopole abzuschaffen, eine wirkliche und tiefgreifende Agrarreform durchzuführen, den Import und den Export zu kontrollieren und,

schließlich und endlich, um die Banken zu nationalisieren. Auf diese Pfeiler gestützt wird der Fortschritt Chiles ermöglicht, wird das Volkseigentum geschaffen, mit dem wir unsere Entwicklung vorantreiben wollen.

Deshalb spreche ich am heutigen Tage, in diesem Augenblick des Triumphes, den Männern und Frauen und Mitgliedern der Volksparteien und den gesellschaftlichen Kräften, die diesen weit über die Grenzen unseres Landes hinaus wirkenden Sieg ermöglichten, meine Anerkennung aus.

## Hamburger Korrespondenz

Als Lehre aus der Geschichte zweier Weltkriege und der Barbarei des Faschismus ist in der Verfassung der Freien- und Hansestadt Hamburg seit 1945 festgeschrieben, die Elbstadt soll in Zukunft, „...im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt“ sein. Nur bis heute haben die wenigsten Hamburger Regierungen den Leitspruch zu ihrem Handeln gemacht. Es passt genau aufs „Internationale Maritime Museum Hamburg“, das mit Teilen seiner Exponate zeigt, wie reaktionär die derzeitige Standort- und Kulturpolitik ist.

Gefüllt sind die Vitrinen, Schaukästen und Wände des neuen Museums mit Dingen aus der umfangreichen Militariasammlung des Millionärs Peter Tamm. Dieser Mann war einmal Vorstandsvorsitzender der Springer AG, wurde im Konzern nur der Admiral genannt, mit militärischer Karriere. Noch in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges, die Niederlage zeichnet sich bereits ab, wird Tamm in der geschripften Kriegsflotte des Großadmirals Karl Dönitz auf dem Segelschiff „Gorch Fock“ Kadett und überlebt den Untergang. Heute hat er in seinem Besitz nicht nur den Großadmiralstab von

Dönitz wie auch von dessen Vorgänger Erich Raeder. Kein Hinweis, dass Dönitz in Nürnberg als Kriegsverbrecher verurteilt wurde.

Bis dato zeigte Tamm seine Exponate in einem ehemaligen Hotel an der Elbchaussee, das einmal Eigentum der Deutschen Werft war. Im Zweiten Weltkrieg saß dort der Baustab der Kriegsmarine. In diesem Hause firmierte seine Sammlung noch als „Wissenschaftliches Institut für Schifffahrt und Marinegeschichte“. In diesem Fundus: 25 000 maßstabgerechte Miniaturmodelle, 1000 Großschiffsmodelle, Schiffe aus Elfenbein, Knochen, Bernstein und Gold, über 2000 maritime Bilder aus allen Jahrhunderten, 800 Marineuniformen und -teile, dazu 2000 Orden und Ehrenzeichen, 1200 Degen und Dolche, 500 nautische und optische Navigationsinstrumente und Kompass. Dazu gehören über 60 000 maritime Bücher von der Vergangenheit bis zur Gegenwart, 100 000 Festzeitschriften, Briefmarken und Medaillen mit Seefahrtsmotiven, hunderte Dokumentarfilme, die Stapelläufe oder andere bedeutende Ereignisse aus der Marinegeschichte zeigen. Ob die Fotosammlung nur 500 000 oder eine Million Bilder umfaßt, ist noch immer nicht ermittelt. Selbst die Seekarten

und andere Schiffsdokumente lassen sich, wie Insider berichten, nur in Kubikmetern messen.

Nun soll die Tamm-Sammlung Glanz über die Hafen-City bringen. Dazu hat die Hansestadt dem Marinesammler Peter Tamm für seine Museumsstiftung den historischen Kaispeicher B auf 99 Jahre kostenfrei überlassen. Auch zahlte Hamburg die Umbaukosten zum Museum von 30 Millionen Euro. Dafür wurden gleichzeitig die Gelder für die anderen Hamburger Museen und Geschichtswerkstätten stark gekürzt.

Nach starken öffentlichen Protesten und Kritik an der militaristischen wie den Faschismus verharmlosenden Ausrichtung der Sammlung soll nun ein „objektiver“ Eindruck vermittelt werden. Was nicht stimmt. Auch fabuliert man von Völkerverständigung im Museum, was sich nicht belegen läßt. Nach wie vor bleibt es bei der Botschaft: Der Mensch müsse sich im Kampf mit den vermeintlichen Naturgewalten – Orkan, Krieg, Konkurrenz – behaupten und das Recht des Stärkeren habe universelle, ewige Gültigkeit.

Mit der Masse an Exponaten, die auf 12 000 Quadratmetern Ausstellungsfläche

und 10 Böden präsentiert werden, sollen die Besucher beeindruckt und nur für den technischen Fortschritt auf dem Meer begeistert werden. Dabei werden historische wie politische Zusammenhänge dem Besucher unterschlagen. Ist Militarismus und Faschismus der natürliche Bestandteil unserer Geschichte? Nein, nur diese Aufgabe wird nicht eingelöst.

Kultursenatorin Karin von Welck verspricht sich davon „Ruhm und Ehre für die Hansestadt“. Für den Senat heißt das zunächst einmal hohe Tourismuszahlen und Zustimmung für die nunmehr kreativ wachsende Stadt. Damit wird die soziale Spaltung der Stadt und die von Hamburg aus mit betriebene neokoloniale Ausbeutung in anderen Ländern durch Krieg und Rüstungsexport verharmlost. Echte Völkerverständigung heißt aber soziale Gleichheit und internationale Solidarität, dazu auch eine kritische Aufarbeitung der widerspruchsvollen Geschichte der Stadt und ihrer internationalen Beziehungen. Anlässlich der Eröffnung jubelte der Bundespräsident Horst Köhler mit. „Wir brauchen noch viel mehr Seezeichen!“ Aber bitte nicht die von Peter Tamm.

• KARL-H. WALLOCH

## „Ruhm und Ehre“ einer Militariasammlung



## Simone Luedtke

1971 in München geboren. Lebt in Borna, verheiratet, zwei Kinder. Buchhalterin in einem Autohaus. Bornaer Stadträtin seit 1999, Fraktionsvorsitzende. Aktiv in mehreren Vereinen (wie Bon Courage), im Kreisvorstand Leipziger Land (verantwortlich für Finanzen und Jugendarbeit) und im Landesvorstand der LINKEN. Ab 1. August gewählte neue Oberbürgermeisterin von Borna.

**B**is vor wenigen Tagen agierte sie – wie gewohnt – an ihrem bisherigen Arbeitsplatz: Wahlsiegerin Simone Luedtke, die bei der Neuwahl des Bornaer Oberbürgermeisters auf 60,9 Prozent der Stimmen gekommen war. Immer wieder klingelt seitdem ihr Telefon. Auch LEIPZIGS NEUE bat um einen Gesprächstermin. Sie reagiert schnell und unkompliziert, redet ohne politische Versatzstücke und man spürt sofort, hier sitzt eine junge Frau gegenüber, die sich für die nächsten sieben Jahre ihrer Wahlperiode viel vorgenommen hat. Gerade deshalb begann unser Gespräch eher launig...

**LN.:** Versuchen Sie doch mal für alle fünf Buchstaben ihrer jetzigen Heimatstadt BORNA, einen passenden Begriff zu finden. Beginnen wir also mit B ...  
**S.L.:** Das geht rasch, Bergbau steht für B.

... und O?

(lacht) Da hört es schon auf ... unser Gespräch geht ja schwierig los ... halt, die neue Orgel für die Emmauskirche ...

... bleiben noch R und N und A?

Buchstabieren wir doch bitte die Stadt mal ganz anders: Borna, das bedeutet sieben Jahre lang Stillstand!

Da sind wir gleich mitten im Thema: Sieben Jahre Stillstand ... woran merkt man das?

An allem. Es wurde in diesen Jahren nur abgerissen. Das einzig Neue, was man in diesem Zeitraum erkennen kann, ist ein

# Die Lebenswege der SIMONE LUEDTKE Bonn – Berlin – Borna

## LN trifft die künftige Bornaer Oberbürgermeisterin

*Kunstrasenplatz. Keine Schule fertig ... alles wurde nur angefangen. Das große Freibad wurde geschlossen, die Turnhallen sind zu, das können wir jetzt noch stoppen ... aber ich bleibe dabei: Es ist sieben Jahre lang nichts passiert.*

**Wie sehen es die Bornaer?**

*Es gab da schon richtig Ärger im Stadtrat. Viele Bornaer sitzen aber auch nur zu Hause und ürgern sich oder reden auf dem Marktplatz darüber. Die Unzufriedenheit drückt sich in vielen Briefen aus, aber da schreiben meist die Gleichen ...*

**Ich sage jetzt nicht, Frauen an die Macht, damit sich was ändert, sondern frage: Was geht einem durch den Kopf nach so einem Wahlergebnis?**

*Am Wahlabends nichts, weil ich es einfach nicht aufgenommen habe. Das kam dann so Stück für Stück und mittlerweile freu' ich mich sehr darauf ... beim alten Arbeitgeber laufen jetzt die Übergaben an meine Nachfolgerin ...*

**Sie mussten Ihre Kündigung schreiben.**

*Das ist mir sehr schwer gefallen. Ich war für Buchhaltung und Personal verantwortlich ... über acht Jahre. Da macht man nicht so einfach die Tür zu.*

**Es gibt eine alte Regel. Wenn man irgendwo „ganz oben“ neu Verantwortung trägt, sollte man wenigstens zwei Leute mitbringen, auf die man sich verlassen kann.**

*Ich bin lange Jahre ehrenamtliche Stadträtin gewesen. Die Amtsleiter kenne ich soweit. Die können alle arbeiten, und die Stadtkämmerin ist richtig gut.*

**Also richtig geizig?**

... *gesund geizig.*

**Was ist das?**

*Die setzt sich buchstäblich auf's Geld. Financer müssen das einfach tun, aber man kann mit ihr sehr gut reden. Sie denkt dabei auch an die Stadt. Ich habe da keine Berührungspunkte und werde ab August kein Tische- und Stühlerücken anordnen. Es gibt leider nur eine Vakanz, das ist mein Stellvertreter ...*

**Das ist ein Problem ...**

*Der bisherige ist vorzeitig in Rente gegangen, er wollte mit dem alten Oberbürgermeister nicht mehr zusammenarbeiten. So komme ich jetzt ins Rathaus und habe keinen Stellvertreter aber natürlich noch die Amtsleiter. Die Stelle wird ausgeschrieben. Es gab da auch Streit. Ich muss da jetzt etwas Ruhe ins Rathaus bringen.*

**Wie stellen Sie sich denn den ersten Arbeitstag vor?**

*Ich wollte den Landrat Dr. Gey begrüßen, der kommt aber erst am 4. August. Ich werde nun am ersten Arbeitstag, das habe*

*ich schon ausgemacht, mit der Kämmerin reden. Und dann spreche ich mit allen Amtsleitern.*

**Der Leipziger Bürgermeister Heiko Rosenthal hat mir mal gesagt: Verwaltung ist spannend ...**

*Ja, das stimmt. Wenn man die Amtsleiter mit Argumenten auf seine Seite bekommt, dann findet man immer irgendwo Lücken, um etwas für die Bürger zu bewegen. Bei jedem Gesetz, bei jedem Recht. Es gibt immer einen Weg ... ich brauche dazu alle Mitarbeiter, denn allein kann ich gar nichts machen. Im Interesse von Borna. Die Bürger möchten endlich wieder etwas sehen.*

**Sind sie eitel?**

*Eitel nicht. Gar nicht ...*

**... aber?**

*Kein aber. Ich will den Erfolg für diese Stadt. Ich bin in München geboren, in Bonn aufgewachsen, dann nach Berlin gezogen und schließlich in Borna gelandet. Jetzt fühle ich mich hier wohl, denn meine Kinder sind alle hier geboren. Ich bin hier zu Hause. Ich sehe, was in anderen Städten möglich ist. Immerhin, wir sind große Kreisstadt im Landkreis Leipzig ...*

**... mit hoher Arbeitslosigkeit ...**

*... die ist viel zu hoch. Sie sinkt zwar statistisch, aber tatsächlich nicht.*



*Bornaer Still-Leben am Nachmittag gegen 17 Uhr. Es fehlt auch an Geld für einen Einkaufsbummel ....*

**Sie können die Arbeitsplätze nicht auf ihrem Schreibtisch erfinden. Was können Sie tun?**

*Da gibt es das künftige Autobahnprojekt. Wir müssen uns darauf einstellen im Vorhinein. Versprechen, dass Firmen herkommen, kann ich nicht, das habe ich auch im Wahlkampf nicht getan. Aber die Außen-*



*wirkung der Stadt muss sich ändern. Ich will für Borna werben und plädiere für einen Wirtschaftsbeirat, in dem die größten Firmen vertreten sind, dass man da vorwärtskommt, miteinander redet. Wir verlieren dieser Tage erneut 200 Arbeitsplätze, das kann nicht sein. Hier ist in den letzten Jahren einiges verschlafen worden..*

**Wieviel Einarbeitungszeit geben Sie sich?**

*Die üblichen 100 Tage, aber es muss wohl schneller gehen.*

**In welcher Etage steht Ihr künftiger Schreibtisch?**

*Wenn man vor dem Rathaus steht, rechts hinter dem schönen Erkerfenster*



**Welches Bild steht drauf?**

*Meine Familie ...*

**Welches Bild hängt an der Wand?**

*Da muss ich erst einmal schauen, was der jetzige Bürgermeister alles mitnimmt. Das Zimmer ist für mein Empfinden sehr dunkel, um nicht zu sagen gruslig. Da würde ich etwas ändern, wenn ich vielleicht eine zweite Amtszeit bekäme, aber nicht in den ersten sieben Jahren, da gibt es wirklich Wichtiges.*

**Ist der 16-Studenten Tag ein Klischee?**

*Den hatte ich schon. Bisher als Stadtrat und außerdem normal arbeiten gehen, da kommt schon Zeit zusammen. Auch die politischen Kontakte in der LINKEN sind mitunter sehr zeitaufwendig.*

**Können Sie bei all dem auch mal laut werden?**

*Ja ...*

**Bringt Lautstärke etwas?**

*Nicht wirklich. Ich übe schon etwas länger, leise und nachhaltig zu argumentieren. Ich kann ruhig bleiben. Ich kann aber auch anders ...*

**Warum wurde Ihr Vorgänger Bernd Schröter nicht noch einmal gewählt?**

*Er hatte als Parteiloser plakatiert „Kompetenz statt Parteien“ und verbrüderte sich dann zwischen den Wahlgängen mit der CDU. Und hat das zum 50. Geburtstag der bisherigen SPD-Landrätin öffentlich gemacht. Das verstanden die Bornaer nicht mehr; und ich übrigens auch nicht. Man kann Fehler machen – das ist nicht die Frage – aber hier ist ein Kommunalpolitiker zu weit gegangen. Und so hat er mir – sicher ungewollt – die Rathaustür geöffnet.*

**Merken Sie, wenn Ihnen jemand nach dem Mund redet?**

*Ja. Ich brauche Kritiker um mich und nicht solche, die immer nur mitlaufen.*

**Auf wen hören Sie?**

*Anhören tue ich mir alles. Ob ich dann drauf höre, entscheide ich später. Da wird auch mal eine Nacht drüber geschlafen.*

**Sind sie die geborene Politikerin?**

*Aus meiner Sicht, nein. Vor einem Jahr hätte ich noch gesagt: OBM – ich nie. Im Wahlkampf wurde gefragt: Wer hat eine Chance gegen den bisherigen Oberbürgermeister? Ich bin „übrig geblieben“, nach Meinung der anderen. Wie das nun alles ausgegangen ist, das freut mich natürlich.*

**MIT SIMONE LUEDTKE SPRACH**

**MICHAEL ZOCK**

Fotos: Ralf Fiebelkorn

## Bornaer Fakten

Die Stadt liegt im südlichen Teil der Leipziger Tieflandsbucht, im Naturraum Bergbaurevier Südraum Leipzig.

Durch das Stadtgebiet fließt der kleine Fluss Wyhra. In der heutigen Umgebung von Borna entstanden im Tertiär umfangreiche Braunkohlevorkommen, deren Tagebauförderung in den vergangenen 100 Jahren das Landschaftsbild wesentlich geprägt hat. So sind Berge aus den Abraumhalden der Tagebaufaufschlüsse gewachsen, und aus den Tagebaurestlöchern entstand durch Flutung das Leipziger Neuseenland mit dem Speicherbecken Borna.

Ferner prägt mit dem Kohrener Land, eine landschaftlich und kulturell reizvolle Gegend das städtische Umfeld.

Der größte Arbeitgeber der Stadt ist die Zweigstelle der HELIOS Kliniken.

In Borna ist im Mai 2006 eines der modernsten Solarkraftwerke der Welt ans Netz gegangen.

438 computergesteuerte schwenkbare Kollektoren erzeugen eine Leistung von 3,44 Megawatt, mit denen rund 1800 Haushalte versorgt werden können.

Fläche: 62,35 km<sup>2</sup>

Einwohner: 21 539 (31. Dez. 2007)

345 Einwohner je km<sup>2</sup>

Arbeitslosigkeit: 17 bis 20 Prozent.

# LN verletzte zwei Mal das E-Mail Geheimnis

... die Absender (ein Journalist und ein Gewerkschafter) gestatten es jedoch.

**Gesendet am 9. 7. 2008, 10.29 Uhr  
Lieber Jürgen,**

... die anstehenden Massenentlassungen bzw. Werkschließungen bei Siemens aber vor allem im Waschmittelwerk Genthin sind eine Katastrophe. Ich lese und höre von Wut und Tränen und Verzweiflung. Jetzt bekam ich die Info, dass in der BRD nur gestreikt werden darf, wenn es um Löhne geht. Ich weiß nicht genau, ob das so stimmt. Welche Möglichkeiten bleiben denn den Betroffenen dann noch, außer „Wut und Tränen“?

**Gesendet am 15. 7. 2008, 18.36 Uhr  
Lieber Micha,**

... leider hast Du recht. Ich kann mich da nur der Meinung von Rechtsanwalt Benedikt Hopmann anschließen, der in der Sozialistischen Zeitung schon im März 2007 fordert: Wir wollen streiken wie in Frankreich, und dann ausführen: *Das Streikrecht ist in Deutschland Richterrecht. Das Richterrecht lässt Streiks nur zu, wenn sie auf Tarifverträge ausgerichtet sind und sich auf tariflich regelbare Ziele beschränken. Ein politischer Streik hat nicht das Ziel, einen Tarifvertrag durchzusetzen, sondern will z.B. auf die Verabschiedung eines bestimmten Gesetzes Einfluss nehmen.*

*Auch ein Demonstrationsstreik ist nicht auf einen Tarifvertrag gerichtet, sondern darauf, für eine Meinung, etwa zu einem bestimmten Gesetz, gemeinsam zu demonstrieren. Ein Generalstreik ist ein allgemeiner Streik über alle Branchen hinweg und ein Demonstrationsstreik und ein politischer Streik.*

*Die deutsche Rechtsprechung erklärt den Generalstreik, den politischen Streik und den Demonstrationsstreik für rechtswidrig. Auch ein zweistündiger Streik, mit dem Beschäftigte gegen die Einführung der Rente mit 67 demonstrieren, ist rechtswidrig. Die Folgen dieser Einschränkungen des Streikrechts sind schwerwiegend: Ist ein Streik rechtswidrig, kann die zu diesem Streik aufrufende Gewerkschaft für die Schäden haftbar gemacht werden.*

*Der zunehmende politische Druck auf die Gewerkschaften zwingt diese jedoch, zu politischen Streiks aufzurufen, obwohl sie rechtswidrig sind.*

*Wie in der Rentenfrage werden seit Jahren wesentliche Verschlechterungen der sozialen Standards durch Änderungen gesetzlicher Regelungen herbeigeführt. Die Gewerkschaften sind nicht in der Lage, durch Tarifvertrag auszugleichen, was den Beschäftigten durch Gesetz an immer neuen Lasten aufgebürdet wird.*

*Die Einführung der Rente mit 67 ist Lebensarbeitszeitverlängerung per Gesetz und macht die von den Gewerkschaften erkämpfte wöchentliche Arbeitszeitverkürzung per Tarif wieder zunichte. Was die Gewerkschaften in Tarifverträgen erkämpft haben, wird ihnen durch das Gesetz wieder genommen. Dagegen müssen sich die Gewerkschaften*

*wehren, wenn sie den Rückgang ihrer Mitgliederzahl aufhalten und nicht in der Bedeutungslosigkeit versinken wollen. Wenn sich die Gewerkschaften aber wehren und dabei auf ihr ureigenstes Mittel, den Streik, zurückgreifen, um politischen Protest und Widerstand zu organisieren, dann handeln sie rechtswidrig.*

*Die Gewerkschaft kann sich aus diesem Dilemma nur befreien, in dem sie unter Verstoß gegen die geltende Rechtsprechung das Verbot des politischen Streiks und das Verbot des Demonstrationsstreiks aufbricht.*

In einer Diskussionsrunde des „Forums Betrieb, Gewerkschaft und Soziale Bewegung“ in Berlin am 30. Oktober 2007 wurde darauf hingewiesen, dass es auch in Deutschland eine gängige Praxis politischer und wilder Streiks gibt, bei denen sich die Streikenden in ihren Aktionen über den legalen Rahmen hinwegsetzen. Es kommt weniger auf das Streikrecht an, vielmehr auf eine aktive und offensive Kampfpraxis, denn was möglich oder durchsetzbar ist, ist eine Frage der Kräfteverhältnisse – oder .... „Rechtsfragen sind Machtfragen“. Dies gilt auch für mögliche negative Folgen von Streiks außerhalb des legalen Rahmens (Kündigungsandrohungen, Schadensersatzansprüche usw.). Auch diese lassen sich bei entsprechender Dynamik und Stärke der Kampfmaßnahmen in die Verhandlungsmasse einbringen, abbildern oder sogar ausschließen. Einigkeit bestand darin, dass ein politisches Demonstrations-Streikrecht zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen in Auslegung des Artikels 9 Abs. 3 Grundgesetz als gegeben angesehen wird. Als Kampfmittel bei allgemeinen sozial- und wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen ist es legitim und unverzichtbar. Es hätte z.B. bei der gewerkschaftlichen Kampagne gegen die Rente mit 67 Anfang des Jahres aufgrund der großen Betroffenheit und Mobilisierungsfähigkeit der Kolleginnen und Kollegen und aller betroffenen Menschen sehr wirkungsvoll eingesetzt werden können (und müssen).

Das Argument, es gäbe kein politisches Streikrecht in Deutschland, erscheint vor diesem Hintergrund lediglich als Ausrede und Vorwand, um keinen politischen Streik als Kampfmittel einsetzen zu müssen. Ohnehin wurden Streiks weit weniger von Gerichten verboten als von gewerkschaftlicher Seite in vorausweisendem Gehorsam gar nicht erst konsequent eingesetzt. Hierin dokumentiert sich eine Gewerkschaftspolitik, die die Beschränkungen des Streikrechts seit langem akzeptiert hat und sich nicht als konfliktbereite Gegenmacht zur Kapitaleseite versteht, sondern weit mehr auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit als Tarifpartner (im Sinne eines Co-Managements) setzt. Was nützt aber ein politisches Streikrecht,

wenn dieses Recht gar nicht extensiv genutzt wird? Ohnehin müsste das Recht auf politischen Streik erkämpft werden, was angesichts der politisch-gesellschaftlichen (Parteien-) Landschaft wahrscheinlich nur mit einem außerparlamentarischen politischen Kampfstreik möglich erscheint, also von vornherein den legalen Boden verlassen würde. Insgesamt kommt es daher darauf an, den politischen Streik in der Praxis mehr zu etablieren und breit zu propagieren. Dabei ist eine Unterscheidung in politischen und ökonomischen Streik vielleicht gar nicht so entscheidend, denn ob ein Streik politischen Charakter annimmt, richtet sich auch nach der Intensität mit derer geführt wird und die ihn unter Umständen zu einer grundsätzlichen Machtprobe zwischen Kapital und Arbeit (und damit hochpolitisch) werden lässt, wie das jüngste Beispiel der GDL uns vor Augen führt.

Dass die Gewerkschaftsbasis den politischen Streik will, zeigt sich u.a. in den vielen Anträgen an den ver.di-Bundeskongress 2007 mit dem Ziel, den Generalstreik in das Grundgesetz aufzunehmen. Ob hier schon etwas unternommen wurde, vermag ich nicht einzuschätzen. Klar ist aber, dass das Kapital einer solchen Entwicklung massiv entgegenwirkt und unter dem Deckmantel der Terroristenabwehr dazu weitreichende, die Grundrechte einschränkende Instrumentarien schafft.

Erinnert sei hier nur an die Vorratsdatenspeicherung, die Einschränkung des Versammlungsrechts, wie jetzt von der CSU in Bayern ausprobiert wird die One-line-Schnüffelei und last not least sei auf die militärische „Solidaritätsklausel“ (Art. 188) im Entwurf des Reformvertrags verwiesen. Hier wurde festgeschrieben, dass die EU „alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel, einschließlich der ihr von den Mitgliedstaaten bereitgestellten militärischen Mittel“, mobilisiert, um „terroristische Bedrohungen im Hoheitsgebiet von Mitgliedstaaten abzuwenden“. Dies bedeutet nichts anderes als den Einsatz von Militär im Inneren der EU zur Abwendung von so genannten Terrorgefahren. Damit soll auch noch EU-vertraglich eine weitere Militarisierung der EU-Innenpolitik ermöglicht werden.

Tränen nutzen also nicht viel, aber wenn die WUT die Massen ergreift, könnte schon etwas verändert werden.

Außer der Rente mit 67 gibt es genug Anlässe: Hartz IV-erhält mit den rasanten Preissteigerungen eine neue „Wutkomponente“ der Gesundheitsfond und die damit steigenden Kassenbeiträge, die ablehnende Haltung zum gesetzlichen Mindestlohn.

**LN würde zu diesen Fragen auch gern aus Ihren Briefen zitieren ... Bitte schreiben Sie uns oder nutzen den elektronischen Postweg. (Adressen auf Seite 23)**



Foto: Eiltzer

## LN fragte Studenten an der Leipziger Universität: Was halten Sie eigentlich vom „Pauliner Streit“?

„Mich ödet der 'Pauliner Streit' an, weil hier Fragen von DDR-Unrecht, städtebaulicher Ästhetik und Christentum im 21. Jahrhundert vermanscht werden.“

Fabian C.,  
Arabistik /  
Kommunikationswissenschaft

„Mir ist eigentlich egal, was da passiert. An sich bin ich aber für den Bau der Pauliner Kirche. Immerhin ist sie ein Stück Geschichte und das Geld, das sie jetzt noch zusätzlich zum Unibau kostet, macht nun auch nichts mehr aus.“

Dorothea N.,  
Deutsch als Fremdsprache

„An sich ist es ja schon entschieden. Ich bin eher ein Anhänger von alter Architektur, deshalb wäre ich für eine Rekonstruktion der Pauliner Kirche nach dem alten Baumuster gewesen. In anderen Städten wie Graz und Wien hat das immerhin auch funktioniert. Zudem bezweifle ich, dass solche Gebäude mehr als Jahrhundert Jahre bestehen werden.“

Daniela G.,  
Französisch

„Ich finde es schon richtig, dass hier an die Geschichte und den Abriss der Pauliner Kirche erinnert wird, aber eine Tafel hätte vielleicht auch gereicht. Mit diesem Bau wird für mich etwas verknüpft, was schon längst nicht mehr zusammen gehört: Universität und Kirche. Für eine Entschuldigung ist das für mich der falsche Platz.“

Carolin S.,  
Kommunikationswissenschaft /  
Arabistik



LN.: WIDERSPRÜCHLICH schien das Ganze auf den ersten Blick. Auf der kleinen Bühne neben dem Agentureingang „produzierten“, an einem heißen Juli-Nachmittag unterschiedlichste Jahrgänge und Temperamente, Sichten und Haltungen. Provokativ, wie Mieke Medusa aus Wien oder auch nachdenklich, das Gespräch suchend, wie Irene Birke. Arbeitslose kamen und gingen, hörten zu oder liefen weiter. Dieser Raum gehört nicht zu ihren eigentlichen Kulturstätten, denn freiwillig kommt hier nur ganz selten jemand her. In Kooperation mit der Agentur nahm das



Die Leipzigerin Irene Birke ist u.a. engagiertes Mitglied in der verdi-Erwerbsloseninitiative.



Mieke Medusa gehört in Österreich zu den festen Größen der Slam-Poetry und HipHop Szene. (Fotos: Fiebelkorn)

## Kulturprotest trifft Arbeitsagentur

Forum für Zeitgenössische Musik Leipzig sein ungewöhnliches Projekt in Angriff: Brecht- und Eislerinterpretationen auf einem einstigen Kasernengelände, das schon viele Soldaten mit unterschiedlichsten Eiden erlebte, und seit nunmehr knapp 20 Jahren Arbeitslose rekrutiert. Die Weltrevolution wurde dabei nicht ausgerufen, aber Texte und Interpretationen revoltierten gegen gesellschaftliche Unzumutbarkeiten in Sachen Arbeit (slosigkeit). Da ist es wahrlich nur ein kleiner Schritt, der auf den zweiten (falschen) Blick die „Faule Haut“ assoziiert. So nannte sich



auch das Theaterstück, welches tags darauf vor zahlreichen jungen Zuschauern (linkes Bild) von arbeitslosen Jugendlichen (rechtes Bild) gespielt oder gelebt wurde. Denn überwiegend flossen die persönlichen Erfahrungen nicht nur des „Blumengießers“ in die Aufführung ein. Die Akteure ließen Ratlosigkeit, Wut, Enttäuschung, Aggressionen, Flucht, Entscheidungsschwäche aber auch Hilflosigkeit nachempfinden. Die Wirkungen der beiden Tage geht über die Aufführungszeit hinaus. Da bedarf es eines neuen Blicks, und der ist der wahrlich schwierigste ...

### IRENE BIRKES Text auf „Offener Bühne“...

*Rente erst mit sechzig und sieben –  
ob mit oder ohne Arbeit –  
bis dahin ist jeder aufgegeben.  
Steht jetzt auf. Es ist Zeit.*

*Rente mit sechzig und sieben –  
für jede Frau, jeden Mann, sie werden in  
die Armut getrieben,  
Jetzt steht auf, wer noch kann.*

### MEDUSAS Slam Poetry auf „Offener Bühne“...

*„Und die Zeit vergeht ganz schnell von  
selbst. Die Lage ist prekär, wenn du eh  
nicht viel verdienst und am Ende vom  
Jahr kommt die Steuer daher und stellt  
Ansprüche.  
Ganz anders beim Sport, der zahlt die  
Hälfte und bekommt dafür auch noch ein  
zeitgemäßes Stadion. Dafür gibt's Geld,  
wir sind ja schließlich eine große Sport-  
nation und sparen am Geist. Ich red nicht  
nur von Kunst, auch von dem Kurs, der*

*Die Rente mit sechzig und sieben legt sie  
endlich auf Eis!*

*Werden Arbeitsplätze weiter vertrieben,  
dann steh auf! Es wird heiß!*

Wer konnte und sich traute, sprach direkt neben dem Eingang der Arbeitsagentur seine Gedanken oder vorbereiteten Texte ins Mikrofon. Das sorgte für Irritationen bei denjenigen, die einen Termin in der Agentur noch vor oder bereits hinter sich hatten. Andererseits schreckte es aus den gewohnten Ritualen dieses Hauses auf. Solidarität zwischen Alt und Jung war da spürbar.

*Jugendlichen fehlt oder Frauen über 40  
auf Jobsuche. Und ärgert mich so neben-  
bei über blöde Sprüche und Aufrufe zum  
Kinderkrieg. Wenn ich das will, will  
ich's für mich und niemand muss mich  
überreden.*

*Du redest vom Vertrag mit meinen Eltern,  
Onkeln und Tanten. Hey, ich vertrag mich  
mit denen, du musst dich gar nicht hinter  
ihnen verschanzen und denken, du  
kämpfst gegen Kinder, die sich weigern  
erwachsen zu werden.*

*Wir haben unsre Wachstumsschmerzen  
schon gehabt und erkennen den Ernst der  
Lage, den wir zweifellos spüren.“*

## Gesetzlicher Mindestlohn Unbrauchbare Ideen

NUN HAT DIE DEBATTE um den gesetzlichen Mindestlohn auch die Leipziger Politszene erreicht, wie die Aussagen von Michael Weichert (Abgeordneter der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag) in der Leipziger Volkszeitung dokumentieren.

Allerdings erweisen sich die Vorschläge von Weichert nach mehr Flexibilität nicht nur als halbherzig, sondern als völlig untauglich. Würden sie umgesetzt, wäre dies eine Verfestigung des wirtschaftlichen Rückstandes unserer Stadt gegenüber vergleichbaren Metropolen. Leipzig ist doch bereits heute die Stadt der Minijobs und Niedriglöhne. Viele sind bekanntlich auf aufstockende soziale Leistungen angewiesen, obwohl sie einer vollen Beschäftigung nachgehen. Zudem liegt das durchschnittliche Arbeitnehmerentgelt in Leipzig mit 27 848 Euro beträchtlich unter dem von Zwickau (30 930 Euro) oder Dresden (29 547 Euro). Diese Unterschiede führen eher zu einer weiteren Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte. Die Anregungen Weicherts nach Beteiligung an Firmen oder nach Anspannung von Urlaubszeit durch Lohnverzicht nützen weder den Arbeitnehmern noch den Firmen. Was soll ein verlängerter Urlaub, wenn das Geld fehlt, ihn sinnvoll zu verbringen?

Deshalb braucht es auch und gerade für Leipzig den gesetzlichen Mindestlohn ohne Wenn und Aber.

• DIETMAR PELLMANN

## Leipziger Arbeitsmarkt Zahlen und Fakten

DER CHEF DER ARBEITSAGENTUR ruft alle Schulabgänger ohne Ausbildungsvertrag auf, sich umgehend zu melden. Derzeit gibt es noch freie Lehrstellen in und um Leipzig – in der Größenordnung von etwa 1000.

Die Arbeitslosigkeit ging im Juni nochmals zurück – zum Mai um 2048 und zum Vorjahr um 7069 auf jetzt 56 412. Das ist ein Rückgang von 11,1 Prozent. Die Quote beträgt somit 14,3 Prozent. Neugemeldet haben sich 8131.

Der Personalbestand der kleinen Firmen unter 10 Mitarbeitern schwankt weiter stark. Deren Lage ist wahrlich nicht rosig. Anders gesagt: der gesamte Osten bleibt in dieser Hinsicht „abgehängt“, was sich unter anderem darin ausdrückt, dass 50 Prozent der Arbeitsplätze, die neu entstehen gefördert werden müssen, und diese Größenordnung nur Teilzeittjobs betrifft.

Der Zugang an neuen ungeforderten Stellen liegt bei 1 983 (etwas über Vormonat und Vorjahr). Verwiesen wurde auf den Rückgang in den Bereichen Metall, Elektro und Bau. Dennoch stehen beispielsweise den 6090 arbeitssuchenden Bauleuten ganze 342 Stellen gegenüber, also für 18 Bewerber eine Stelle. Der Anteil aller von der ARGE betreuten Arbeitslosen in Leipzig liegt bei hohen 80,5 Prozent, das entspricht in Zahlen ausgedrückt 38 456 Personen.

• JOACHIM SPITZNER



**Dr. Ilse Lauter,**

Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Leipziger Stadtrat im LN-Gespräch.

# Stadtrat in der Sommerfrische

abführen? Sollen sie viele Arbeitsplätze schaffen? Dazu gehört auch die Mittelförderung durch gezielte Auftragsvergabe. Ich sehe da inzwischen die größten Schnittmengen der SPD-Fraktion.

*In diesem Frühjahr wurde ein neuer Begriff in Leipzig erfunden „Disko-Krieg“.*

Ich betone nochmals: Ordnungsbürgermeister Heiko Rosenthal ist in dieser Angelegenheit sehr engagiert und hat auch eine Menge zur Beruhigung getan. Eine Garantie, dass so etwas nie mehr vorkommt, kann kein Bürgermeister geben, auch kein Polizeipräsident. Ich sage es deutlich: Polizei-Einsätze dieses Ausmaßes bleiben weiterhin Landesangelegenheit.

*Die Linksfraktion unterstützt in diesem Zusammenhang den Wiederaufbau der zerstörten Sporthalle Konradstraße ...*

Als der Komplex niederbrannte, haben wir als Fraktion eine Anfrage in die Ratsversammlung eingebracht und einen Antrag zum Wiederaufbau gestellt. Wir arbeiten da mit dem Sportbürgermeister zusammen und gehen davon aus, dass bald gebaut werden kann.

*Auf einer anderen „Baustelle“ ist leider in den letzten Wochen alles eingestürzt. Bei der Wahl des neuen Kulturbürgermeisters ...*

Unsere Fraktion und der von uns benannte parteilose Kandidat Christoph Nix hatten sich Hoffnungen gemacht auf die Unterstützung der Kandidatur. Es gab vier Voraussetzungen: die fachliche Eignung, die menschliche Eignung, das Finden einer Mehrheit im Stadtrat und die Möglichkeit der Zusammenarbeit des Oberbürgermeisters mit seinem künftigen Bürgermeister. Drei dieser Punkte hatte unsere Fraktion erfolgreich geklärt. Am letzten Punkt, der Zusammenarbeit mit Burghard Jung – obwohl es vorher Kontakte und Gespräche mit Herrn Nix gab – ist es am Ende gescheitert. Und erst da kam heraus, dass sich auch die Grüne-Fraktion mit ihrer Kandidatin gleiche Hoffnungen gemacht hat.

*Die Grüne-Fraktion hat sieben Mitglieder. Reicht das denn rein zahlenmäßig für ein Bürgermeister-Amt ?*

Wenn es allein nach dem Proporz ginge,

nein. Man muss aber auch sehen, dass diese Fraktion seit 18 Jahren im Stadtrat wirkt und tätig ist. Da nach unserem Grundprinzip, jede Fraktion – wie klein sie auch sei – in den Ausschüssen vertreten ist, ist so etwas durchaus denkbar. Zurzeit haben wir im Leipziger Rathaus zwei CDU- Bürgermeister und drei SPD- Bürgermeister. Der alte, nun erneut bestätigte Kulturbürgermeister auf Zeit Georg Girardet gehört der FDP an, und Heiko Rosenthal ist Bürgermeister der Linkspartei.

*Wer hat bei diesem Unwetter nun geblitzt und gedonnert?*

Es gibt da mehrere Unwetterprognosen. Man könnte von einem bewussten Täuschungsmanöver des OBM ausgehen, der versucht, Fraktionen gegeneinander aufzubringen. Es gibt aber auch die Sichten, dass das Stadtoberhaupt die Kontrolle über Prozesse verloren habe. Für uns als Linksfraktion ist dieses Verfahren jetzt gescheitert. Der OBM trägt dafür die Verantwortung. Die Fraktionen haben stringent gehandelt, die Findungskommission hat es sich nicht leicht gemacht. Von über 100 Vorschlägen sind sieben Kandidaten übrig geblieben. Auch die nötige Diskretion ist gewahrt worden. Wenn nun zwei Fraktionen sich getäuscht fühlen, ist eindeutig festzustellen, dass bei so einem wichtigen Prozess die Zusammenarbeit der Rathauspitze mit den Fraktionen nicht funktioniert hat.

*Woran liegt das?*

An einer schwer definierbaren Spontanität des OBM. Aber auch daran, dass er besonders im Kulturbereich eine Neigung zu Alleingängen hat.

*Noch einmal Themenwechsel: Wenn man Umfragen trauen darf, hat die NPD in Leipzig ein Potenzial, das drei Stadträte ins Rathaus bringen könnte. Wie stellen sie sich dieser Problematik?*

Die Stimmen konzentrieren sich u.a. auf Volkmarisdorf. Die Linksfraktion sieht das Ganze nicht losgelöst von den gesellschaftlichen Verhältnissen. Gerade in der Sonderlösung zur Beschäftigungspolitik habe ich darauf verwiesen, dass in Leipzig soziale Strukturen auseinanderbrechen und neue Armut entsteht. 14,7 Prozent der in Leipzig geschaffenen Arbeitsplätze sind marginal, also Ich-AGs oder Ein-Euro-Jobs. Hinter dieser Zahl stehen tausende

Menschen, die trotz angestrengter Arbeit nicht aus eigener Kraft für ihren Lebensunterhalt sorgen können. In Leipzig gibt es inzwischen arme und wohlhabende Stadtbezirke. Das gefährdet den sozialen Frieden einer Stadt und schafft Möglichkeiten für rechtsextreme Kreise, um Verzweifelte mit gefährlichen Parolen und Zielen auf ihre Seite zu ziehen. Ich habe auf diese Gefahr mehrfach verwiesen.

*Ein weiterer Diskussionspunkt, quer durch die Fraktionsbänke, war in den letzten Wochen der – wie LN schrieb – „Fluchhafen Schkeuditz“ ...*

Das ist nach wie vor einer der größten Streitpunkte im Rathaus und darüber hinaus in der Region. Alles spitzt sich auf zwei Probleme zu: die militärische Nutzung zum einen, der Flugbetrieb rund um die Uhr zum anderen.

Aus meiner Sicht gibt es die alle zufriedenstellende Lösung nicht. Da stehen starke Interessen gegeneinander: Arbeitsplätze, Wirtschaftsdaten, Lebensinteressen und Wohnqualität von Leipzigern. Obwohl ich diese zuletzt genannt habe, nehme ich gerade dieses Problem sehr ernst, und ich verahre mich gegen jeden Versuch, die Betroffenen manchmal sogar Verzweifelten, abzuqualifizieren. Da gibt es Leute, die ihr Bett in den Keller des Hauses geräumt haben, um nachts Ruhe zu finden. Zunehmend sorgen sich Eltern um den Schlaf ihrer Kinder. Das darf nicht gegen geschaffene Arbeitsplätze aufgerechnet oder mit Achselzucken abgetan werden.

*Der OBM äußerte in der Ratsversammlung im April, dass er sich für die gestressten Bürger einsetzen will ...*

Zu diesem Wort muss er stehen. Bündnis 90/ Die Grünen fordern ein Diskussionsforum. Es macht aber wenig Sinn, wenn ein solches Forum von der Flughafengesellschaft betrieben wird. Man muss wissen: Der Einfluss Leipzigs auf die Flughafengesellschaft ist kein allzu mächtiger. Trotzdem halte ich nichts davon, zu sagen, der Flughafen liegt nicht auf unserem Territorium, also geht uns das alles nichts an. Die Links-Fraktion kümmert sich weiterhin um diese schwierige Problematik auch die der militärischen Nutzung. Insofern ist die Sommerpause für uns weniger eine Sommergehen als vielmehr eine Sommerfrische ...

**LN.:** Der Stadtrat verabschiedet sich jetzt in der Sommerpause. Bilanzieren wir deshalb das bisherige Jahr 2008, das ja wahrlich nicht ganz „ohne“ war ...

**Ilse Lauter:** Der Bürgerentscheid war für die Rathauspitze ein Schock. Aber im Februar stellte der OBM vor der Ratsversammlung klar, dass dieses Ergebnis, auch wenn er es persönlich nicht teilt, für ihn bindend ist auch über einen dreijährigen Zeitraum hinaus.

*Fragen bleiben trotzdem ...*

... ohne viel Zeit zu verlieren, müssen wir über die Strategie der kommunalen Unternehmen und kommunalen Daseinsvorsorge substanzial beraten. Erst nach mehrmaligem Drängen haben wir im Juni eine entsprechende Vorlage erhalten.

*Zufrieden damit?*

Nein. Sie muss qualifiziert werden. Es muss deutlich werden, was will die Kommune mit und von ihren Unternehmen. Ich möchte da nur die Haushaltsicherung, den steuerlichen Querverbund und die Finanzierung des Nahverkehrs anführen, aber auch sozialverträgliche Gebühren und Tarife.

*Die Bürger interessieren sich zunehmend für diese Angelegenheiten ...*

Die Leipziger und wir haben in diesem Jahr erreicht, dass es eine solide Ratsmehrheit gibt, die starke kommunale Unternehmen will und diese nicht privatisiert. Ein wichtiges Ergebnis, das nun gesichert werden muss. Jetzt wird weiter debattiert: Was wollen wir von kommunalen Unternehmen? Sollen sie nur die Basisversorgung sichern? Sollen sie eigene wirtschaftliche Felder außerhalb der Leipziger Region aufbauen? Sollen sie möglichst viel Geld an den Stadthaushalt

## Notizen aus dem Stadtrat

### VAN DER LUBBE-STRASSE

Eine Mehrheit stimmte gegen den Antrag der Linksfraktion zur Benennung einer Straße nach dem in Leipzig im Reichstagsbrandprozess zum Tode verurteilten und hingerichteten niederländischen Staatsbürgers Marinus Van der Lubbe.

### KOSTENLOSES MITTAGESSEN

Diese Anfrage der Linksfraktion für alle, die Kinderkrippen, Kindergärten und Schulen besuchen, würde den Haushalt mit jährlich 19 Mio. Euro belasten, was durch die Stadt nicht tragbar ist. Derzeit gibt es jährlich einen städtischen Zuschuss von 1 Mio. Euro für Leipzig-Pass-Inhaber in Kitas und Schulen.

### STRASSENBAU UND ENTWÄSSERUNGSANBINDUNG

Nach intensiver Debatte sowie zahlreichen Gesprächen mit betroffenen Anliegern beschloss der Stadtrat den kostenpflichtigen Anschluss der Siedlung Grünau an das städtische Schmutzwassernetz. Der Straßenausbau wird verschoben und insbesondere über den Ausbau der Alten Salzstraße als bedeutsamer Rad-Fußweg soll weiter im Stadtrat und mit den Anwohnern beraten werden.

### WENIGER BIBLIOTHEKEN

Unter dem Druck großer Haushaltszwänge wurde die Fortschreibung des Bibliothekentwicklungskonzepts erarbeitet und

beschlossen. So werden die Einrichtungen in Möckern verlagert. Umstritten ist die Zusammenlegung der drei Grünauer Bibliotheken in der ehemaligen Hauptpost im WK 4 gegenüber dem Allee-Center. Ein weiteres Beispiel dafür, dass die Stadt den „Stadumbaugürtel“ mit den WK's 5.1, 7 und 8 in puncto Kultur- und Bildung sich selbst überlässt.

### BRÜHLSCHE HÖFE

Beschlossen wurden die Billigung und Auslegung des Bebauungsplanes „Brühlsche Höfe“ mit überwiegend kleinteiligem Einzelhandel, 66 Wohnungen und 840 begrenzten PKW-Stellplätzen sowie einer Kultureinrichtung und Kindertagesstätte.

Am 18. August soll das Projekt vorgestellt und mit interessierten Bürgern diskutiert werden.

### SANIERTE SCHULEN

Einstimmig beschlossen wurden die Sanierung des Historismusgebäudes der Humboldtschule sowie der Anfang der 70-er Jahre in industrieller Bauweise errichteten Schulgebäude des Wilhelm-Ostwald-Gymnasiums in Neu-Lößnig. Mit dem Umbau von Typenschulgebäude beweist die Stadtverwaltung die bei der 3. Grundschule bestrittene preiswerte Nachnutzungs- und Sanierungsmöglichkeit, sogar bei Erreichbarkeit der aktuellsten Passivhausstandards.



## Dort, wo man nichts entdecken kann, läuft man vorbei ...

**Bilder brauchen Zeit, sowohl beim Malen als auch beim Betrachten. LEIPZIGS NEUE nahm sich Zeit und lädt die Leser dazu ein**

Es kann durchaus passieren, dass politische Diskussionen, falls sie derzeit in der ersten Etage des Leipziger Liebknecht-Hauses stattfinden zunächst mit einer Bildbetrachtung beginnen. Schuld daran ist obiges Gemälde, dass man im Versammlungsraum wahrlich nicht übersehen kann. Es lädt zum Betrachten, Diskutieren, Nachdenken und zum Fragen ein.

Leipzigs Neue nutzte unlängst die Chance und setzte sich gemeinsam mit Marco Götze vor seine Abschlussarbeit ... und man redete einfach miteinander ....

**LN.: Der Titel an sich ist ja ein Widerspruch ...**

**MG.:** Im Titel des Bildes stecken ja zwei Zitate drin: Das Ende der Geschichte ist erreicht ... und: Alles ist nach vorn hin offen. Das ist natürlich widersprüchlich, das Ende kann nicht offen sein, sonst wäre es gar kein Ende ... und was offen ist, kann auch gar nicht zu Ende sein. Es ist ja nun meine Abschlussarbeit, und der Weg dahin war durchaus zeitlich ein recht langer gewesen. Ich möchte noch hinzufügen, dass ich ebenfalls Geschichte studiert habe, und mich dieses Fach seit jeher sehr interessierte.

**Leute, die diesen Raum betraten, sagten mir, sie entdeckten jedesmal auf diesem Bild etwas anderes. Mal anders formuliert, dass was Du hiermit anbietest, das braucht Zeit ... kann aber auch irritieren ...**

Man sieht ja auch Anklänge an historische Malerei. Ich hoffe, die Betrachter entdecken etwas. Dort, wo man nichts entdecken kann, da läuft man vorbei. Bilder, die nicht viel bieten auf den ersten Blick, laufen Gefahr, dass man sie übersieht.

Übrigens: Abschlussarbeiten ziehen häufig ein Publikum an, das war auch bei meiner Verteidigung so ...

**Wie war da die Bewertung?**

Ich war mit der Beurteilung sehr zufrieden.

**Schaust Du es noch gern an?**

Ich hatte es jetzt ein Jahr nicht gesehen. Denn in meiner kleinen Wohnung kann ich es nicht aufhängen. Aber hier in diesen Versammlungsraum passt es auch mit diesem Thema recht gut.

**Dann schauen wir doch mal gemeinsam ... es ist nicht die pure naturalistische Malerei.**

Ich sehe mein Bild in Anlehnung an die klassische Malerei. Man muss, hoffe ich, nicht allzu lange draufschauen, um zumindest etwas für sich zu entdecken. Ich will die Leute auch da abholen, wo sie heute stehen könnten ...

**Ja, wo könnte ich dazugehören? Also ich suche jetzt noch. Was mich etwas irritiert, das sind die Monster...**

Die tauchen überall auf ... eine ganz bewusst von mir gewählte Verbindung. Es fällt hoffentlich auf, dass gerade diese Gestalten alle ähnlich sind.. Das könnte man durch-

## „Das Ende der Geschichte ist nach vorn hin offen“

**Künstlerische Abschlussarbeit  
am Institut für Kunstpädagogik Leipzig  
Acryl auf Leinwand 280 x 80 cm.  
von Marco Götze**



Fotos.Märker

aus mit „Monströser Geschichte“ bezeichnen. Darum stehen sie auch unübersehbar am Anfang und am Ende des Bildes. Und da gibt es Metaphern, die mit dem Begriff Geschichte verbunden sind. Beispielsweise: der Mantel der Geschichte ... aus dem Dunkeln hervortretend ... vorn nicht zu übersehen, das Rad der Geschichte ... dann der Odem der Geschichte. Man kann auch die Fußnote der Geschichte entdecken. Es gibt auch die Geschichte, die Ballast abwirft, in Form des Ballons. Es gibt die Geschichte, die am Blutfluss steht. Und da steht die Lebensgeschichte ... als Bienenwabe.

Geschichte schaut auf dem Bild überall hervor. Sie reitet auf dem Goldenen Kalb, sie ist auf dem Schild des Speerwerfers, sie fährt durch den Triumphbogen ... sie kommt als Lokomotive aus dem Raum der Produktivität, ganz am Ende steht sie und hebt ihren Mantel hoch und vorn hält sie ihn offen, das heißt, das Ende der Geschichte ist nach vorn hin offen.

**Je länger ich drauf schaue, um so mehr geht mir durch den Kopf ... z.B. Massen und Menschen ... Du hast sie sehr individuell dargestellt ...**

.. jeder in der Gruppe ist ein ganz bestimmter Typ. Die Demonstranten im vorderen Teil des Bildes sind in gewisser Hinsicht Masse, im hinteren Teil sind es eher Typen.

**Man entdeckt da viel Sachliches neben dem Menschlichen ...**

Geld, Krieg, Kommerz, Ruhm, politische Macht, juristi-

sche Macht, Produktivität, Wissen, Religion und schließlich vielleicht die ganz eigene Lebensgeschichte. In der Welt des Geldes finden sich die selben Typen wieder, wie in den politischen Machtkonstellationen.

**Zum Beispiel ...**

Na, die Keifenden, die Konditionierer, die Menschen mit den Macken, die Sisyphusse, die ganz Schlaunen, die Behelrenden, die Bürokraten und die Krümelkacker, die Gut-Menschen, die Konzentrierten, die Engagierten.

**Und wo bist Du zu „entschlüsseln“?**

Es gibt im Vordergrund ein Kellerverließ, und da entdeckt man eventuell mich auf dem Bild. Das hängt einfach mit seiner Entstehungsgeschichte zusammen. Ich habe damals viel im Instituts-Keller gemalt und ab und an auch geschlafen. Es gibt da schon ganz witzige Sachen, zum Beispiel wurden alle meine besten Freunde mit „verarbeitet“. Mein sehr geschätzter Mentor Hans Rossmann ist auch auf dem Bild.

**Mit Marco Götze unterhielt sich Michael Zock**



Foto:Ulrich

## Auf der Wiese

**haben  
wir gegessen**

... im Richard-Wagner-Hain. Komische und tragische Geschichten, experimentelle Klangcollagen und aufregende Live-Gäste luden im Juli dazu ein, die Picknickdecke auszubreiten und gut zuzuhören – beim 6. Leipziger Hörspielsommer. Insgesamt mehr als 80 Stücke und Live-Darbietungen konnten interessierte Besucher an den verschiedenen Themenabenden und -nachmittagen verfolgen. Es ist das größte Festival dieser Art in Deutschland. Am Abschlussabend gab es einen Cocktail: Kill Royal. In „Der Besuch des Leibarztes“ von Per Olov Enquist ging es um Affären und Intrigen am dänischen Hofe zur Zeit der Aufklärung.



# papperlapapp

LN las in dieser neuen Schülerzeitung obigen Titels, die seit Mai in der Lützner Straße in Leipzig vom „Habicht e.V. für Kinder und Jugendarbeit“ herausgegeben wird, und benotete einige Seiten mit „ungenügend“.

Dieses schöne lange Buchstabenungestüm mit sechs „P“ wird in der Regel benutzt, um die Meinung, die Befürchtungen oder Bedenken anderer wegzuwischen. Allzu sehr in Mode ist es zur Zeit nicht, aber als Titel einer neuen Leipziger Schülerzeitung lässt es aufmerken. Kostenlos wird die Auflage in den Schulen ausgelegt. Kostenlos bedeutet natürlich, das feine Glanzpapier und der edle Druck von 20 Seiten müssen ja von irgendwem bezahlt werden. Blättert man bis zur vorletzten Seite, stößt man zumindest auf einen großen Geldgeber. Ganzseitig geht es um Heer, Luftwaffe

und Marine unter dem Motto: „Entscheiden gut, gut entschieden: Ihre Karriere in der Bundeswehr“. Echte Kerle von Kopf bis Fuß, selbstverständlich hoch gerüstet, schauen die jungen Leser an. Verantwortlich für diese Seite: das Personalamt der Bundeswehr. Da wird tatsächlich scharf geschossen, auf Iraker? Ebenfalls ein „ungenügend“ bekommt die Seite daneben, die zwar harmloser daherkommt, aber per Horoskop unter anderem den „Schützen“ erläutert, dass jetzt (Kriegsgott!) Mars für „die nötige Energie bei zahlreichen Unternehmungen sorgt“. Meine alte Astronomielehrerin, die uns

vor vielen Jahren in die Geheimnisse der Sterne und Sternbilder einweihte, würde sich im Grabe umdrehen. Richtig böse wurde sie damals immer, wenn einer Astronomie und Astrologie nicht richtig auseinanderhielt. Heute ist das sowieso alles nur noch „papperlapapp“, oder? Jungen sind derzeit offenbar schlecht in der deutschen Sprache, denn sie nehmen in diesem Fach besonders gern Nachhilfe in Anspruch. Jeder vierte Schüler tut das, wenn man der Agentur, die dieses Ergebnis auf Seite 4 veröffentlicht, Glauben schenken darf. Übrigens: Nachhilfe gab es auch schon in der Polytechnischen

Oberschule der DDR. Allerdings kostenlos, denn die erfolgreicherer Schüler, ganz gleich ob in Sport oder Deutsch, kümmerten sich um diejenigen, die nicht über den Bock springen konnten oder Bock auch schon mal mit Doppel-K schrieben. Dass der Studiengang „Hotelmanagement“, in Australien durchgeführt, deutschen Abiturienten einen Arbeitsplatz garantiert, freut mich. Nur grummelte es in mir, wie weit ist das Redaktionsteam in der Lützner Straße von den Leipziger Realitäten entfernt, wenn es Schülern ganz nebenbei eine Dali-Ausstellung in Köln empfiehlt? • MIC

## Wie man zu seinem Kopf kommt



„Du bist ein Mensch mit einem eigenen Kopf, wie jeder ihn auf seinem Halse trägt: Mit Augen, Nase, Ohren unterm Schopf und einem Mund, der Fragen fragt.“ Günter Kunert schrieb das den Schulanfängern auf diese kunterbunten Seiten zum Schulanfang, und wie es sich für einen richtigen Schriftsteller gehört, legt er noch eine ganze Menge kluger und lustiger Verse nach. Dem Eulenspiegel-Verlag ist mit diesem wunderbaren Album ein toller Wurf gelungen, der einfach in jede Zuckertüte gehört. Illustriert und gestaltet von Hans Eberhard Ernst. Weitere Texte und Reime, die die Knirpse sicher später erst richtig lesen und verstehen können, stammen unter anderem von Peter Hacks, Emil Weber, Beate Hellbach, Heinrich Hoffmann von Fallersleben und Heinz Kahla. Viele der buntbedruckten Seiten geben den ABC-Schützen auch Möglichkeiten, selbst etwas zu gestalten, und das Alphabet mit Buchstaben zu erlernen, die durchaus Appetit auf weiteres Lesen machen können. Gemeint ist hier das berühmte Russisch-Brot. Und die Druckqualität ist dabei so lecker, dass man fast in die Seiten beißen möchte. Das Buch reizt auf phantasievolle Weise die Schulanfänger zum Selbstgestalten, sei es per Buntstift, per Foto oder einfach, indem die Fragen, die ein doppelseitiger lustiger Fragebogen stellt, schriftlich beantwortet werden. Bis dahin werden natürlich noch einige Wochen vergehen, aber der Spaß besteht auch darin, in 40 oder 50 Jahren dieses tolle Schulalbum wieder einmal herauszukramen ...

• Jo,

Herausgegeben von Hans Hellbach. Illustriert von Hans Eberhard Ernst. Eulenspiegelverlag, Berlin, 2008. 12.90 Euro



## Schipanskis Zuckertüte

Was Frau Dagmar Schipanski, Vorsitzende der CDU-Kommission „Neue Bundesländer - Stand der deutschen Einheit“, schon alles zur DDR von sich gegeben hat, geht auf keine Kuhhaut. Nunmehr fiel ihr rechtzeitig vor Beginn des neuen Schuljahres ein, dass jeder Schüler mindestens einmal während seiner Schulzeit eine Gedenkstätte besuchen sollte, die ihn mit der „Geschichte des Totalitarismus vertraut macht“. Gemeint sind nicht die ohnehin seit der „Wende“ bedeutend weniger gewordenen antifaschistischen Gedenkstätten, sondern solche wie „das frühere Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen oder ein Grenzmuseum wie Alphapoint“. Es sollte ganz in diesem Sinne ein Museum sein, dass nahezu die Wirkung eines Gruselkabinetts hat. Ganz nach dem Motto: Je gruseliger, umso besser. Dafür bietet sich Leipzig besonders an, denn das neue Gedenkstättenkonzept betont die zentrale Rolle Leipzigs als „Erinnerungsort an die kommunistische Herrschaft“. Am liebsten so: Die DDR ein

kalter Knast. Nur in den Nischen etwas Wärme. Die Welt des „realen Sozialismus“ der DDR soll in einem Lichte dargestellt werden, dass nach Möglichkeit keiner auf den Gedanken kommt, im Sozialismus eine Alternative zum Kapitalismus zu sehen. Das Schipanski-Konzept dient nicht der Kritik der Menschenrechtsverletzung in der DDR, sondern es richtet sich gegen die Idee des demokratischen Sozialismus, gegen deren Begründer und Verfechter. Und es richtet sich letztlich gegen die Linken in diesem Lande. Dafür eignet sich der Besuch einer Stätte des Gedenkens an jene, die ihren aktiven Widerstand gegen die mörderische faschistische Diktatur und gegen den von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieg mit ihrem Leben bezahlt haben, nicht. Jedoch gerade dort werden die Lehren deutscher Geschichte vermittelt. Dringend notwendig, zumal Neofaschisten sich wieder auf deutschen Straßen und Plätzen tummeln können und dürfen. • KLIO

## Bitte keine „gewinnorientierte“ Kinderbetreuung

LN. „Die Volksolidarität warnt vor der Kommerzialisierung im Bereich Jugendhilfe“, so Eberhard Schulreich, Mitglied des Bundesvorstandes und des Leipziger Stadtverbandes des Sozial- und Wohlfahrtsverbandes. Seine Warnung bezieht sich auf Pläne der Bundesfamilienministerin Ursula von Leyen, staatliche Zuschüsse für Kinderbetreuung nicht mehr nur an gemeinnützige Träger, sondern auch an gewinnorientierte gewerbliche Anbieter zu zahlen. „Hier zeigt sich das Fragwürdige in der Familienpolitik“, so Schulreich. „Alles, was aus dem Bundesministerium für Familie, Frauen und Jugend so scheinbar kinderfreundlich daherkommt und was sich der Familie zuwendet, entpuppt sich

im Nachhinein oft als widersprüchlich, wenn nicht gar kontraproduktiv für die Familie. Der Staat darf sich nicht aus seiner Verantwortung zurückziehen und schon gar nicht dort, wo es um Familienpolitik geht.“ Die Volksolidarität mit rund 37 000 Plätzen in 381 Kindertagesstätten wendet sich gegen eine Privatisierung der Kinderbetreuung. „Der gesellschaftliche Anspruch, gerade im Krippen- und Kindergartenbereich das Augenmerk auf solide Bildung, Erziehung und Betreuung zu legen und bezahlbare Angebote für alle Eltern vorzuhalten, muss erhalten bleiben.“ Zum Stadtverband gehören 16 Kitas mit ca. 1800 Plätzen und ein Kinderheim.

## 800 Euro Mindestrente

Aktionskonferenz in Dresden

**LN.:** Zum Auftakt der landesweiten Rentenkampagne trafen am Samstag, dem 12. Juli auf einer Aktionskonferenz zur Rente rund 60 Aktivistinnen und Aktivisten in Dresden zusammen. Nach einem Einführungsbeitrag der sächsischen Landesvorsitzenden der LINKEN, Dr. Cornelia Ernst stellten Katja Kipping, stellvertretende Vorsitzende der LINKEN und Michael Schlecht, gewerkschaftspolitischer Sprecher des Bundesvorstandes das Rentenkonzept der LINKEN vor.

Dr. Cornelia Ernst sagte in ihrem Einführungsbeitrag: „Wir wollen mit dieser Kampagne das Thema in die politische Diskussion bringen. Wir müssen Altersarmut thematisieren und enttabuisieren. Mit den gegenwärtigen Erwerbsbiographien können die Menschen der gegenwärtigen Generationen 45 Arbeitsjahre kaum mehr erreichen, eine Rente mit 67 ist daher unwürdig und de facto lediglich eine Rentenkürzung. Der Anstoß zu dieser Debatte muss von der LINKEN kommen. Wir werden daher auch eine Massenpetition gegen die Rente mit 67 starten.“

Katja Kipping, stellvertretende Vorsitzende der LINKEN: „Eine Untersuchung des Max-Planck-Instituts bestätigt die Ein-

schätzung, die Angst vor dem Alter ist weit verbreitet. Das ist auch nicht verwunderlich, zeigen doch aktuelle Untersuchungen, dass Frauen im Durchschnitt nur auf 18 Jahre, und Männer der Jahrgänge 1960 bis 1970 nur auf 32 Beitragsjahre kommen. Nicht nur diese Menschen erhalten dann lediglich eine Rente, die knapp über dem Niveau der Grundsicherung liegt. Der Landesvorstand Sachsen hat mit seinem Vorschlag – 800 Euro als Mindestrente – eine Debatte im Bundesvorstand angestoßen. Wenn unser Rentenmodell sich durchsetzt, wird keine Rentnerin unter 800 Euro Rente haben.“

Michael Schlecht betonte: „Wir müssen den gegenwärtigen Angriff auf die paritätische Altersvorsorge zurückweisen. Seit 2000 erfolgt darüber hinaus eine Abkehr von der Maxime, dass die Altersrente den Lebensstandard im Alter sichern soll. Stattdessen soll dieses Modell vom sog. 3-Säulen-Modell, bestehend aus gesetzlicher Rente, Riesterrente und Betriebsrente ersetzt werden. Das ist der falsche Weg.“ Detaillierte Informationen zum LINKEN Rentenkonzept finden Sie auf:

[www.die-rente-die-linke.de](http://www.die-rente-die-linke.de)  
[www.dielinke-sachsen.de](http://www.dielinke-sachsen.de)

## Gebühren müssen nicht steigen

... solange TV-Stars über Gebühr zulangen

**S**olange TV-Stars pro Sendung mehr verdienen als ein Ministerpräsident im Monat, muss die Gebühr nicht steigen! Zum 1. Januar soll die Rundfunkgebühr um 95 Cent auf 17,98 Euro im Monat steigen. Dabei haben ARD und ZDF ihre Sparpotenziale noch gar nicht ausgeschöpft.

Manche Moderatoren, wie z. B. Carmen Nebel, Florian Silbereisen, Frank Plasberg oder Anne Will verdienen mit einer Sendung mehr als ein Ministerpräsident im Monat.

Dabei sind die Nebenverdienste, wie sie zum Beispiel Johannes B. Kerner exzessiv nutzt, noch gar nicht mit eingerechnet. Und auch viele Intendanten lassen sich ihre Arbeit besser vergüten als die Regierungschefs.

**Dazu erklärt der Medienexperte der Linksfraktion im Sächsischen Landtag, Heiko Hilker:**

„Solange Talkshow-Moderatoren mit einer Sendung mehr verdienen als ein Ministerpräsident im ganzen Monat, gibt es keinen Grund, die Rundfunkgebühren zu erhöhen! Ein Blick in die Niederlande zeigt,

dass und wie diesem finanziellen Missverhältnis begegnet werden kann. Die niederländische Regierung will die Spitzengehälter der Stars des öffentlich-rechtlichen Rundfunks drastisch kürzen. Künftig sollen Moderatoren oder Star-Reporter dort nicht mehr als 200.000 Euro pro Jahr verdienen dürfen.

Dies kündigte der für Medien zuständige Minister Ronald Plasterk jetzt an. Auslöser dafür waren Jahresgehaltszahlungen für Medienstars in Höhe von bis zu 500.000 Euro.

Deutsche Star-Moderatoren liegen da jedoch weit drüber. Neben dem Moderationshonorar von ca. 15.000 Euro pro Sendung erhalten sie für ihre Produktionsfirmen noch einen garantierten Gewinn von sieben Prozent auf die gesamten Kosten. Auf diese Weise kommen im Jahr schnell 1 bis 2 Mio. Euro zusammen.

Sicher, bestehende Verträge können nicht geändert werden. Allerdings sollte bei Neuverhandlungen das jeweilige Honorar nach unten angepasst werden. Es ist kaum anzunehmen, dass die Mehrzahl freier Moderatoren zu den jetzigen Bedingungen von RTL, Sat.1 oder anderen kommerziellen Sendern übernommen wird.

### 3. Juli

**Karlsruhe:** Das Bundesverfassungsgericht hat Teile des Bundeswahlrechts für grundgesetzwidrig erklärt. Es reagierte damit auf eine Beschwerde gegen das Ergebnis der Bundestagswahl in Dresden. In Dresden wurde 2005 wegen des Todes einer NPD-Kandidatin später gewählt. Dabei wurde das Problem des „negativen Stimmrechts“ deutlich: Wegen der bereits gewonnenen Überhangmandate musste die CDU unter 41 22S Zweitstimmen bleiben, um kein Direktmandat zu verlieren und rief zur taktischen Abstimmung auf. Nach Ansicht des Gerichts verstößt die Regel gegen den demokratischen Wettbewerb und muss bis 2011 geändert werden.

**Leipzig:** Der Bau des City-Tunnels wird teurer. Die Kosten für die Haltestelle Semmelweißstraße sind von knapp zwei auf 3,45 Millionen Euro gestiegen. Die Stadt muss davon 310 000 Euro tragen. Zusätzlich will die Stadt den Tunnelbauern 4,5 Millionen Euro an Gebühren erlassen, die ihr für die Nutzung öffentlicher Flächen zustehen. Die geplanten Kosten von 571 Mio. Euro sind inzwischen auf 705 Mio. Euro gestiegen.

### 4. Juli

**Dresden:** Gegen den sächsischen NPD-Landtagsabgeordneten Gansel ist eine Anklage wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole erhoben worden. Ihm wird vorgeworfen, sich im Internet abfällig über Justiz und Gewaltenteilung geäußert zu haben. Gansel gilt als Theoretiker der NPD. Bundesweite Empörung löste er Anfang 2005 aus, als er die Luftangriffe der Alliierten im Zweiten Weltkrieg als "Bombenholocaust" bezeichnete.

**Leipzig:** Das Gewandhausorchester spendet die Einnahmen der Generalprobe für das erste Konzert der Saison am 4. September für den Bau des jüdischen Begegnungszentrums in Leipzig

### 6. Juli

**Freiberg:** Der Bergbau im Erzgebirge wird



wiederbelebt. Das Sächsische Oberbergamt in Freiberg erteilte erstmals seit 18 Jahren wieder eine Abbaugenehmigung für Fluss- und Schwespat. Es gibt auch Erkundungsanträge für zehn Lagerstätten von Zinn, Wolfram und Kupfer, die teilweise bereits genehmigt wurden. Vor einigen Wochen hatte die Behörde auch die Erkundung von Vorkommen in der Lausitz gebilligt.

**Plauen:** Die Polizei hat im Vogtland einen manipulierten Geldautomaten entdeckt. Mit Hilfe eines Lesegerätes und einer Minikamera haben Trickdiebe versucht, an Daten und Geheimzahl von Kartenbesitzern zu gelangen.

**Sebnitz:** Unbekannte haben erneut einen Anschlag auf ein Wahlkreisbüro der Partei DIE LINKE verübt. Nach Angaben der Polizei warfen die Täter mit einem Gullydeckel die Scheibe des Büros ein.

### 10. Juli

**Leipzig:** Die Kopie des von den Nazis 1936 entfernten Mendelssohn-Denkmal soll gegenüber dem Haupteingang der Thomaskirche aufgestellt werden. Der Stadtrat stimmte einem entsprechenden Vorschlag von Oberbürgermeister Jung zu. Die Bronzestatue war 1892 im Stadtzentrum errichtet worden.

### 12. Juli

**Dresden:** Die Semperoper gehört seit Sonnabend zwei Wochen lang den Tangotänzern. Wie das Haus mitteilte, kommt während der Sommerferien des eigenen Ensembles das weltweit erste Tango-Musical aus Argenti-

nien in Dresden auf die Bühne. Bis 27. Juli sind 19 Aufführungen der Show "Tanguera" geplant.

### 13. Juli

**Zwickau:** Der Bürgerentscheid über die Zahl der Beigeordneten in Zwickau ist wegen zu geringer Beteiligung gescheitert. Nach Angaben der Stadt gaben nur rund 16 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Nötig wären 25 Prozent gewesen. Mit rund 93 Prozent stimmte allerdings eine deutliche Mehrheit für eine Reduzierung der Beigeordneten-Posten. Die Initiatoren des Entscheids wollen erreichen, dass neben der künftigen Oberbürgermeisterin Findeiß nur noch ein Dezernent amtiert. Bislang waren es drei gewesen. Die Mehrheitsfraktionen im Stadtrat CDU, Linke und AG Zwickau beharren dagegen auf den drei Posten.

**Kamenz:** Der sorbische Schriftsteller Kito Lorenc erhält in diesem Jahr den Lessing-Preis des Freistaates. Die Auszeichnung ist mit 13 000 Euro dotiert. Nach Angaben des Kultusministeriums wird damit sein Lebenswerk gewürdigt. Lorenc ist einer der bedeutendsten sorbischen Schriftsteller der Gegenwart. Zu den bisherigen Preisträgern gehören Wolfgang Hilbig, Rolf Hoppe und Adolf Dresden.

Lessing-Förderpreise 2008 gehen an die Autorin Ulrike Almut Sandig und den Dramatiker Dirk Laucke. Die Verleihung findet Mitte Januar zum Auftakt der 47. Kamener Lessingtage statt.

### 14. Juli

**Zwickau:** Für zwei Wochen lädt „Mini-Zwickau“ Jungen und Mädchen zum Zeitvertreib ein. Es werden Leben und Arbeit, Vergnügen und Lernen, Politik und Kultur nachgespielt. Mit den „Zwickern“ hat die Spielstadt sogar eigenes Geld.

### 15. Juli

**Radeburg:** Ein Waschbär hat auf einem Campingplatz sein Unwesen getrieben: Nach Angaben der Polizei stahl er einem 65-Jährigen die Brieftasche und verspeiste einige Vorräte in dessen Vorzelt. Die Beamten fanden verräterische Spuren u.a. auf der Butter. In der Geldbörse waren knapp über 25 Euro.

**Großenhain:** In der Nähe der Stadt sind drei Felder mit Gemmais zerstört worden. Auf einem Versuchsfeld bei Strauch haben die Täter die Pflanzen abgeschnitten. Die Agrargenossenschaft gab den Schaden mit rund 20.000 Euro an. Verwüstet wurden auch Flächen in Marsdorf und Blochwitz. Das Aktionsbündnis für ein gentechnikfreies Sachsen distanzierte sich von den Aktionen.

### 16. Juli

**Zschopau:** Der Motorenhersteller Wankel will das vom Aus bedrohte Motorradwerk Zschopau kaufen. Das sächsische Wirtschaftsministerium bestätigte eine entsprechende Anfrage der Firma aus Kirchberg bei Zwickau. Wankel will ein Sportmotorrad mit Wankel-Motor in Zschopau produzieren.

### 20. Juli

**Rochlitz:** Nach dem Brandanschlag einer Gruppe Rechter auf einen bei Linken beliebten Jugendclub und einem Überfall auf eine Wohnung in Rochlitz am Donnerstag sitzen inzwischen zwei der acht Tatverdächtigen in Untersuchungshaft. Bei drei weiteren Männern wurden die Haftbefehle gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt.

War etwas anderes zu erwarten? Die G8-Staaten haben bei ihrem Gipfel mit den fünf wichtigsten Schwellenländern China, Indien, Südafrika, Mexiko, Brasilien, sowie Australien, Indonesien und Südkorea, dem „Major Economies Meeting“, im japanischen Toyako die Gelegenheit vertan, die globalen Aktivitäten zum Klimaschutz einen entscheidenden Schritt voran zu bringen. Statt den Verhandlungen neuen Schwung zu verleihen und sich zu mittelfristigen Zielen für die Reduzierung der Emission von Treibhausgasen bis zum Jahr 2020 zu verpflichten, bestätigten die Staats- und Regierungschefs lediglich die Beschlüsse von Heiligendamm 2007. Wurde dort die Halbierung der globalen Treibhausgas-Emissionen bis zum Jahre 2050 lediglich „ernsthaft erwogen“, so bezeichnet man dieses Ziel diesmal als „gemeinsame Vision“. Dabei ist selbst diese visionäre Halbierung bis 2050, noch dazu ohne Bezugsjahr, viel zu gering, um auch nur die schlimmsten Folgen des Klimawandels zu verhindern. Auch den Schwellenländern gingen die Klimaschutz-Beschlüsse der G8-Staaten nicht weit genug. China, Indien, Südafrika, Brasilien und Mexiko forderten alle Industriestaaten auf, ihren Ausstoß von Treibhausgasen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent zu verringern. Bis 2020 sollten die Emissionen bereits um 25 bis 40 Prozent unter das Niveau von 1990 gedrückt werden. Ferner sollten die reichen Länder 0,5 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungsländer bereitstellen, um diesen zu helfen, sich auf den Klimawandel besser einzustellen.

Nach übereinstimmenden Modellrechnungen führender Klimaforschungs-Institutionen sind weitreichende Folgen des Klimawandels nur dann abzuwenden, wenn es gelingt, die globale Erwärmung bis zum Jahr 2050 auf weniger als 2 Grad im Vergleich zum vorindustriellen (vor 1900) Temperaturniveau zu begrenzen. Mit den vagen Absichtserklärungen dieses Gipfels lässt sich dieses Ziel jedoch nicht erreichen. Das hätte aber so bedrohliche Auswirkungen wie Trinkwassermangel, Trockenheit, Überschwemmungen und andere Katastrophen für Millionen Menschen zur Folge.

Die acht größten Wirtschaftsnationen der Welt, auf die 60 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts entfallen, müssen sich deshalb im Kampf gegen den Klimawandel endlich ihrer Verantwortung stellen. Während sie gegenwärtig für 39 Prozent der global emittierten Treibhausgase verantwortlich sind, gehen 62 Prozent aller Emissionen, die sich seit Beginn der Industrialisierung in der Atmosphäre angesammelt haben, auf ihr Konto. Und all das, obwohl in diesen acht Ländern nur 13,5 Prozent der Weltbevölkerung leben. Dazu ist nach Szenarien von UN-Experten eine Verminderung der Treibhausgas-Emission um 50 bis 85 Prozent bis zum Jahr 2050 erforderlich. Wie das in unserer profitorientierten kapitalistischen Gesellschaft realisiert werden kann, steht allerdings noch in den Sternen. Gilt doch nach wie vor das von Karl Marx zur Charakterisierung des Kapitals verwendete Zitat: ... 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens. – In diesem Fall selbst auf die Gefahr des eigenen Untergangs.

## Alternative Energiequellen

Seit einigen Jahren wird die Suche nach alternativen Energiequellen intensiviert. Der Grund dafür sind einmal die ständig

# Der Berg kreite ...

## Nur eine „gemeinsame Vision“ als Ergebnis des Klima-Gipfels



steigenden Weltmarktpreise für fossile Brennstoffe, zum anderen aber auch die absolute Notwendigkeit, die Emission von Treibhausgasen zu reduzieren. Die dazu geschaffenen gesetzlichen Regelungen – sowohl die europaweit handelbaren CO<sub>2</sub>-Zertifikate für energieintensive Betriebe als auch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) – sind reine Augenauswischerei. Damit wird nicht ein Gramm CO<sub>2</sub> weniger emittiert, denn durch die Einspeisung CO<sub>2</sub>-freier Energie in die Netze der Energiekonzerne müssen diese weniger Strom mit Kohlekraftwerken produzieren und können so die nicht benötigten Anteile ihrer Emissionsrechte gewinnbringend verkaufen. Die Emission wird damit nicht vermindert, sondern nur verlagert.

Bei der Suche nach alternativen Energiequellen wird auf seit langem bekannte Wirkprinzipien zurückgegriffen, deren technische Umsetzung, verglichen mit den herkömmlichen Energieträgern, bisher jedoch keinen Gewinn verspricht.

### Photovoltaik-Anlagen

Grundvoraussetzung für den wirtschaftlichen Betrieb von Photovoltaik-Anlagen ist eine genügend große Sonneneinstrahlung, sie liegt in unserem Gebiet bei etwa 1000 KWh/m<sup>2</sup> jährlich. Der Wirkungsgrad für moderne Solar-Module beträgt etwa 10 Prozent.

Wurden in den vergangenen Jahren einzelne Photovoltaik-Anlagen vorwiegend auf Hausdächern oder an günstig gelegenen Hausfassaden installiert, so beginnen jetzt auch die großen Energiekonzerne mit dem Bau von Photovoltaik-Anlagen im MW-Bereich. Kein Wunder, denn die Mehrkosten, die durch die Einspeisungsgebühr entstehen, werden bereits vom Kunden über den Strompreis getragen und die dadurch nicht benötigten CO<sub>2</sub>-Zertifikate bringen einen zusätzlichen Gewinn. Jüngstes Beispiel für ein solches Großpro-

jekt ist der auf dem ehemaligen Militärflughafen Waldpolenz errichtete Solarpark. Auf einer Fläche von 110 Hektar (200 Fußballfelder) entsteht hier das zur Zeit weltgrößte Solarkraftwerk mit einer Leistung von 40 MW; damit könnten etwa

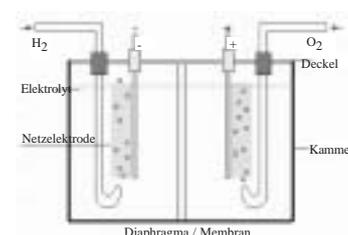


Solarmodul-Batterien in einem Solarpark

10000 Haushalte versorgt werden. Diese Werte sind zwar auf den ersten Blick beeindruckend, bei näherer Betrachtung muss man aber feststellen, dass mit der dazu erforderlichen Fläche das Problem der CO<sub>2</sub>-freien bzw. -armen Energieerzeugung nicht zu lösen ist.

### Brennstoffzellen

Die Brennstoffzelle wurde bereits im Jahre 1839 von dem Physiker Sir William Robert Grove erfunden. In ihr wird durch die „kalte Verbrennung“ von Wasserstoff (H<sub>2</sub>) und Sauerstoff (O<sub>2</sub>) Strom erzeugt, das ist die Umkehrung der Elektrolyse. Wilhelm Ostwald erkannte bereits 1887 die Bedeutung von Groves Brennstoffzelle.



Wirkprinzip einer Brennstoffzelle

stoffzelle; damals fehlten allerdings die Voraussetzungen zur technischen Realisierung. Er schrieb dazu: „Haben wir ein galvanisches Element, welches aus Kohle und dem Sauerstoff der Luft unmittelbar elektrische Energie liefert [...], dann stehen wir vor einer technischen Umwälzung, gegen welche die bei der Erfindung der Dampfmaschine verschwinden muss. Denken wir nur, wie [...] sich das Aussehen unserer Industrieorte ändern wird! Kein Rauch, kein Ruß, keine Dampfmaschine, ja kein Feuer mehr...“

Erst in den 1950er Jahren begannen ernsthafte Forschungen, wenn auch auf „Sparflamme“, zum Einsatz von Brennstoffzellen als Fahrzeugantrieb. Inzwischen ist hier, vor allem im militärischen Sektor, ein Durchbruch erfolgt. So sind die U-Boote einer neuen Typenreihe mit Brennstoffzellen ausgerüstet, deren Leistung von 3,2 MW ihnen eine mehrwöchige Tauchfahrt ermöglicht. Daneben existieren auch schon einige Linienbusse mit Brennstoffzellen-Antrieb als Prototypen mit einer Leistung von 200 KW, die mit einer Tankfüllung Wasserstoff 250 km zurücklegen können. Zur Zeit ist jedoch die Speicherung des Wasserstoffs, ob gasförmig, flüssig oder als Metallhydrid, noch sehr aufwändig. Eine an der Northeastern University in Boston entwickelte neue Speichertechnik mit Graphit-Nanofasern könnte hier eine revolutionäre Wirkung haben. Die Speicherdichte liegt hier bei 30 Liter H<sub>2</sub> pro Gramm Kohlenstoff. Neben den mobilen Anwendungen sind bereits Blockheizkraftwerke mit einer Leistung von jeweils 200 KW in Betrieb.

### Windenergie

Eine der ältesten von Menschen genutzten Energiequellen ist der Wind. Auf der Grundlage der in früheren Jahrhunderten benutzten Windmühlen werden heute zum Teil gigantische Windkraftanlagen (Windparks) errichtet.

Für 16 in der Nordsee vorgesehene Offshore-Windparks mit einer Leistung von



5000 bis 6000 MW (das entspricht fünf großen Kern- oder fossilen Kraftwerken) hat das Bundesamt für Seeschifffahrt bereits die Genehmigung erteilt. Ziel ist, 25000 MW Windkraft bis zum Jahr 2030 auf See zu installieren. Das entspricht 15 Prozent des heutigen Strombedarfs und würde die zur Zeit an Land installierte Windkraft-Leistung verdoppeln.



## Eine Reise-Reportage VON Gisela Boldt

Die 17-Tage-Reise hieß: Libyen - Römisches Erbe. Und das war schon sehr verlockend, zumal das Ganze gewissermaßen als Prolog Tunis und Karthago und als Epilog Alexandria abrunden sollten. Aber das Wichtigste war schon Libyen - ein Land, von dem wir herzlich wenig wissen und wird berichtet, dann meist mit negativem Anstrich.

### Ein reiches Land

Libyen ist mit seinen fast 1,8 Millionen km<sup>2</sup> annähernd so groß wie Deutschland, Frankreich, die Benelux-Staaten, Dänemark, Großbritannien, Italien, Griechenland, die Schweiz und Österreich zusammen! Es ist damit das viertgrößte Land Afrikas. Über 90 Prozent des Landes sind Wüste, mit teilweise extremen Witterungsbedingungen. Nur 3-5 Prozent des Bodens sind landwirtschaftlich nutzbar. 2004 hatte Libyen 5,8 Millionen Einwohner. Mehr als 80 Prozent der Menschen leben an der Küste. Die offizielle Sprache ist Arabisch; die Religion ist der Islam sunnitischer Prägung.

Am 01. 09. 1969 wurde durch den Bund Freier Offiziere unter Führung Muammar al-Gaddafi der König gestürzt und die "Libysche Arabische Republik" ausgerufen.

Heute ist Libyen das reichste Land Afrikas. Erdöl und zunehmend Erdgas sind die wichtigsten Exportartikel. Die sprudelnden Geldquellen aufgrund der hohen Barrelpreise für das schwarze Gold ermöglichten diesen Aufstieg eines Landes, das einst zu den ärmsten Afrikas zählte. Wie sich das einem Touristen zeigt, davon später. Zunächst zum "Römischen Erbe", dem Titel unserer Reise.

### Römisches Erbe

Dazu muss man mindestens zwei Jahrtausende zurückdenken, als die Phönizier überall im Mittelmeerraum Handelsniederlassungen errichteten. Karthago ist wohl die uns bekannteste. In der Rangordnung folgten Sabratha, Oea (das heutige



Der Zeus-Tempel in Kyrene. Mit seinen Ausmaßen übertrifft er sogar den Parthenon auf der Athener Akropolis.

Tripolis) und Leptis Magna, die "Tripolis", der historische Dreistädtebund. Was vor allem in Sabratha und Leptis Magna an Historischem zu bewundern ist, kann sich durchaus mit Ephesos an der türkischen Westküste oder mit Palmira in Syrien messen lassen. Die Häfen dieser Städte sind zwar verlandet, aber hervorragenden restauratorischen Arbeiten ist es zu danken, dass Theater, Tempel, Agora (Marktplatz), Thermen und vieles andere - vom Sand befreit - sich in antiker Schönheit präsentieren. Verweilen wir zunächst in Sabratha.

Zwischen Tripolis und der Grenze zu Tunesien gelegen gilt sie als eine der schönsten Ruinen- und Ausgrabungsstätten der Welt und ist deshalb auch in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes aufgenommen. Seit 46 vor der Zeitrechnung gehörte die Stadt zum römischen Reich und entwickelte sich als eine „colonia“ zu einer solchen Blüte und Bedeutung, dass sie sogar in Ostia, dem Hafen Roms, eine Handelsniederlassung unterhielt. Vor allem der römische Kaiser Septimius Severus, der 146 nach der Zeitrechnung in Leptis Magna zur Welt kam, ließ die nordafrikanischen Städte fördern und schmücken. Das prächtige Theater in Sabratha ist ein Geschenk von ihm und gilt heute als das schönste römische Theater der Welt. 22 Meter hoch ist die Bühnenwand. 5.000 Zuschauer fanden hier Platz. Man steht und staunt über die Erhabenheit der Architektur und die Schönheit der in Stein gemeißelten mythologischen und allegorischen Szenen, die Bühnenwand und Bühne zum Teil noch heute schmücken. Auch Leptis Magna, östlich von Tripolis, ist eine der bedeutenden Ruinenstätten der Welt. Man braucht einen ganzen Tag, um vom Triumphbogen für Septimius Severus bis zum Amphitheater und den Resten des Hippodroms alles zu besichtigen. Leptis Magna hatte vor allem wirtschaftliche Bedeutung als Hauptausfuhrhafen für exotische Güter aus dem Inneren Afrikas. Das vergnügungssüchtige Rom (Brot und Spiele) brauchte immer Nachschub an wilden Tieren und schwarzen Sklaven. Die unter Kaiser Diokletian neu geschaffene römische Provinz Tripolitania war zudem Kornkammer Roms und wichtiger Lieferant des für Körperpflege und Öllampen unentbehrlichen Olivenöls.

Eigentlich hätte die Reise auch den Zusatz "Griechisches Erbe" verdient, denn im östlichen Teil des Landes, der Cyrenaika, landeten vor allem Siedler von griechischen Inseln und gründeten dort Städte, deren Ausgrabung ebenfalls Erstaunliches ans Tageslicht bringt. So zum Beispiel Kyrene, benannt nach der Quellnymphe

Cyrene oder Kyra. Hier braucht man vor allem festes Schuhwerk, um sich von der Oberstadt mit ihren Tempeln, Theatern und Altären bis zur Unterstadt und der noch tiefer gelegenen Nekropole mit ca. 1.200 Felsengräbern durchzuarbeiten.

Das am meisten beeindruckende Bauwerk von Kyrene ist jedoch der etwas abseits gelegene Zeus-Tempel (Foto) aus dem frühen 6. Jahrhundert vor der Zeitrechnung. Mit seinen Ausmaßen übertrifft er sogar den Parthenon auf der Athener Akropolis. Es wäre noch zu berichten von Ausgrabungen in Ptolemais und Apollonia. Doch genug mit den Zeugnissen der Antike, die ich in dieser Fülle und Qualität in Libyen nicht vermutet hatte.

### Die Oase Ghadames

Ein Programmpunkt der Reise führte uns durch das Bergland Djebel Nafusah in die Sahara, in das ca. 600 Kilometer südlich von Tripolis gelegene Ghadames, eine Oasenstadt am Dreiländereck Libyen, Tunesien, Algerien.

Eine so relativ lange Fahrt muss nicht eintönig sein. Einmal nutzte unser Reiseleiter Jean-Michel auch diese Fahrt, viel Interessantes über Land und Leute, über Geschichte und die Kultur zu erzählen. Schließlich befanden wir uns auf einer Studienreise. Zwei Ausstiege aber waren mehr als nur "sich die Beine vertreten". Wir lernten Speicherburgen der Berber kennen.

Die von Qasr al-Hadji ist ein großer Rundbau mit einem einzigen Zugang. Im Innenhof befinden auf mehreren Etagen Vorratsräume für Getreide, Öl und andere Lebensmittel. Die oberen sind nur mit Leitern oder über Bretter zu erreichen. Außer den Öffnungen für die Speicherkammern sieht man auch kleinere Löcher in der Wand. Die waren für die Katzen, damit sie Mäuse fraßen und diese nicht das Getreide. Die Speicherburgen dienten nicht nur der Vorratshaltung. In Notzeiten suchte in ihnen auch die Bevölkerung Schutz.

Die Berber-Siedlung Ghadames mit ihren heute 11.000 Einwohnern spielte seit Urzeiten eine wichtige Rolle als Drehscheibe des Karawanenhandels und wurde schon von den Römern als "Perle der Wüste" bezeichnet. Sie verdankt ihrer Entstehung der so genannten Stutenquelle, um die sich mehrere Legenden ranken. Diese ist zwar versiegt, aber Brunnen versorgen den Ort mit Wasser, dessen Verteilung streng geregelt ist. Ein Meister des Wassers bestimmt nach festen Plänen, wann für wen die Bewässerungsrinnen geöffnet und geschlossen werden.

Ziel der Touristen ist vor allem die Altstadt mit Häusern und Gärten und mit den ca. 30.000 (!) Dattelpalmen, von einer sieben Kilometer langen Stadtmauer umschlossen, deren Tore abends zugesperrt wurden. Aus der Glut der Wüsten Sonne taucht man wie in eine Katakombenstadt mit im Sommer erträglichen Temperaturen. Sieben Großfamilien von zwei Berberstämmen haben hier gewohnt, bis sie seit Anfang der 70er Jahre in moderne Häuser umgesiedelt sind. Aber während der heißen Sommermonate ziehen auch manche zurück in die sorgsam gepflegten Gemäuer.

Nicht alle Bauten der Altstadt weisen noch die historische Bausubstanz auf. So auch

nicht die beiden alten Moscheen, denn am 11. Januar 1943 zerstörten US-amerikanische und französische Kampfflugzeuge die Oase. 70 Häuser wurden völlig zerstört, 200 beschädigt und mindestens 44 Menschen starben. Die dort stationierten italienischen Truppen und deren Waffen, denen der Angriff geglückt haben soll, blieben unversehrt.

In einer der Berberwohnungen, heute ein Restaurant, hatten wir unsere Mittagspau-



Nahe der Wüstenoase Ghadames: Tuareg beim Backen von Brot in heißer Asche.

se. An den vor allem mit roter Farbe künstlerisch bemalten Wänden türmen sich Kissen zum Sitzen. Tische und Stühle gibt es nicht. Eine schmale Steintreppe führt nach oben, auch zur Küche, die sich auf dem Dach befindet. Ein kleines Gemach neben dem zentralen Raum ist das "Hochzeitszimmer", hier wohnen die jungen Paare und hier werden auch die Babys geboren. Man lebte einfach, aber zweckmäßig.

Vielleicht überlegt einer, was 11.000 Einwohner mit 30.000 Dattelpalmen anfangen, denn wenn eine Palme 100 Kilogramm Datteln bringt, dann sind das ca. 300 kg pro Einwohner. Datteln werden zwar verkauft, aber der Eigenbedarf ist hoch. Wir bekamen oft frische Datteln zum Nachtisch. Sie sind saftig und nicht so süß wie die bei uns angebotenen. Unser Berber-Führer durch die Altstadt wusste zudem, wie man aus ihnen auch Essig bereitet: Ein Kilogramm Datteln und ein Liter Wasser, dann gibt das nach vier Tagen Saft und nach 40 Tagen Essig. Dattelnwein wird gewonnen, wenn man der Palme die Krone abschlägt. Aber dann hat man keine Datteln mehr.

Die vielen Palmen ermöglichen auch eine Drei-Etagen-Wirtschaft: sie liefern Datteln und Schatten, in ihm gedeihen Obst- und Olivenbäume und die wiederum spenden Schatten für Gemüse. Die Palmen sind somit nicht nur ein Grüngürtel, sondern auch ein kühlender Gürtel der Wüstenstadt.

Uns erwartete in Ghadames noch ein besonderes Erlebnis. Mit Jeeps fuhren wir am späten Nachmittag in die Wüste.

Von der alten Berberfestung Ras al-Ghul, Kopf des bösen Geistes, konnte man direkt auf tunesisches Territorium blicken. Und von einer nahen Wanderdüne hatte man einen Blick nach Algerien.

Fortsetzung: Seite 13

Ich ersparte mir die kleine, aber anstrengende Wanderung auf die Sanddüne und blieb bei unseren Gastgebern, einigen Tuaregs - das sind die Männer mit Gesichtsschleier und schönen braunen Augen - die für uns Brot in heißer Asche buken und herrlichen Pfefferminztee bereiteten. So saß ich im Zelt und lauschte auf ihre leisen, melancholischen Gesänge, die sie auf der Gitarre begleiteten. Einmal ohne die Reisegruppe genoss ich meinen Tee und die Weite und Stille der Wüste und hatte auch meine Erlebnisse: In respektvollem Abstand trabte eine Dornschwanzzechse vorbei, und ein schwarzer Klopfkäfer verirrt sich in das Zelt. Ich gestehe, diese Stunde war für mich eine der schönsten der Reise.

## Wasser aus der Wüste

Nicht nur in Ghadames ist Wasser seit Jahrhunderten das A und O. In ganz Libyen ist es ein zentrales, lebenswichtiges Thema.

Auf unserer Fahrt durch die Wüste sahen wir lange Reihen weißer Rohre, die unterirdisch verlegt wurden. Sie sind Teil des mit 25 Milliarden Dollar finanzierten und vielleicht teuersten Wirtschaftsvorhabens der Welt, des Great-Man-Made-River-Projekts (GMMR). Es sieht vor, das unter der Sahara liegende fossile Grundwasser anzuzapfen und mittels Pipelines zu den Verbrauchern an der Küste und in die Oasen zu bringen. Ziel ist, Libyen von teuren Getreideimporten unabhängig zu machen und auch der Landflucht von Süd nach Nord Einhalt zu gebieten.

Wir hatten die Möglichkeit, gewissermaßen vor Ort, an einem der riesigen, oberirdischen Wasserbehälter Auskünfte von zwei Mitarbeitern zu bekommen. Aus insgesamt 578 Brunnen sowohl im westlichen als auch im östlichen Teil der libyschen Wüste sollen täglich etwa drei Millionen Kubikmeter Wasser gepumpt werden. Dabei wird das natürliche Gefälle zwischen den Wasserfeldern und der Küste genutzt. Die Rohrstücke der Pipelines sind sieben Meter lang, haben einen Durchmesser von vier Metern und wiegen 73 Tonnen. Der Bau des GMMR-Projektes liegt überwiegend in südkoreanischer Hand.

Dass sich unter der Sahara, dem "Meer ohne Wasser" - wie sie die Araber nennen - Wasser befindet, hatte bereits ein Franzose entdeckt, und die Italiener begannen, es zu fördern. Aber erst Gaddafi nahm das Projekt ernsthaft und in diesem Umfang in Angriff. In der letzten Eiszeit versickerte das Wasser und sammelte sich unterirdisch. Überhaupt war die Sahara einmal ein grünes Paradies mit Tieren, wie sie heute in anderen Teilen Afrikas leben. Felszeichnungen bezeugen dies. Durch Klimawandel aber wurde dieses Gebiet

von 9 Millionen Quadratkilometern, mit einer Ausdehnung von 6000 Kilometer vom Atlantik bis zum Nil, zur größten Wüste der Erde. Nun sollen Teile der Sahara durch Bewässerung wieder fruchtbar werden.

Auf 50 Jahre werden die Wasservorräte berechnet. Aber risikolos ist das Ganze nicht, denn es gibt geologische Schichten mit Salzablagerungen, und wenn die angezapft werden, dann fließt Salzwasser. Die Streitfrage ist, was die Alternative zu dem Wasserprojekt für ein Land wäre, das zu den wasserärmsten der Welt zählt, wo es in einigen Gebieten 20 bis 25 Jahre lang überhaupt nicht regnet. Meerwasserentsalzungsanlagen sagen einige Experten. Libyen entsalzt bereits Meerwasser und hat - wie jüngst vermeldet wurde - in Frankreich weitere solcher Anlagen gekauft. Aber, so einer der Ingenieure, ein Liter entsalztes Meerwasser sei doppelt so teuer wie ein Liter aus dem Wasserprojekt. Zudem hätten 9000 Menschen durch das Projekt Arbeit bekommen. Man kann nur wünschen, dass diesem gewaltigen Vorhaben der erhoffte Erfolg beschieden ist.

## Zinslose Darlehen

Wie stellt sich das alltägliche Erscheinungsbild des Landes für einen durchreisenden Fremden dar?

Tripolis, Bengasi, Tobruk sind moderne Städte. Man sieht viele neue Autos, und es wird viel gebaut. In den Suks (Basare) wird wieder gehandelt. Wieder, denn in den 80er Jahren war der private Handel verboten worden. Für ein arabisches Land ist eine solche Entscheidung schwer vorstellbar. Aber das wurde 1987 auch korrigiert. Die Suks leben wieder, das Warenangebot hat sich spürbar verbessert. Und es sind nicht nur libysche Händler, die ihre Waren anbieten. Man hat das Gefühl, im Suk, auf Plätzen und Straßen trifft sich halb Afrika - die Menschen kommen aus Tschad, Niger, Marokko, Ägypten ... 14 Prozent der Bevölkerung sind Ausländer.

Es hat sich viel verändert, in den 38 Jahren seit der Machtübernahme am 1. September 1969 durch den „Bund Freier Offiziere“ unter Führung Muammar al-Gaddafis, als er über den Rundfunk die „Libysche Arabische Republik“ proklamierte und erste Veränderungen ankündigte: Verstaatlichung der Banken, Verdopplung der Mindestlöhne, Preisstopp, Senkung der Mieten, Alkoholverbot. Die Armee wurde gesäubert und der blühenden Korruption Einhalt geboten.

Wir waren an einem Abend in Tripolis zu Gast bei einer libyschen Familie. Herr Ahmed Berbasch, der in Deutschland gearbeitet hat und gut deutsch spricht, war bereit, auch unsere Fragen zu beantworten. Die vielen neu gebauten oder in Bau

befindlichen Häuser sind möglich, weil der Staat jedem, der ein Haus bauen will, einen zinslosen Kredit bewilligt, der in 30 Jahren zurück zu zahlen ist. Zinslos deshalb, weil die Banken in Libyen keine Zinsen nehmen dürfen! Nicht möglich ist, in diesem Haus Wohnungen zu vermieten und die Mieteinkünfte einzustreichen. Vermieten ist generell untersagt. Es darf sich keiner an einem anderen bereichern. Augenzwinkernd sagte Herr Berbasch, dass mancher nun ‚verleiht‘. Das sei schließlich kein Vermieten.

In den Betrieben gibt es keine Chefs und keine Angestellten, sondern nur gleichberechtigte Partner. Männer und Frauen erhalten den gleichen Lohn, wenn sie die gleiche Arbeit verrichten. Auch für den Kauf eines Autos werden Darlehen gegeben, denn in Libyen gibt es keine Eisenbahn. Aber der Bau einer Eisenbahn von Tunis an die Küste entlang ist geplant. Die kein Auto besitzen, können Linienbusse oder Sammeltaxis benutzen. Viel wurde und wird auch für den Ausbau der Infrastruktur getan. Die medizinische Versorgung und Medikamente sind kostenfrei.

In dem Land, das noch vor 40 Jahren eine hohe Rate Analphabeten hatte, sie wird auf fast 95 Prozent geschätzt, besteht allgemeine Schulpflicht vom 6. bis 15. Lebensjahr. Es wurden viele Schulen und Bildungseinrichtungen gebaut. Unser Gastgeber meinte, es gäbe auch Privatschulen. Der Unterricht war viele Jahre ausschließlich auf die arabische Sprache beschränkt. Erst seit den letzten Jahren werden wieder Fremdsprachen gelehrt. Jetzt können 95 Prozent der Männer und ebenfalls über 90 Prozent der Frauen Lesen und Schreiben.

Wer aber erwartet, dass nun überall in den Straßen Bilder vom Revolutionsführer hängen oder an zentralen Plätzen Statuen aufgestellt sind, der wird enttäuscht. Sicher gibt es Bilder von Gaddafi in Gaststätten. Auf Hauptstraßen sieht man sehr oft die Zahl „38“, aber nur selten grüßt Gaddafi von einem Plakat. Und das ist kein Personenkult! Seine Ziele und Ideale einer Gesellschaft zwischen traditionell-islamischem und sozialistischem Anspruch hat Gaddafi in seinem 1976 erschienenen "Grünen Buch" niedergeschrieben. Es ist sehr aufschlussreich.

Das Land könnte in der Entwicklung viel weiter sein. Aber nach dem Terroranschlag auf die Berliner Diskothek "La Belle" und dem Flugzeugabsturz von Lockerbie, für die Gaddafi verantwortlich gemacht wurde, (der libysche Staat hat seine unmittelbare Beteiligung immer bestritten) wurde auf Betreiben der USA 1992 ein Embargo über das Land verhängt, das erst 1999 eingefroren und seit 2003 vollständig aufgehoben ist. Das Embargo verbot den Export von Erdöl und die Einfuhr von lebenswichtigen Gütern. Das hat sich, so Ahmed Berbasch, auch verheerend bis in jede Familie ausgewirkt, zum Beispiel durch das Fehlen von Medikamenten.

Die Forderung nach Embargo und Verstärkung bereits bestehender Embargos über so genannten Schurkenstaaten, die auch deutsche Politiker sehr oft lautstark fordern, trifft die Bevölkerung der jeweiligen Länder. Oder ist damit beabsichtigt, diese zum Sturz ihrer jeweiligen Regierung zu



Moderne Bauten in der Hauptstadt Tripolis. Von den fünf Türmen sieht man nur immer vier in voller Größe.

drängen? In Libyen sind diese Rechnungen, wie auch Attentatsversuche gegen Gaddafi, nicht aufgegangen. In jedem Fall aber fügen Embargos nicht nur den Wirtschaften schweren Schaden zu.

## Leidgeprüftes Land

Unsere Reise führte anfangs zweitausend Jahre zurück, durch Jahrhunderte, in denen Phönizier, Römer, Griechen, Vandalen, Byzantiner, Perser, Mameluken, Ägypter, Osmanen und andere ihre Spuren hinterließen. Zum Ende unserer Fahrt sollten die letzten hundert Jahre ins Blickfeld rücken. Libyen ist erst seit dem 24. 12. 1951 unabhängig mit König, Idris I., Idris al-Senussi. Aber es war und blieb Objekt der Begierde von Kolonialherren - vor allem von Italien. Mussolini hatte den Plan, ein neues römisches Weltreich zu errichten und streckte ab 1922 beide Hände nach Afrika aus. Gegen die italienische Fremdherrschaft und die massenhafte Besiedlung durch Italiener regte sich schon vorher Widerstand im Land. Omar Mukhtar mit dem Beinamen "Löwe der Wüste", er ist auf einem Dinargeldschein abgebildet, organisierte ihn in der Cyrenaika, vor allem im Bergland Djebel al-Akhdar. Um ihm und seinen Kämpfern den Mutterboden zu entziehen, entvölkerten die Italiener Dörfer und brachten Kinder, Frauen und Alte in Konzentrationslager in der Wüste am Sirtebogen. Ohne genügend Wasser und Nahrung starben viele. Omar Mukhtar wurde gefangen genommen und 1931 öffentlich hingerichtet. Das war aber nur die Overtüre zu dem, was sich im 2. Weltkrieg hier abspielen sollte, als sich Engländer und Verbündete auf der einen mit italienischen und deutschen Truppen auf der anderen Seite blutige Schlachten lieferten. Die Menschen, auf deren Land dieser Krieg tobte, waren die Leidtragenden. Für Tausende Soldaten, die sinnlos starben, wurden große Monumente des Gedenkens errichtet. Wir haben sie in Tobruk und im ägyptischen El Alamein gesehen. Für die Zerstörungen und die unzähligen Opfer unter der Zivilbevölkerung hat es bis heute keinerlei Entschädigung gegeben.

\* \* \*

Der Spannungsbogen dieser Reise erstreckte sich über mehr als zwei Jahrtausende, und das Erlebte berührte alle Gefühle: es gab Erheiterndes, Erstaunliches, Bewundernswertes, Nachdenklich stimmendes und Bedrückendes. In jedem Fall hat mich bereichert, was ich in dem Land erlebte, das sich als Staatsflagge die Farbe grün gewählt hat - die Farbe des Propheten Mohammed, aber auch die Farbe der Hoffnung.



Wasser aus der Wüste für die Wüste - das teuerste Wirtschaftsprojekt der Welt

## Ungewissheit und Spannung

Rück- und Ausblick auf Leipziger Opernsaison 2007 / 08

Geplant hat die vergangene Spielzeit noch Henri Maier. Doch der kam dem Haus gegen Ende des ersten Jahres seiner zweiten Intendanten-Amtszeit in dubioser Weise abhandeln, blieb ihm aber als Gehaltsempfänger erhalten. Mehr als Gericht drang durch, dass der Generalmusikdirektor Chaillly nicht mit dessen Arbeit zufrieden sei. Mit der kommissarischen Leitung betraute der Kulturbürgermeister Dr. Girardet den geschäftsführenden Direktor Alexander von Maravic. Zwar wurde von einer Findungskommission für einen neuen Intendanten gesprochen, doch zu einem Ergebnis führte das nicht.

Alexander von Maravic ging indes seine eigenen Wege. Im März überraschte er nicht nur die Leipziger Opernbesucher, sondern auch den Generalmusikdirektor mit der Botschaft, er habe Peter Konwitschny zum Chefregisseur berufen und sich selbst für die Intendanz beworben. Dass Chaillly darob empört war, verstanden selbst Außenstehende. So kam es denn wie vorauszusehen war. Chaillly kündigte. Nun gilt es nicht nur einen Opernfachmann als Intendanten zu finden, sondern auch einen neuen Generalmusikdirektor. Wenige Wochen später wurde bekannt, dass Chailllys Vertreter in der Oper, Musikdirektor Axel Kober, dem als Generalintendant an die Deutsche Oper am Rhein gehenden künstlerischen Direktor Christoph Meyer 2009 als Generalmusikdirektor folgen wird.

So steht die Oper wie in den ersten Amtsjahren Maiers bald wieder ohne ständige Dirigenten da. Die Berufung Peter Konwitschnys löste indes bei Anhängern des Regietheaters freudige Erwartungen aus. Doch mit überheblich wirkenden Erklärungen, es gäbe außer ihm in Deutschland

nur wenige gute Regisseure, weckte Konwitschny auch Widersprüche. Und mit der Mitteilung, statt der Wiederaufnahme der Inszenierung von „Manon Lescaut“ werde er „Aida“ inszenieren, meldete sogar der sich in Sachen Spielplangestaltung bislang zurückhaltende Förderkreis der Oper Widerspruch an. So schloss diese Spielzeit mit noch schlimmerer Ungewissheit als die vorige.

Ihr künstlerischer Verlauf folgte indes noch weitgehend der Maierschen Planung. Das bedeutete, dass von systematischer Ensemblearbeit keine Rede sein kann, zumal die meisten Neuinszenierungen nur in einer kurzen Aufführungsserie gespielt werden. Aus Kostengründen wurde nur Gioacchino Rossinis aufwendige späte komische Oper „Die Reise nach Reims“ gegen Richard Strauss' chorlose „Ariadne auf Naxos“, ausgetauscht.

Die Opern-Premierenreihe der Saison 2007/08 begann während Restaurierung des Zuschauerraumes mit André Ernest Modeste Grétrys gefälliger komischer Oper „Die beiden Geizigen“ in der Musikalischen Komödie.

Dann aber ging es mit Richard Wagners „Rienzi“ im erneuerten Haus richtig los. Die musikalische Gestaltung unter Leitung von Axel Kober bereitete nahezu ungetrübte Freude. Mit Stefan Vinke besitzt die Oper Leipzig endlich wieder einen Heldentenor von Format. Der noch von Henri Maier verpflichtete französische Regisseur Nicolas Joel erwies sich als Fehlbesetzung. Entgegen Wagners revolutionär-demokratischer Charakterisierung Rienzis als Volkstribun betrachtete der die Titelgestalt als Demagogen wie Hitler, Mussolini und – Lenin! Oberflächlicher

und verkehrter geht es kaum.

Unter Leitung von Christopher Hogwood erlebte Mozarts vernachlässigte Oper „Titus“ eine musikalisch stark beeindruckende Aufführungsserie in der beliebig wirkenden Einstudierung nach einer Inszenierung Francisco Negrins Arnold Schönbergs zwingende Darstellung vereinsamer, entfremdeter Menschen in den Einaktern „Erwartung“, „Die glückliche Hand“ und „Von heute auf morgen“ von drei Regisseuren und Bühnenbildnern in verschiedener Sichtweise zu zeigen, führte mit Ausnahme von „Erwartung“ zu einer dem Komponisten völlig fremden Oberflächlichkeit. Auch dieser Abend verdankt seine starke Wirkung nur der musikalischen Gestaltung unter Leitung Axel Kobers. Ähnliches bleibt auch von der Inszenierung der Strauss-Oper „Ariadne auf Naxos“ in der Regie von Karoline Gruber mit Lawrence Foster als Dirigenten zu sagen. Die einzige Inszenierung, in der Regie und Musik übereinstimmen, war die von Puccinis „Manon Lescaut“ mit Riccardo Chaillly als Dirigenten und Giancarlo Monaco als Inszenator. Die stärkeren Impulse gingen dabei fraglos vom Dirigenten aus.

Wenn hier der Blick vor allem auf die Operninszenierungen gerichtet wird, darf nicht vergessen werden, welche Leistungen das Ballett mit Tschaikowskis „Nußknacker“, „Bach tanz!“ „Strawinsky-Projekt 1“ und dem „Uwe-Scholz-Abend 2008“, die Musikalische Komödie mit Millöckers „Bettelstudent“, Herrmans „Hello Dolly!“, Offenbachs „Die schöne Helena“ und den für kleine und große Kinder gedachten Abend „Alles im Wunderland“ verbunden sind.

Man darf gespannt sein auf die neue Saison, die mit Peter Konwitschnys Inszenierung von Schönbergs „Pierrot lunaire“ beginnen wird ...

• WERNER WOLF

## Preisträger und Beifall Bachwettbewerb beendet

Zum inzwischen XVI. Internationalen Bach-Wettbewerb in den Fächern Orgel, Barockvioloncello/Violoncello und Gesang traten 95 Musiker aus 23 Ländern an. 36 erreichten die zweite Runde, 18 die Endrunde. Die Gewinner der jeweils drei Preise für jedes der drei Fächer waren nochmals im Abschlusskonzert in der Thomaskirche zu hören. Beifall gab es schon für den Dritten der Organisten, Lukas Stollhof (28), der den Abend mit Bachs Fantasie und Fuge c-Moll BWV 537 an der Bachorgel eröffnete. Auch die ihm folgenden PrGewinner der dritten und zweiten Preise wurden mit Beifall bedacht. Doch eine Begeisterung der Zuhörer war bis dahin nicht zu verzeichnen, wohl der Abfolge von meist ersten, getragenen Stücken geschuldet.

Als aber der ungarische Organist Bálint Karosi (27) in Bachs Präludium und Fuge Es-Dur BWV 552 den Ausdruck seines Spiels ohne jede Übertreibung verdichtete, lenkte die Zuhörer allmählich den Atem an und entfachten nach dem durchaus nicht hingedonneten Schlussakkord einen Beifallssturm. Auch die an der Martin-Luther-Universität ausgebildete Sopranistin Marie Friederike Schöder (27) weckte als erste Preisträgerin mit Ausschnitten aus der Bach-Kantate „Mein Herze schwimmt im Blut“ BWV 199 starke Eindrücke, wenn auch ihre Stimmführung auch nicht völlig ausgeglichen war. Zu guter Letzt vermochte der englische Violoncellist Philip Higham (22) mit dem ersten Satz des Violoncellokonzertes C-Dur von Joseph Haydns Begeisterung. In zwei Jahren sind dann Pianisten, Cembalisten und Geiger gefordert.

• W. W.

## tff – Rudolstadt wird (wieder) volljährig

18. Auflage des Tanz- und Folklorefestes seit 1991

Immer wieder Rekorde: Besucherzahlen, weitestgehend „arbeitslose“ Polizisten, in- und ausländische Gäste: dreieinhalb Tage pralle Lebensfreude, viele Bühnen mit stets anderer Musik und immer anderen Darbietungen. Ergänzt durch eifrige Kinder, die mit Notenständer und eigenem Instrument - ergänzt durch die Münzsammelmitze (vor sich liegend) - alles atmet ein eigenes, wunderbar entspanntes Flair. Man trifft sich, ist neugierig und gibt sich gegenseitig Informationen, rät und berät miteinander (in vielen Idiomen: "...was ist das denn? ...Dös is aber schie!" "... Wo jehsten jetze hin?" Etc. etc.), isst und trinkt (nicht wenig und nicht laut) und ist fröhlich. Gefällt was nicht, so geht man einige Schritte weiter und lauscht, ist begeistert, kauft CDs oder „Kleinkunstartikel“, gerne aber auch Erzeugnisse von Musikinstrumentenbauern... natürlich das tff - T-Shirt nicht vergessen.

Diese 18. Nachwende - Wiederauflage des seit den fünfziger Jahren ins Leben gerufenen Tanzfestes (1955 - 1989) hatte wieder namhafte wie unbekannte Gäste im Programm, begeisterte ca. 70.000 Protagonisten aus der gesamten Bundesrepublik sowie fast allen Nachbarländern vor Ort - und das zu nach wie vor vertraglichen



Musiker von „Mate Yehuda“, Jerusalem  
Foto: Jonas Reibenstein

Preisen (informierte Freunde des Spektakels schauen etwa sechs Wochen vor dem jeweils ersten Juliwochenende eines jeden Jahres unter [www.tff-rudolstadt.de](http://www.tff-rudolstadt.de) im Internet nach den Onlinetickets - 15 Euro Sparpotential für die Gesamtkarte für alle Spielorte - und finden hier das vollständige Programm, die Geschichte samt toller Chronik mit hunderten Links auf viele teil-

nehmende Künstler und können gleich noch Zelt und Zeltparzelle vormerken und buchen - ggf. samt Ausrüstung! Übrigens: ebenfalls begeistert ist das Engagement für die vielen Kinder - siehe vor allem im Heine-Park.

In diesem Jahr übernahm Frau Bundeskanzlerin aus gewichtigem Anlass die Schirmherrschaft - jährte sich doch in diesem Jahr die 60. Gründung des Staates Israel. Im Namen der thüringischen Landesregierung sprach der Staatssekretär im Kultusministerium Prof. Walter Bauer-Wabnegg herliche Worte an die Adresse der gastgebenden Rudolstädter und Anwohner des weiten Umkreises der Stadt, an die Künstler, die Organisatoren und die Gäste - unter Beifall wurde ein weiteres, durch die Bürger eingefordertes Engagement für die Erhaltung der Rudolstädter Philharmonie seitens der Regierung des Freistaates in Aussicht gestellt. Und die Wahl des Jahresthemas „Israel“ war ohne Zweifel gelungen - sieben Nationen dieses Staates traten ein für gemeinsame Lebensfreude - schließlich trafen hier Zivilisationen aufeinander, die man als Mitteleuropäer mit durchschnittlichem Nachrichtenkonsum sich kaum friedlich miteinander lebend vorstellen

kann. Dies aber zeigten unter anderem die Mitstreiter von „Mate Yehuda“ - 45 Künstler aus der Gegend von Jerusalem: ein Feuerwerk der Tänze, Lieder, Musik und Bilder - jüdische, kurdische, indische, arabische usw. usf. Traditionen gemeinsam für sich, ihre Heimat und auch das Festival sicht- und erlebbar gemacht - Danke sehr! Wer noch dabei war? Nachschauen eventuell im Internet (siehe oben) lohnt unbedingt!

Neugierig geworden? RBB und Bayerischer wie Mitteldeutscher Rundfunk samt vielem anderen Sendern und Zeitungen waren wie immer vor Ort. Fachblatt gefragt? Siehe unter „Folker“ (Monatszeitschrift) am gepflegten Kiosk - die aktuelle Ausgabe befasst sich weitestgehend mit der diesjährigen tff-Ausgabe.

Und wer selber fahren möchte, der sollte rechtzeitig fürs kommende Jahr 2009 nach Unterunkfurt suchen - am besten gleich und im Umkreis bis zu 30 gar 50 Kilometern. Es lohnt - hier lebt die Welt, Europa, die Region. Lebensfreude pur halt. Deshalb werden Sie auch in Rudolstadt kein Bett oder Zimmer auf Jahre im Voraus mehr finden - außer bei der Tante oder der Oma.

• JONAS REIBENSTEIN

## Don Juan

Für das siebzehnte Sommertheater im Fact hat sich die Prinzipalin Ev Schreiber dem "Don Juan" von Molière verschrieben, genauer sie hat ihn umgeschrieben und sicherheitshalber mit einem Untertitel ("...oder zur Sache, Schätzchen") versehen.



Die Jagd nach schönen Frauen gehört für Don Juan zum Tagesgeschäft, bis er an Donna Elvira (Isabell Korda) gerät.

Foto: Theater Fact

Statt den Verästelungen der Originalvorlage zu folgen, hat sie sich auf den Kern des Mythos gestützt, ein Frauenheld wird zurechtge-

stutzt. Derbe Bilder, eine Nonne wird vom hölzernen Kreuz getroffen, wechseln mit ironischen, beinahe philosophischen, auf alle Fälle hinter sinnigen Arrangements. So wird eine angestaubte Leninbüste zum heimlichen Patron des imaginären Heartbreak-Hotels, wo sich die Kabale zwischen Don Juan und seinen Damen abspielen, und darf als Kissen für die Bibel dienen. Regisseurin Ev Schreiber läßt musikalisch und szenisch die Wirtschaftswunderjahre auferstehen, man meint dem Mädchen Rosemarie wieder zu begegnen. Eckhard Ischebeck mit Dreitagebart und Lederjacke gibt seinem Don Juan die notwendige Portion Aufdringlichkeit, während sein Assistent Sganarell fleißig die Liebesränke dokumentiert.

Stefan Senf überzeugt in seiner Doppelrolle: Er ist sowohl biederer Chronist der Affären seines Chefs als auch bajurwarisch-einfältiger aber liebenswerter Hotelangestellter. Reizend und lobenswert sind die handgefertigten Kostüme von Karolin Schreiber, Studentin an der Hochschule der bildenden Künste Dresden und Tochter der Regisseurin.

• BERND SELLIN

Sommertheater in Webers Hof (Hainstraße) bis 31. August täglich außer montags, Kartentelefon: (0341) 961 40 80

## Liebe zu Leipzig Gert Pötzschig im Stadtgeschichtlichen Museum



Gert Pötzschig: "Blick auf Leipzig VI", 1997, Öl auf Hartfaser (Foto: Stadtgeschichtliches Museum)

Der 75. Geburtstag von Gert Pötzschig ist für das Stadtgeschichtliche Museum Leipzig Anlass und Ehre zugleich, ihm eine umfangreiche Personalausstellung zu widmen. Nach seinem Studium an der Hochschule für Grafik und Buchkunst bei Elisabeth Voigt, Kurt Maßloff und Heinz Wagner in den Jahren 1950 bis 1955 begann seine freischaffende Tätigkeit. Er gewann 1961 einen Preis im Wettbewerb „Farbgrafik der DDR“ und 1984 wurde ihm der Kunstpreis der Stadt Leipzig verliehen.

Es ist nicht die Anzahl von Werken - 54 Gemälde und 40 Arbeiten auf Papier - die für Erstaunen sorgt, sondern vielmehr die Breite und Intensität seines Schaffens. Nicht zufällig ist der „Blick auf Rom“ (1998), im Gravitationszentrum der Ausstellungsfläche verortet.

Dieser fiebrige Blick auf die Hauptstadt der Welt ist mehr als eine Erinnerung, es ist ein selbstbewusstes Zeugnis, der Malerei zu dienen, bei aller ehrlichen und glaubhaften Liebe zu Leipziger Motiven. Diese sind zahlreich vertreten und geben einen absichtlich verschwommenen Blick auf Leipziger Viertel frei, zuweilen expressiv, mit nimmermüden, leuchtenden Himmeln. Kontrastierend dazu werden romantische Garten- und öde Tagebaulandschaften sowie abstrakte Experimente gespiegelt.

• D.M.

„Gert Pötzschig. Bilder einer Stadt“ bis 24. August, Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, Neubau Böttchergässchen, Di-So. 10-18 Uhr

## Neffe, Onkel und Co. Sommertheater im Schillerhaus



Eine Intrige muss her: Der Neffe (Uli Lehmann) hat Nöte, der Freund (Hannes Gruender) eine Idee und die Schwester (Anika Schütze) muss schweigen.

Foto: Leipzigs Neue / D.M.

Eine Verwechslungskomödie ist eine sichere Bank für ein gelungenes Sommertheater. In diesem Sinne hat sich das Schillerhaus-theater an ein heute selten gespieltes Stück von Louis Benoit Picard (1769 - 1828) gewagt. 1791 geschrieben, wurde es 1803

von Schiller übersetzt: „...ein leichtes Intrigenstück, das unterhält und sein halbes Dutzend Vorstellungen auf jeden Theater aushalten kann.“ Regisseur Robert Uwe Laux hat dem Stück ein Vor- und Zwischenspiel beigegeben - eine Theatertruppe will

Goethes Faust aufführen, der Hauptdarsteller erkrankt, eine Alternative wird gesucht - und nebenbei der Schaublé'sche Überwachungsstaat mit abgewatscht.

Der Neffe will die schöne Sophie heiraten, doch der Onkel ist dagegen, da passt es gut, wenn er sich als sein Oheim ausgeben kann. Bis der echte Onkel zurückkommt. Das Ensemble bringt eine solide Leistung, wobei gelegentlich manch einer ins Deklamieren verfällt. Am erfrischendsten ist der Leiter des Schillerhauses selbst: Dietmar Schulze geistert als Mephisto durchs Picard-Schiller-Stück. Da auch beim Sommertheater das Publikum gefordert werden darf, wird wohl tuend auf eine Modernisierung der Sprache verzichtet. Und so ist in Schillers Quartier auch Schillers Sprachwelt allgegenwärtig.

-SEL.

www.leipzig-gohlis.de/schillerhaus

## LN- Ausstellungstipp



Foto: MdBK

Die letzte Corinth-Retrospektive im Leipziger Museum der bildenden Künste war 1927 zu sehen. Grund genug für Direktor Hans-Werner Schmidt, sich diesem Ausnahmekünstler vertieft zu widmen. Gemeinsam mit dem Musée d'Orsay Paris und dem Kunstforum Ostdeutsche Galerie

Regensburg und zahlreichen Leihgebern werden fast 100 Werke von Lovis Corinth (1858 - 1925) gezeigt. Die Ausstellung gliedert sich in fünf Themenfelder: Selbstporträt, Mythos und Bibel, Akt und Alltag, Porträt, Landschaft und Stillleben.

Wer sich auf Entdeckungsreise in die Welt der verschwommenen Grenzregion zwischen Tradition und Moderne begibt, wird bei Corinth in die Unendlichkeit der Gefühle hineingezogen. Fast unerträglich wirkt der „Frauenraub (Kriegsbeute)“ aus dem Jahr 1911, unschuldige Schönheit vereint mit kriegerischer Gewalt. Martialisch, auf einer ideellen Linie liegend, erscheinen „Die Gefangennahme Simons“ (1907) und „Im Schlachthaus“ (1893), blutig, fast manisch depressiv. Dagegen sehr frivol und zugleich scheu ist die mit

einem pastellenen Schleier versehene Dame „Innocentia“ (um 1890). Ironie und distanzierte Sinnlichkeit verschmelzen, mit wechselnden Anteilen, in den zahlreichen Akten: „Drei Grazien“ (1904), „Ariadne auf Naxos“ (1913) oder „Harem“ (1904). Abgerundet wird die Wanderschaft durch die Corinth'sche Welt mit Werken von Sighard Gille, Bernhard Heisig und Willi Sitte, die über ihre eigenen Bezugslinien zu Corinth verfügen. Diese Ausstellung ist ein würdiges Geschenk zum 150. Geburtstag des Museums der bildenden Künste.

„Lovis Corinth und die Geburt der Moderne“ bis 19. Oktober, Museum der bildenden Künste Leipzig, Katharinenstr. 10, Di. u. Do.-So., Feiertage 10-18 Uhr, Mi. 12-20 Uhr

## LN- Ferienlesetipp

EIN  
KASACHISCHER  
DICHTER

Das ferne Kasachstan - wir begegnen ihm einmal nicht als Interessensphäre einer nach Erdöl ausspähenden Weltmacht, sondern als Lebensort eines bedeutenden Dichters: in dem unlängst erschienenen Band Abai - Zwanzig Gedichte. Der Autor, bekannt geworden unter seiner russischen Namensfassung Abai Kunanbajew, lebte von 1845 bis 1904, im Zeitalter von Tolstoi und Dostojewski. Russisch als Sprache der Macht habenden ermöglichte ihm den Zugang nicht nur zu Puschkina und Lermontow, sondern auch zu Goethe und Byron. Mit seinem Werk - Gedichten, Poemen, philosophi-

scher Prosa - tat er für die Kultur seines Landes einen Jahrhundertsschritt. Die UNESCO gedachte seines 150. Geburtstages.

Hierzulande hatte sich bis dato für Abais Texte noch kein Mittler gefunden. Nun erzählt Leonhard Kossuth, der diese Rolle übernahm, wie der vorliegende Band entstand. Es war immerhin ein Wagnis, Gedichte aus einer unerschlossenen Sprache zu übertragen. Die kasachische Kulturwelt war Kossuth dank langjähriger Arbeitskontakte längst nicht mehr fremd, und für seine Verdienste ehrte ihn schon 2003 der PEN-Club in Almaty. In dem einstigen Wolgadeutschen Herold Belger fand er einen Kenner kasachischer Dichtung, der ihm auch Interlinearübersetzungen ausgewählter Gedichte zur Verfügung stellte.

In dem Bändchen „Zwanzig Gedichte“ steht der deutschen Fassung eines Gedichts jeweils

das kasachische Original gegenüber, so dass man eine Ahnung von dessen Vergestalt bekommt. Außerdem wird uns je eine russische Nachdichtung zum Vergleich präsentiert. Und nicht zuletzt gewährt uns Kossuth einen intimen Einblick in seine Übersetzerwerkstatt, indem er zu einem der anspruchsvollsten Gedichte (Die Zukunft - sie liegt hinter graublauem Dunst, 1897) neben der Interlinearübersetzung fünf der Endfassung vorausgegangene Textvarianten liefert. Eine wahre Freude für jeden, den Arbeit an Sprache und Stil fasziniert!

• WILLI BEITZ

Abai: Zwanzig Gedichte. Nachgedichtet von Leonhard Kossuth, nebst den kasachischen Originaltexten, ausgewählten russischen Nachdichtungen sowie einem Essays des Nachdichters, Onel Verlag Köln

Im Oktober 1907 war Karl Liebknechts Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ Verhandlungsgegenstand im Plenarsaal des damaligen Reichsgerichts, als er der Vorbereitung des Hochverrats angeklagt war und zu einhalb Jahren Festungshaft verurteilt wurde. 100 Jahre später konferierten an dieser historischen Stätte die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und die Bundestagsfraktion DIE LINKE. über geschichtliche und aktuelle Aspekte dieses Themas. Die Beiträge liegen jetzt gedruckt vor.

Im historischen Teil der Publikation (*Karl Liebknecht und der antimilitaristische Kampf der deutschen Linken*) stellt Annelies Laschitzka - nach einem Hinweis auf ihr soeben erschienen Buch „Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie“ - Karl Liebknechts Schrift in den Kontext der Auseinandersetzungen in der deutschen Sozialdemokratie über Militarismus und Krieg und schildert den Hochverratsprozess von 1907 einschließlich seiner Vorgeschichte und öffentlichen Ausstrahlung.

Dem folgen zwei Retrospektiven, die die antimilitaristischen Traditionen der deutschen Sozialdemokratie vergegenwärtigen: über die Prozesse gegen Ferdinand Lassalle und Wilhelm Liebknecht (*Wolfgang Schröder*) sowie über Militarismus und Antimilitarismus im Werk von Wilhelm Liebknecht (*Jürgen Hofmann*).

Reflexionen über das Verhältnis Karl Liebknechts zum zaristischen Despotismus, zu Persönlichkeiten der revolutionären Bewegung in Russland und zur russischen Kultur (*Erhard Hexelschneider*) berühren ein bisher wenig erforschtes Gebiet.

Sein Wirken als Anwalt (Klagevertreter, Verteidiger in eigener oder fremder Sache, Zeuge, Sachverständiger) - bisher häufig auf seine Tätigkeit als erfolgreicher Starverteidiger in großen Prozessen reduziert - wird in seiner ganzen Breite dargestellt (*Matthias John*). Zugleich wird deutlich, dass er vor allem politischer Anwalt war.

## Karl Liebknechts antimilitaristisches Vermächtnis



Eine im Anhang enthaltene Übersicht über die Prozesse, an denen er beteiligt war, und eine Dokumentation ausgewählter Prozesse ergänzen diesen Beitrag.

Der historische Teil schließt mit einem Beitrag zur Leipziger „Liebknechtgruppe“ während des Ersten Weltkrieges (*Kurt Schneider*). Er umreißt die revolutionäre Antikriegsbewegung in der Stadt, die sich mit der Bildung der „Liebknechtgruppe“ (später „Gruppe Internationale“) ein organisatorisches Zentrum im Kampf gegen den Krieg und die Burgfriedenspolitik der

rechten SPD-Führer schuf.

Die Brücke zum zweiten Teil der Publikation (*Militarisierung der Politik. Von den Gefahren im 21. Jahrhundert*) bildet die Feststellung, Karl Liebknechts Kampf gegen Militarismus und Krieg gehöre zu den historischen Wurzeln der deutschen Linken und es sei ihr dringliches Ziel, dass sich Deutschland und Europa von der gefährlichen Politik der USA abkoppeln (*Wolfgang Gehrcke*).

Weitere Themen sind die Versuche besonders der USA, das Völkerrecht und

die UNO zu unterminieren sowie der Kampf um die Wahrung ihrer Prinzipien (*Norman Peach*); heutiger Militarismus und notwendige Entmilitarisierung des politischen Denkens und Handelns (*Wolfgang Scheler*); Söldnermilitarismus im 21. Jahrhundert als Element der zunehmenden Militarisierung der Außenpolitik, die nichts mehr mit Landesverteidigung zu tun hat. Dem schließen sich an Gedanken und Fakten zu aktuellen frauenspezifischen Aspekten im weltweiten antimilitaristischen Kampf (*Monika Knoche*) und ein Beitrag unter dem Titel „Von den fatalen Logiken des Militarismus“ (*Erhard Crome*), in dem der Autor die politische und militärstrategische Lage am Beginn des 21. Jahrhunderts unter den Bedingungen eines neoliberal globalisierten Weltkapitalismus analysiert und dabei - u. a. bezugnehmend auf Irak und Afghanistan - als eine Kernfrage sieht, ob „die USA in der Lage sein werden, eine von ihnen dominierte imperiale Struktur real durchzusetzen“.

Der abschließende Beitrag (*Peter Strutynski*) spricht von wesentlichen Wandlungen des Imperialismus (seit der Leninschen Analyse) zu einem Neoimperialismus und von einem Scheitern des Militarismus („alter Prägung“) zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Es erscheint aber als fraglich, ob es sich hier tatsächlich um so grundlegende Veränderungen oder doch nur um veränderte konkrete Ziele und Erscheinungsformen und um Anpassungen an die jeweils aktuellen Gegebenheiten handelt.

• GÜNTER LIPPOLD

„Militarismus und Antimilitarismus“. Aktuelle und historische Dimensionen von Karl Liebknechts Schrift anlässlich des 100. Jahrestages ihres Erscheinens. Hrsg. von Klaus Kinner. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2008. 177 S. 10,50 Euro.

## Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Globalisierung

Die Globalisierung hat den weltkundigen und renommierten jüdischen, deutsch-amerikanischen Historiker Georg G. Iggers (\*1926) zu einem ausführlichen „Nachwort zur Neuauflage 2007“ seines Buches „Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert“ veranlasst, das in erster Fassung 1993 erschienen war.

„Die Auflösung der Sowjetunion“, schreibt er, „bedeutete nicht nur das Ende des Kalten Krieges in politischer und militärischer Hinsicht, sondern machte auch den Weg für eine gründliche ökonomische Durchdringung der Welt durch das Finanzkapital frei.“ Damit leitet Iggers seine Kritik der „Geschichte der Globalisierung“ und ihrer Historiographie ein, die er von der globalen Geschichte unterscheidet. Beide, so betont er, nehmen unter den „wichtigsten Entwicklungen“, die in der internationalen Geschichtsschreibung nach dem Ende des Kalten Krieges auszumachen sind, eine zentrale Stellung ein.

Nach Iggers müsse globale Geschichte, die mit Weltgeschichte weitgehend identisch sei, den „westlichen Kapitalismus“ in ihre Untersuchungen „nicht immer“ einbeziehen. Die Globalisierungsgeschichte sei dagegen „untrennbar“ mit diesem und der „Expansion des Finanzkapitals verbun-

den“. Diese Bestimmung könnte in dem Sinne ergänzt werden, dass die globale Geschichte der Evolution von der Menschwerdung bis zur Gegenwart im ganzen oder in bestimmten Perioden untersucht. In ihrer Totalität kann sie auch die zu ihrer Globalisierung führende kapitalistische Entwicklung etwa seit dem 15./16. Jh. einschließen. Deren Historiographie ist aber vornehmlich unter ökonomischen und kommerziellen sowie auch politischen, militärischen, kulturellen und anderen Aspekten auf die weltumfassende kapitalistische Entwicklung seit dem 19. Jh. konzentriert, die von Europa sowie bald auch von den USA ausging und mit wachsenden Kolonisierungen sowie mit der Wiedereinführung der Sklaverei und der Ausrottung ganzer Ethnien verbunden war.

Iggers kritisiert jene Tendenzen in globalisierungshistorischen Forschungen, deren „Schwerpunkt vorrangig auf dem internationalen Netzwerk von Gütern, Dienstleistungen und Finanzen und den damit verbundenen globalen Produktions- und Konsumtionsmustern“ liegt, und hebt jene Autoren hervor, die auf die „Negativaspekte dieses Vorgangs“ hinweisen. Eine Folge der Konzentration auf die ökonomische Seite des Globalisierungsprozesses

sei dessen defizitäre Analyse.

Nach Iggers sei heute "vom marxistischen Gedankengut nicht (der) Anspruch auf eine Erklärung der Gesellschaft und der Geschichte erhalten" geblieben, "sondern seine Kritik an der Rolle des Kapitalismus als inländisch wie international wirksame Kraft zur Aufrechterhaltung und Ausweitung sozialer Ungerechtigkeit in Teilen der Welt, die gerade erst der Kontrolle der Kolonialmächte entkommen waren".

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang die Feststellung von J. Osterhammel und N.P. Petersen: „Eine der nach wie vor packendsten Schilderungen des globalen Kapitalismus findet sich im 1848 von Marx und Engels verfassten ‚Kommunistischen Manifest‘.“ Neben solchen Rezeptionen durch Nicht-Marxisten sei nur noch die weltweite Übernahme der Bestimmung des XX. Jahrhunderts als „Zeitalter des Extreme“ durch Eric Hobsbawm genannt, der sich weiterhin nicht nur als Marxist, sondern auch als Kommunist bekennt.

Iggers setzt seine Kritik mit der Feststellung fort, dass sich in der um die DDR vergrößerte BRD nur rund 5 Prozent der Historiker mit außerdeutscher Geschichte befassen. Die Historiker der Ex-DDR, aus

deren jüngster Generation in Nachfolge von Walter Markov, Manfred Kossok u. a. eine Orientierung auf „Globalgeschichte und vergleichende Gesellschaftsforschung“ (Matthias Middell, Eckhardt Fuchs, Michael Zeuske u. a.) hervorgegangen und wirksam geworden ist, wurden dabei offenbar nicht einbezogen.

Mit der neoliberalistischen Globalisierung, die ganz auf den Markt als steuernden Faktor setzt und den Staat hierin als überflüssig ansieht, hat der demokratische National- und Nationalitätenstaat für die große Mehrheit seiner Bürger aber an Bedeutung gewonnen. So kann der Trend zur globalen Geschichte gewiss auch im Sinne Iggers nicht bedeuten, dass Untersuchungen der Geschichte und der Geschichtswissenschaft in einzelnen Nationen und Staaten überflüssig geworden wären. Zudem erlebt jede Nation die Globalisierung im Rahmen ihrer Geschichte

• WERNER BERTHOLD

Georg G. Iggers: Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert. Ein kritischer Überblick im internationalen Zusammenhang. Vandenhoeck & Rupprecht, Göttingen. Neuauflage 2007. 175 S.

# Studie zur politischen Geschichte der Stadt Halle

## Eine Stadt wurde rote und braune Hochburg zugleich

Die von H.-W. Schmuhl verfasste faktenreiche Untersuchung zeichnet ein anschauliches Bild vom politischen Geschehen in der Stadt Halle/Saale vom November 1918 bis zum Frühjahr 1945.

Der Autor, dem mit Kurt Fricke ein akribischer Lektor zur Seite stand, behandelt in starkem Maße die regionale Arbeiterbewegung, so die Gründung und Entwicklung der USPD, die im März 1918 in Halle 7 160 Mitglieder verzeichnete. Dagegen zählten die Mehrheitssozialisten gerade noch 91. Diese politische Kräftekonstellation prägte hierorts weitgehend den konkreten Verlauf der Novemberrevolution.

Am 7. Januar 1919 bildete sich in Halle eine Ortsgruppe der KPD mit zunächst etwa 60 Mitgliedern. Doch durch die massenhaften Übertritte aus der USPD zählte im Bezirk Halle-Merseburg die nunmehrige Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands (VKPD) Ende Dezember 1920 etwa 66 000 Mitglieder und war damit zur mitgliederstärksten Bezirksorganisation der VKPD geworden. Ungefähr 15 000 Mitglieder verblieben im Bezirk in der USPD als eigenständige politische Kraft. Daraus ergab sich folgendes Bild: hatten bei den Wahlen zum 1. Deutschen Reichstag (6. Juni 1920) die USPD in der Stadt Halle und im Wahlkreis Halle-Merseburg jeweils 41,2 und die KPD 0,5 bzw. 0,9 Prozent der Stimmen errungen, betrug

der Stimmenanteil der USPD bei den Wahlen zum 2. Deutschen Reichstag (4. Mai 1924) nur noch 1,3 bzw. 1,7 Prozent, während die KPD 28,0 bzw. 25,7 Prozent der Stimmen gewann. Dabei gilt es zu beachten, dass die KPD (wie sie sich jetzt wieder nannte) mit der Märzaktion 1921, die das größte Fiasko der KPD während der Weimarer Republik war, im Be-zirk Halle-Merseburg fast zwei Drittel ihrer Mitglieder verloren hatte. Trotz Konsolidierungserfolge konnte die Partei bei weitem nicht mehr an ihre Machtpositionen, die sie nach der Vereinigung mit der USPD im Dezember 1920 innegehabt hatte, anknüpfen. Die Mitgliedschaft war im Wesentlichen auf einen harten Kern zusammengeschrumpft.

Insgesamt regt dieser Teil der vorliegenden Studie an, sich im Zuge der vertiefenden Untersuchungen zur Gesamtgeschichte der USPD stärker als bisher ihrer politikwirksamen Entwicklung in der Stadt Halle und im Saalkreis zuzuwenden. Ebenso wäre ein Vergleich zwischen Halle und Leipzig, der Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu beachten hätte, zu begrüßen.

1930 lag die KPD bei den Wahlen zum 5. Deutschen Reichstag (14. September) im Wahlkreis Halle-Merseburg mit 25,0 Prozent vor der NSDAP, die 20,8 Prozent erreichte. Zusammen mit der SPD (21 Pro-

zent) hatten beide Arbeiterparteien mit 46 Prozent ein deutliches Übergewicht gegenüber der NSDAP. Noch bestimmten beide Arbeiterparteien weitgehend die Politik vor Ort. Selbst zur Reichtagswahl am 6. November 1932 betrug ihr gemeinsamer Stimmenanteil noch 41,8 Prozent. Jedoch war die NSDAP trotz erlittenen Stimmenverlustes gegenüber ihrem Wahlergebnis vom 31. Juli 1932 mit 32,1 Prozent Wähler stärkste Partei geworden.

Die letzten zwei Kapitel behandeln die Machtübertragung an die Nationalsozialisten und deren Auswirkung: der bittere Siegszug der faschistischen Schreckensherrschaft in einer vormaligen Hochburg der revolutionären Arbeiterbewegung. Dazu gehören die Unterdrückung des kommunistischen Widerstandes, die Integration des rechtskonservativ-deutschnationalen Lagers, der Zusammenbruch der bürgerlichen Mitte, der Kirchenkampf, die NS-Erbgesundheitspolitik, die Judenverfolgung und -vernichtung. Allein zwischen dem 23. November 1942 und dem 10. April 1945 wurden im Zuchthaus „Roter Ochse“ 549 Menschen hingerichtet, darunter 54 vom Sondergericht Halle Verurteilte. Die zuvor verhängten Todesurteile waren im Gerichtsgefängnis Weimar vollstreckt worden. Erschießungen fanden zudem im Stadtforst der Dölauer

Heide statt. Unter den Opfern befanden sich auch 170 Ausländer. Zu den weiteren Ermordeten gehören drei katholische Priester, ein evangelischer Pfarrer, 15 Bibelforscher (Zeugen Jehovas) und etwa 60 Kinder aus der Sowjetunion. Im Konzentrationslager starben die Mitglieder einer Widerstandsgruppe, die 1944 in die Hände der Gestapo geriet, darunter fünf ehemalige Stadtverordnete: die Kommunisten Ernst Eckstein, Otto Kilian und Kurt Wabbel sowie die Sozialdemokraten Emil Lange und Kurt Taatz.

Ein Vorzug der kompakten überblicksartigen Darstellung besteht nicht zuletzt darin, dass sie sowohl für den Fachhistoriker als auch für den am historischen Geschehen allgemein interessierten Leser von Interesse ist. Dazu tragen auch 18 Tabellen, zahlreiche Abbildungen und ein Personenregister bei. Von der Akribie, mit der die Untersuchung abgefasst ist, zeugen 794 Anmerkungen.

• KURT SCHNEIDER

*Hans-Walter Schmuhl: Halle in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus. Reihe: Studien zur Landesgeschichte, Bd. 15. Mitteldeutscher Verlag, Halle 2007. 240 Seiten, 18 Tabellen und zahlreiche Abb., 20 Euro*

## Ermächtigung zur Demokratieeinschränkung



Es geht um die Anfänge eines immer wieder und in der heutigen Zeit verstärkt spürbaren Bestrebens, Demokratie und Bürgerrechte einzuschränken: Durch Bundestag und Bundesrat wurde am 30. Mai bzw. 24. Juni 1968 nach jahrelangen parlamentarischen Aktivitäten das Grundgesetz der Bundesrepublik geändert durch Ermächtigungen zu außerordentlichen staatlichen Maßnahmen für den Fall innerer oder äußerer Bedrohung. Entsprechend dieser Notstandsgesetzgebung soll die Bundeswehr auch im Inneren eingesetzt werden können; vorgesehen wurde, im Bedarfsfall einen Gemeinsamen Ausschuss einzurichten, der an die Stelle von Bundestag und Bundesrat treten soll; parallel dazu sollen verschiedene Grundrechte eingeschränkt werden können.

Der Autor stellt zunächst dar, wie die Verfassungsänderung seit 1955 zwischen Regierung und SPD-

Opposition ausgehandelt wurde - ohne ausreichende Information der Öffentlichkeit, die erst durch die Nacht-und-Nebel-Aktionen gegen den „Spiegel“ 1962 sensibilisiert wurde. Erst mit den weiteren Aktivitäten der Bundesregierung formierte sich zunehmend der öffentliche Protest. Die unmittelbare Vorbereitung und die parlamentarische Verabschiedung des Notstandsrechts löste eine breite Debatte aus und war besonders in ihrer letzten Phase von Massenprotesten begleitet. Die Auseinandersetzungen waren eng verbunden mit Forderungen nach Aufarbeitung der unbewältigten NS-Vergangenheit und nach mehr direkter Demokratie.

Am Beispiel von Äußerungen fünf namhafter Wissenschaftler - Karl-Dietrich Bracher, Eugen Kogon, Wolfgang Abendroth, Helmut Ridder und Jürgen Seifert - werden die historischen, politischen und rechtlichen Hauptargumente gegen die Notstandsgesetzgebung erläutert. Abendroth brachte sie auf den Punkt mit der Feststellung, es liege im Interesse „einflussreicher Oberschichten“, das demokratische Verfassungsrecht durch Bestimmungen zu verdrängen, „die objektiv die Möglichkeit eröffnen, die soziale Demokratie der Verfassungsurkunde rechtstechnisch reibungslos in eine autoritäre oder faschistoide Staatsform umzuwandeln“.

Die Schrift verfügt über einen ausführlichen Quellen- und Literaturnachweis.

• G. L.

*Boris Spornol: Notstand der Demokratie. Der Protest gegen die Notstandsgesetze und die Frage der NS-Vergangenheit. Klartext Verlag, Essen 2008. 139 Seiten, 40 Euro*



DER STOLPERSTEIN für Hedwig Burgheim wurde vor dem Haus ins Pflaster der Leipziger Wettiner Straße 9 gesetzt. „Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.“ Diesen allbekanntesten Satz schreibt sie im Juni 1939 in das Poesiealbum einer ihrer Schülerinnen an der jüdischen Carlebach-Schule. 1887 in eine gutbürgerliche Familie hineingeboren, wuchs sie in Leipzig auf und studierte an der von Henriette Goldschmidt gegründeten Hochschule für Frauen und promovierte. In dieser Stadt gründete sie auch eine Haushaltsschule, die während des Novemberpogroms 1938 zertrümmert wurde und nie wieder öffnete. Andrea Dilsner-Herfurth recherchierte auf knapp 90 Seiten den Lebensweg und die Lebensart dieser besonderen Frau. Gut ausgewählte Dokumente und Fotos ergänzen dazu auf sehr sensible Art und Weise die letzte Tragik eines Lebens, das in Auschwitz endete. Endgültig tot ist ein Mensch, wenn keiner mehr an ihn denkt. Auch ein Stolperstein wirkt da auf seine unverwechselbare, einmalige Art ...

• -CK

*Andrea Dilsner-Herfurth: Hedwig Burgheim, Leben und Wirken, Passage-Verlag Leipzig, 2008. 89 Seiten. 9,80 Euro.*

## Kalenderblatt

### Vor 65 Jahren ermordet: EVA-MARIA BUCH

In der St. Hedwigs-Kathedrale in Berlin wird in der Grabkapelle der Unterkirche der Krypta auf einer Kupfertafel an 16 katholische Christen erinnert, die im Widerstand gegen den Faschismus ihr Leben gelassen haben, darunter Eva-Maria Buch.

Wer war diese Frau, die vor 65 Jahren durch faschistische Mörderhand starb und über deren überaus kurzen Lebensweg wir nur wenig wissen?

Eva-Maria Buch, am 31. Januar 1921 in Berlin als Kind katholischer Eltern geboren, arbeitete als Buchhändlerin und bereitete sich daneben auf ein Dolmetscherexamen vor. Bereits verschiedentlich als Dolmetscherin tätig, erzeugte ihr christlich geprägter Humanismus ein starkes Mitgefühl mit den zur Fronarbeit nach Deutschland verschleppten ausländischen Zwangsarbeitern und tiefer Widerwille gegen das in Deutschland herrschende politische System. Zugleich wuchs ihr Wille, gegen die faschistische Diktatur wirksam zu werden.

Als Eva-Maria Buch mit jüngeren Antifaschisten aus der Widerstandsgruppe um Harro Schulze-Boysen und Dr. Arvid Harnack bekannt wird, entschließt sie sich ohne zu zögern, bei der Verbreitung der illegalen hektographierten Zeitschrift „Die innere Front“ mitzuhelfen und aus dieser Zeitschrift Artikel in die französische Sprache zu übersetzen. Doch bereits am 10. Oktober 1942 wird die junge Katholikin verhaftet. Die Gestapo bezichtigt sie, Artikel geschrieben zu haben, obwohl sie nur deren Übersetzung vorgenommen hatte. Um jedoch den Verfasser nicht zu belasten, erklärt sie dennoch, diese Artikel selbst verfasst zu haben. Mit Stolz und voller Verachtung für ihre Peiniger antwortet sie auf die Frage, ob sie ihre Freunde zur Anzeige gebracht hätte, wenn sie deren „staatsgefährdende“ Aktionen erkannt hätte: „Nein! Dann wäre ich ja so niederträchtig und verdorben, wie Sie mich hinstellen möchten!“

Im Februar 1943 wird Eva-Maria Buch zum Tode verurteilt und am 5. August 1943 im Alter von nur 22 Jahren im Zuchthaus Berlin-Plötzensee hingerichtet. Ihr letzter Brief an die Eltern, geschrieben am Tag ihrer Hinrichtung, zeugt von der tiefen Gläubigkeit einer aufrechten Katholikin, moralisch richtig gehandelt zu haben. Der Anstaltspfarrer berichtete: „Sie starb wie eine Heilige.“

• K. S.

### ZITIERT:

Wie wunderbar ist der Mensch eingerichtet, dass er auch das Unerträgliche ertragen kann.

Julius Fucik, Reportage unter dem Strang geschrieben

### Vor 75 Jahren:

## Aktion Lübschützer Teiche

300 Polizisten und 300 SS-Schergen führen Zeltstadtrazzia durch

Im Sommer 1933 verschärften die faschistischen Machthaber ihre Jagd vor allem auf Kommunisten.

So wurden in der Woche vom 17. bis 21. Juli 1933 von der Revierpolizei in Leipzig, unterstützt von SA und SS, „zur Bekämpfung des Marxismus“ über 300 Wohnungen und etwa 600 Gärten durchsucht und annähernd 100 Personen festgenommen.

Am 23. Juli, einem Sonntag, wurde nach generalstabmäßiger Vorbereitung in den frühen Morgenstunden die Zeltstadt an den Lübschützer Teichen bei Machern von rd. 300 Polizisten und 300 SS-Männern, die mit 45 Großkraftwagen von Leipzig aus angereicht waren, umstellt. Um drei Uhr war die Einkreisung beendet, ohne dass sie von den schlafenden Zeltinsassen bemerkt worden war. Diese wurden in Gruppen – insgesamt über 1200 Personen – auf ein Wiesengelände in der Nähe der Bergsiedlung gebracht und einer gründlichen Passkontrolle unterzogen, während 75 Kriminalbeamte eine massive Durchsuchung der Zelte vornahmen. Danach erfolgte der Abbau des gesamten Lagers und damit die Auflösung der Zeltstadt. Neben der Zeltstadtrazzia fanden zielgerichtete Hausdurchsuchungen in Machern statt. Die Zahl der Verhafteten blieb im Dunkeln.

Am 30. Juli wurde bekannt, dass sich im

gesamten Reich 26789 Personen in „Schutzhaft“ befinden, darunter in Sachsen 4500.

Für Leipzig und Umgebung wurde über „hochverräterische Umtriebe“ der KPD berichtet, die zur Verhaftung weiterer 100 Personen geführt hätten, darunter Kurier der KPD und 12 Personen „einer der KPD unterstehenden feindlichen Organisation“, die „dem Reichsanwalt zur Aburteilung zugeführt werden“. Die politische Abteilung des Polizeipräsidentiums informierte darüber, dass „die verbotene KPD unter getarntem Namen fortbesteht“. Im Stadtgebiet konnten, so hieß es, „50 Personen, meist Funktionäre der neuen Organisation der KPD, festgenommen werden“. Bereits im Mai war über die Bildung einer kommunistischen Schülergruppe in Leipzig-Lindenu berichtet worden.

Am 13. August wurden wiederum, unter Mitwirkung von SA und SS, über 300 Wohnungen und zahlreiche Gartenanlagen durchsucht und eine größere Anzahl von Verhaftungen vorgenommen. Das Polizeipräsidentium gab bekannt, dass es „auch weiterhin mit aller Schärfe den Kampf gegen staatsfeindliche Elemente durchführen“ wird. Die „ordnungsliebende“ Bevölkerung wurde aufgerufen, „diesen Kampf tatkräftig zu unterstützen“ und „verdächtige Wahrnehmungen sofort der nächsten

Polizeidienststelle mitzuteilen“.

Am 22. August wurde Dr. Max Goldschmidt, Professor der Augenheilkunde, und Dr. Martin David, Privatdozent für römisches Recht und altorientalische Geschichte, auf Anweisung des Reichsstatthalters in Sachsen die Lehrbefugnis an der Universität Leipzig entzogen. Zugleich wurde die „erste Ausbürgerungsliste“ der NS-Regierung bekannt. Sie enthielt 32 Namen, u.a. die der Politiker Rudolf Breitscheid, Wilhelm Hansmann, Wilhelm Münzenberg, Eugen Eppstein, Wilhelm Pieck, Philipp Scheidemann, Friedrich Stampfer, Otto Wels und die der Schriftsteller Lion Feuchtwanger, Friedrich Wilhelm Foerster, Helmut von Gelach, Kurt Grossmann, Emil Gumbel, Alfred Kerr, Heinrich Mann, Ernst Toller, Kurt Tucholsky. Ihr Vermögen, so wurde mitgeteilt, wird beschlagnahmt.

Und all das war immer noch „nur“ der Anfang der verbrecherischen faschistischen Diktatur, der auch in Leipzig nicht wenige Frauen und Männer mutig die Stirn boten.

• K. SCH.

Siehe dazu: Leipzig wird braun. Das Jahr 1933 in Zeitungsberichten und Fotografien. Hrsg. von Mark Lehmstedt. Lehmstedt Verlag, Leipzig 2008.

### Vor 55 Jahren:

## In Korea schweigen die Waffen

**Ende Juni 1950 begann ein Krieg, der drei Jahre lang wie eine Feuerwalze über die koreanische Halbinsel hinwegfegte. Was als Bürgerkrieg begann, verschärfte den Interessenkonflikt zwischen den Großmächten UdSSR und USA und rückte die Welt bedrohlich nahe an den Abgrund eines Dritten Weltkrieges.**

### Was war vorausgegangen?

Im September 1945 besetzten die UdSSR und die USA das Land, das nach dem Russisch-Japanischen Krieg von 1904/05 im Jahre 1910 durch Japan als Generalgouvernement Chosen annektiert worden war. Sie lösten es von Japan und teilten es längs des 38. Breitengrades in eine nördliche und eine südliche Interessensphäre auf. Vereinbarungen über die Bildung einer provisorischen Regierung und die Abhaltung von Wahlen in ganz Korea wurden nicht verwirklicht. Im September 1948 wurde die Demokratische Republik Korea ausgerufen und eine Regierung unter Kim Il Sung gebildet. Zuvor war bereits im Juli 1948 im Süden des Landes die Republik Korea gegründet worden, deren Regierung Li Sing Man vorstand.

Die Schärfe der Auseinandersetzungen zwischen den zwei Großmächten hatte sich im Sommer 1950 auf den Fernen Osten verlagert, wo am 1. Oktober 1949 die Volksrepublik China gegründet worden war. Hier blieb es nicht beim Kalten Krieg. In dieser Weltregion eskalierten die Auseinandersetzungen zum Ausbruch des Korea-Krieges am 25. Juni 1950.

Über die Erstüberschreitungen der Grenze am 38. Breitengrad durch nord- oder südkoreanische Truppen existieren divergierende Angaben. Nach zunächst raschem Vormarsch nordkoreanischer Verbände, beschloss der UN-Sicherheitsrat in Abwesenheit des sowjetischen Vertreters auf amerikanisches Drängen, die Unterstützung Südkoreas durch sogenannte UN-Streitkräfte, die vor allem aus modern ausgerüsteten Verbänden von Heer, Marine und Luftwaffe der USA bestanden. Und es wurde ein Krieg der verbrannten Erde. Alle modernen Waffen unterhalb der Kernwaffen wurden eingesetzt, seitens der USA auch chemische und bakteriologische Kampfmittel. Die massiv mit Napalm angegriffene Zivilbevölkerung erlitt schwere Verluste. Auf dem Höhepunkt des Krieges beabsichtigte der amerikanische Oberbefehlshaber Mac Arthur sogar den Einsatz von Atombomben, was mit Sicherheit der Beginn des Dritten Weltkrieges gewesen wäre. Dass es nicht dazu kam, war wesentlich dem Stockholmer Appell gegen den Einsatz von Atomwaffen zu verdanken, der von rd. 500 Millionen Menschen in aller Welt unterschrieben worden war. Unter dem Druck der Weltöffentlichkeit sah sich der US-Präsident Truman gezwungen, Mac Arthur durch General Ridgeway zu ersetzen, mit der Maßgabe, im Korakrieg keine Atomwaffen einzusetzen.

Nach monatelangem Tauziehen wurde endlich am 27. Juli 1953 in Panmunjon ein Waffenstillstandsabkommen geschlossen. Unterzeichnet wurde es von Nordkorea, der Volksrepublik China und dem US-General Mark W. Clark im Auftrag der

UNO. Südkoreas Präsident Rhee Syngman weigerte sich nicht nur, das Abkommen zu unterschreiben. Er wollte den Krieg sogar fortsetzen. Erst als die US-Regierung einem bilateralen Sicherheitspakt zustimmte, ihr in Südkorea stationierter Oberbefehlshaber auch die Kommandogewalt über die südkoreanischen Truppen übernahm und Seoul beträchtliche Hilfslieferungen garantiert wurden, erklärte sich Rhee Syngman bereit, den Waffenstillstand zu respektieren.

Über drei Millionen Tote, hauptsächlich Zivilisten, hatte der Krieg gefordert, der bis heute nicht durch einen Friedensvertrag beendet wurde. Es gab zahlreiche Massaker an der Zivilbevölkerung, deren Ausmaße erst in den letzten Jahren bekannt wurden.

Das waren zahlreiche Massaker von Südkoreanern an der eigenen Zivilbevölkerung, die mit Wissen und Duldung von US-Offizieren in verschiedenen Orten des Landes stattfanden. Ebenso gab es Massaker, die von US-Einheiten verübt wurden, wie z.B. das Massaker von No Gun Ri, dem 400 südkoreanische Zivilisten zum Opfer fielen. Bislang sind 61 derartige Massaker bekannt.

Der Koreakrieg hat nachhaltig gezeigt, dass im Nuklearzeitalter internationale Streitfragen und nationale Streitigkeiten nicht durch militärische Gewalt und Kriege lösbar sind. Alle Krisenherde – wo auch immer in der Welt – bedürfen zäher, geduldiger Verhandlungen, um eingedämmt und schließlich überwunden zu werden. Unliebsame Staaten als Schurkenstaaten zu klassifizieren, ist in jedem Fall kontraproduktiv.

• K. SCH. / W. STEF.

# Die konterrevolutionäre Partei der Junker

Stulpenstiefel und Reitpeitschen im August des Jahres 1848 in Berlin „Unter den Linden“

Im Sommer 1848 lösten die von den liberalen Ministern Hansemann und v. Patow eingebrachten Gesetze zur bäuerlichen Rentenregulierung und Belegung der bisher steuerfreien Rittergüter mit einer Grundsteuer einen Sturm der Entrüstung bei den hiervon Betroffenen aus. Die beabsichtigten Veränderungen wurden als Akte der Beraubung bezeichnet, die derartig gravierend seien, dass alles Bisherige der Revolution „nur Spaß“ gewesen ist. Sodann schritt man zur Tat. Unter Mitwirkung Otto v. Bismarcks entstand der Plan einer Versammlung „von treuen, tüchtigen, praktischen Männern aus allen Provinzen“. Dem folgend, bildete sich unter der Leitung v. Bülow-Cummerow Ende Juli 1848 in Stettin der „Verein zur Wahrung der Interessen der Grundbesitzer und Förderung des Wohlstandes aller Volksklassen“ zum Zwecke der „Sicherheit des Eigentums“, insbesondere der „Abwendung jeder der den Land- und Hausbesitzern ohne Entschädigung aufzulegende Grundsteuer“. Das war eine grundsätzliche Weichenstellung, denn mittels der Gründung dieses Vereins hatten sich die preußischen Rittergutsbesitzer zum Kampf gegen die Revolution 1848/49 politisch organisiert.

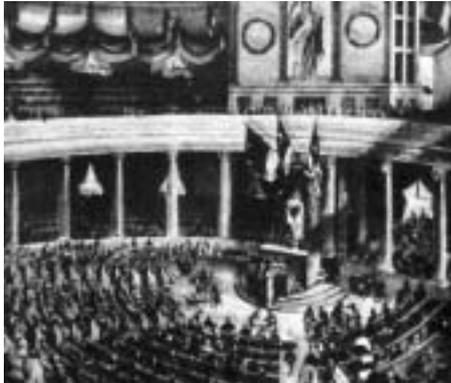
Am 11. August 1848 erfolgte der Aufruf zu einer Generalversammlung in Berlin, mit dem das konservative Gegengewicht vor allem gegen den Druck der Nationalversammlung zur Geltung kommen sollte. Auf Gerichtsbarkeit, Kirchenpatronat und sonstige Privilegien wollte man gegebenenfalls notgedrungen verzichten, umso entschiedener aber die materiellen Herrenrechte behaupten.

Bereits am 18. August wurde im Großen Mielentzchen Saale Unter den Linden die Generalversammlung, inoffiziell treffend als „Junkerparlament“ bezeichnet, eröff-

net. 400 Personen, zumeist aus der Mark Brandenburg und Pommern, waren erschienen, darunter nur 14 Bauern. Der Adel überzog. Die Schlesische Zeitung schrieb: „So viel Eleganz, so zierliche Schnurrbärte und Henri IV., so viele Stulpenstiefel und Reitpeitschen hat man in diesem demokratischen Halbjahr noch nicht gesehen.“ Der reaktionäre pommersche Landrat Hans von Kleist-Retzow wurde zum Präsidenten gewählt. Mit schärfsten Ausdrücken wandten sich die Redner gegen die „aus kommunistischen Ideen erwachsenden“

Angriffe auf Besitz und Eigentum. Dagegen betonte Ernst Ludwig v. Gerlach: „Nur in Verbindung mit den darauf haftenden Pflichten ist das Eigentum heilig. ... Gegen Eigentum ohne Pflichten hat der Kommunismus recht!“ Deshalb dürfe man, so sein Plädoyer, „die jetzt bedrohten Rechte: Patronat, Polizei, Gerichtsbarkeit nicht aufgeben“. Beschlossen wurde u.a. die Umbenennung der Vereinigung in „Verein zur Wahrung der Interessen des Grundbesitzes“. Beim Verlassen der Versammlung, so berichtete die Presse, empfangen die Berliner Gassenjungen die Junker mit dem Lied: „Der Adel wird abgeschafft, Stiefel du musst sterben.“

Für die Vertretung der verkündeten Absichten und Ziele wurde ein 50-Ausschuss bestellt. Damit schuf sich der Verein, der zum Vorläufer der 1876 erfolgten Gründung der Deutschkonservativen Partei wurde, eine zentrale Leitung. Man gründete Zweigvereine und begleitete die Agrargesetze in der Nationalversammlung



Sitzung der deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche zu Frankfurt (Main)

Fotos: LN Archiv

mit Kritik, Protest und antikommunistischer Beschimpfung. Mit dem Sieg der Gegenrevolution verlor der Verein – von Bismarck gelegentlich als „Junkerverein“ bezeichnet – allmählich seine ihm



Stephan Born stand an der Spitze des „Zentralkomitees für Arbeiter“

ursprünglich zugeordnete Funktion.

Im krassen Unterschied zum „Junkerparlament“ fand am 25. August 1848 in Berlin ein Arbeiterkongress statt, einberufen von dem am 19. April 1848 gebildeten „Zentralkomitee für Arbeiter“, an dessen Spitze das Mitglied des Bundes der Kommunisten Stephan Born stand.

40 Delegierte vertraten 35 Arbeitervereinigungen aus Berlin, Breslau, Hamburg, Königsberg, Leipzig, München und anderen großen Städten. Auf der Tagesordnung des Kongresses standen u.a.: Garantie der Arbeit durch den Staat, Versorgung aller hilflosen und invaliden Arbeiter, Beschränkung der übermäßigen Arbeitszeit, Reform des Steuerwesens im Interesse der arbeitenden Klassen, Nationalschule mit unentgeltlichem Unterricht, kostenlose Rechtspflege und Einsetzung von Arbeitsministerien in den einzelnen deutschen Staaten. Darüber wurde in zehntägigen Verhandlungen beraten. „Wichtiger als die theoretischen Beschlüsse des Kongresses war“, schrieb hierüber Franz Mehring, „das Organisationsstatut, das er für die Arbeiter entwarf, ein umfassender Bau von Lokal- und Bezirkskomitees mit der Spitze eines Zentralkomitees, das nach Leipzig verlegt und mit der Herausgabe eines Bundesblattes betraut wurde, das unter dem Namen der ‘Verbrüderung’, wie sich der neue Bund nannte, wiederum unter Borns Leitung erschien.“ Trotz der an Borns Strategie und Taktik geübten Kritik, verkörperte die neue Organisation gegenüber den teilweise zünftlerischen Bestrebungen eine höhere Organisationsstufe der Arbeiterbewegung.

Die politische Gegensätzlichkeit von Revolution und Gegenrevolution hatte im Sommer 1848 in Deutschland einen weiteren organisatorischen Ausdruck erfahren. • KURT SCHNEIDER

## Was sich hinter LEIPZIGER STRASSENAMEN verbirgt (64)

1998 begannen in Leipzig 53 Straßen mit „Am“ und 16 mit „An ...“. Nach der großen Eingemeindungsaktion und den folgenden Straßenumbenennungen im Jahr 2000 sind es heute 125 bzw. 63. Es ist klar, dass diese Straßennamen eine enge Ortsbezogenheit haben. An den Vergleichszahlen von vor und nach den Eingemeindungen zu Straßennamen gab, war das in den Dörfern und Ortschaften rund um Leipzig zumeist nicht der Fall. So wurde z.B. die Straße entlang der Bahnstrecke Leipzig-Dresden Eisenbahnstraße benannt, die Straße entlang der Eisenbahn in Anger-Crottendorf jedoch „Am Bahndamm“. So lassen sich fast alle diese „Am- und An-Straßennamen“ leicht erklären. Sie sind zumeist auf Straßen entlang von Bächen, Teichen und Flüssen (z. B.: „Am Kanal“ in Neulindenau, „Am krummen Graben“ in Knauthain-Hartmannsdorf, „Am langen Teich“ und „Am Lösegaben“ in Portitz oder auch „Am Teich“ in Lausen), auf solche an markanten Gebäuden

(z.B.: „Am Fischerhaus“ und „Am Hirtenhaus“ in Wahren, „Am Gotischen Bad“ in Schönefeld-Abtnaundorf, „Am Mückenschlößchen“ im Zentrum-Nordwest, „Am Ritterschlößchen“ in Leutzsch oder auch „Am Schwalbennest“, einer Gaststätte in Schöna) benannt. Aber auch Flurstücke, deren Namen uns heute zumeist nicht mehr geläufig sind, gaben solchen Straßen ihren Namen:

„Am Eichwinkel“ in Döhlitz-Dösen, „Am Geleinholz“ in Meusdorf, „Am Grund“ in Lausen-Grünau, „Am Kirschberg“ in Grünau oder auch „Am Pfarrfeld“ in Wahren. Nur einige dieser Straßennamen geben uns heute Rätsel auf. Das trifft im besonderen



Foto:Märker

### Am Röschenhof

1845 bis 1871 amtierende Gemeindevorsteher von Paunsdorf. Und wie das in Sachsen so üblich ist, sagten die Paunsdorfer, dass es dem Röschen sein Hof sei. So wurde es keine Straße am Röschenhof sondern eine am Röschenhof.

Maße auf die Straße „Am Röschenhof“ in Paunsdorf zu. Ein aufgebogener Leipziger beschwerte sich bei einer Radiostation über die falsche Aussprache. Seine aufgeregte Stimme brachte es bis in den Bayrischen Rundfunk und ins Internet. Und er hatte recht. Oftmals wird angenommen, daß der Röschenhof ein Hof mit vielen kleinen Rosen, also ein Röschenhof, gewesen sei. Und das trifft nicht zu. Der Besitzer jenes Bauerngutes war Carl August Rösch, der von

Ähnlich interessant ist der Ursprung der Straße „Am Tanzplan“. Es ist zwar ein Flurname, doch er verweist auf eine vorchristliche Kultstätte. „Am Flügelrad“ ist andererseits ein recht neuerlicher Name, denn er verweist darauf, dass die Straße entlang einer Gartenanlage der Reichsbahn verlief, die sich „Flügelrad“ nannte. Sie wurde jedoch 1947 verlegt und 1979 geschlossen. Mit Neubauten hat auch „An der Märchenwiese“ zu tun, denn diese Straße befindet sich in Marienbrunn in einem Gebiet, dass viele Straßen birgt, die nach Märchen und Märchengestalten benannt wurden.

Bleibe „Am Zuckmantel“ in Wahren. Dieser Straßename ist ebenfalls auf ein Flurstück zurückzuführen, dieses aber erhielt seine Bezeichnung vom slawischen Namen einer Wegegabel und hier soll tatsächlich einst ein als Wegweiser zugerichteter Baum gestanden haben. Und „An den Pferdekabeln“ in Thekla? Kabeln waren früher Teile der gemeinsam genutzten Gemeindeflur, der Allmende. Diese Kabeln erhielten Pferde besitzende Vollbauern.

• DIETER KÜRSCHNER

Jeder weiß: Olympia steht vor der Tür! Auch in Leipzig dürfte kaum jemandem entgangen sein, dass in deutschen Landen heftig gegen Peking agitiert wird. Man schmiedete in den höchsten Gremien emsig Pläne, die dem „politischen Auftritt“ der Deutschen galten und an dem Tag, da ich diese Zeilen schrieb, galt noch: Die Bundeskanzlerin Merkel wird am Tag der feierlichen Eröffnung nicht auf der Ehrentribüne in Peking sitzen! Unter uns: Muss sie auch nicht, das olympische Fest wird sie nicht vermissen...

Zu den umfassenden Plänen, sich politisch „einzubringen“, gehörte auch viel, was man gern unter dem Schlagwort „Menschenrechte“ zusammenfasst. Vorsichtshalber hat das Exekutivkomitee des Internationalen Olympischen Komitees schon vor Wochen kundgetan, was bei der Regel 51.3 der Olympischen Charta zu beachten ist, um nicht von den Olympischen Spielen ausgeschlossen zu werden.

Bevor ich darüber einige Worte verliere, widme ich der olympischen Geschichte ein wenig Aufmerksamkeit. 1968, als die Spiele in Mexiko-Stadt stattfanden, hatten US-amerikanische Athleten weltweites Aufsehen erregt, als sie für die Menschenrechte der Afroamerikaner in den USA demonstrierten. Ich ging damals im Haus 11 des Olympischen Dorfes - Hauptquartier der USA-Mannschaft - ein und aus, war keineswegs ein gern gesehener Gast, stellte oft Fragen, die mir Fußtritte und Boxhiebe beschert hätten - wären wir nicht bei Olympia gewesen.

Zur Erinnerung: Der 200-m-Sprintsieger Tommie Smith und der Dritte, John Carlos waren in schwarzen Socke zur Siegerehrung erschienen. Der Sieger trug zudem einen schwarzen Schal um den Hals, der Dritte eines jener Lederhalsbänder, das den Strick symbolisiert, an dem gelynchte Neger in den USA aufgeküpft worden waren. Als die USA-Hymne ertönte rechte jeder eine Faust in die Luft, über den sie einen schwarzen Handschuh gezogen hatten. Die Silbermedaille war an den Australier Peter Norman gegangen und als der zur Siegerehrung gerufen wurde, hatte er sich ein US-amerikanisches Menschenrechtsabzeichen an den Trainingsanzug gesteckt.

Die US-amerikanische Mannschaftsleitung war dem Herzinfarkt nahe, der US-amerikanische Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, Avery Brundage, verkündete den olympischen Ausnahmezustand und als die ratlosen Mannschaftsfunktionäre Smith und Carlos noch zu einer Reue-Aktion überreden wollten, ließ Brundage wissen, dass die komplette USA-Mannschaft augenblicklich von den Spielen ausgeschlossen würden, wenn sie die beiden nicht sofort aus der Mannschaft feuert und als erstes zwingt, das Olympische Dorf zu

verlassen.

Arrangiert hatte den Auftritt der Soziologie-Professor der San-Jose-Universität, Harry Edwards und der hatte an alles gedacht. So hatte er schon Monate vorher Zimmer für die beiden in Mexiko-Stadt gebucht und als die US-amerikanische Mannschaftsleitung an alle Hoteliers appellierte, ihnen keine Unterkunft zu gewähren, blieb das ohne Echo.

## Sportkolumne

# Wie sich olympische Zeiten ändern



Von KLAUS HUHN

Nach jener Siegerehrung hatte nicht einmal Brundage die übliche Pressekonferenz verhindern können. Ich sicherte mir auf dem Fußboden einen Platz in der ersten Reihe, hatte mir aber einiges einfallen lassen müssen, um überhaupt in den Pressesaal zu kommen, denn Yankees blockierten die Türen. Das Interesse an den Auskünften der gefeuerten Sieger über ihre Motive ließ jedoch so viele zum Hintereingang strömen, dass am Ende im Saal nicht mal mehr Stehplätze blieben.

Tommie Smith begann: „Millionen werden uns verstehen“, und fügte einen Kurz-Lebenslauf an: „Ich kam aus Texas in einem Bus für Wanderarbeiter nach Kalifornien. Ich war damals sechs Jahre alt. Mein Vater arbeitete drei Jahre als Pflücker in einem Arbeitslager, ehe er die Kosten der Busfahrt wenigstens zurückzahlen konnte. Ich war viel zu sehr beschäftigt damit, am Leben zu bleiben, um zu bemerken, was um mich herum geschah,

und mein Vater war zu stolz um zu klagen. Erst an der Oberschule begriff ich, dass ich noch heute in diesem Arbeitslager hocken würde, wenn ich nicht so schnell laufen könnte. Die Leute erkennen mich zwar als einen ungemein schnellen Nigger an - aber ein Nigger bleibe ich trotzdem.“

Seine Frau Denise fuhr fort: „Ich bin die Frau eines berühmten Läufers, aber wenn ich in einem weißen Viertel spazieren gehe, bleiben die Leute stehen, weil sie Angst haben, dass ich vielleicht eine Wohnung oder ein Haus mieten will.“

John Carlos sprach über seine zweieinhalbjährige Tochter. „Sie hatten mir versprochen, dass meine Frau Arbeit finden würde, wenn ich für die East Texas Universität starten würde. Wissen Sie, was sie für Arbeit hatten? Sie sollte Teller waschen! Was meine Tochter betraf, hatte der Arzt gemeint, sie brauche dringend Landluft. Es blieb ihr aber nur die Luft der Einsamkeit, denn die Weißen in der Nachbarschaft ließen ihre Kinder nicht mit einem schwarzen Mädchen spielen.“ Und dann schloß Carlos: „Wir werden wie gute Rennpferde behandelt, die man mit Nüssen füttert, um besser darauf reiten zu können.“

Die Demonstrationen setzten sich trotz des Rauswurfs der beiden fort. An einer war auch ein DDR-Athlet mittelbar beteiligt:

Bob Beamon hatte den Weitsprungweltrekord von 8,35 m auf die Fabelweite von 8,90 m gesteigert. Er war ziemlich sicher, dass ihm diese Goldmedaille fortan ein sorgenfreies Leben sichert. Der Weitsprungveteran Ralph Boston - Gold 1960 in Rom, Silber 1964 in Tokio, nun Bronze - versuchte ihn zu überzeugen, dass er doch irgendeine solidarische Geste zeigen sollte und als er spürte, dass er ihn vielleicht dazu bewegen könnte, bat er den Silbermedaillengewinner - Klaus Beer aus der DDR -, den Beginn der Siegerehrung zu verzögern. Beamon ließ sich überzeugen, zog sich die Hosen hoch und schloss sich damit den Demonstrationen an.

Bis heute sind Smith und Carlos und ihre Aktion nicht vergessen. Am 17. Oktober 2005 wurde auf dem Gelände der San Jose Universität ein Bronzedenkmal der beiden enthüllt, Edwards war zum Zeremoniell gekommen und auch Peter Norman aus Australien.

1968 war auch die bundesdeutsche Medien-Obrigkeit gebührend empört gewesen! Man las und hörte, dass die Spiele politisch missbraucht worden seien. Das IOC war ähnlicher Meinung und konzipierte Regel 51.3: Wer auf olympischem Gelände kommerzielle, rassistische, religiöse oder politische Propaganda betreibt, wird von den Spielen ausgeschlossen! Nun attackiert man das IOC, weil es angeblich die Menschenrechte ignoriert! So ändern sich die Zeiten. Kommentar überflüssig...

## Christopher-Street-Day Leipzig 2008 fotografiert von Gerhard Märker



In mehr als 20 verschiedenen Veranstaltungen diskutierten, demonstrierten und plädierten Leipziger mit zahlreichen Gästen eine Juli-Woche lang für Toleranz, Kulturoffenheit und Regenbogenfamilien. Prof. Thomas Fabian, Leipziger Bürgermeister und Beigeordneter, betonte in seinem Grußwort: „Die in der Öffentlichkeit viel beschworene Akzeptanz von Lesben, Schwulen und Transgender gibt es nicht zum Nulltarif, sie erfordert ständiges beharrliches Aufklären und Diskutieren.“



Eine Gebärdendolmetscherin übersetzte auf der Bühne am Nikolaikirchhof die Reden. Leider noch eine Seltenheit...



Am Eröffnungstag am Nikolaikirchhof mit dabei, Dr. Barbara Höll, MdB - Sprecherin für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN in Berlin.

## Aktion „Zuckertüte 2008“

Zum Bürgerfrühstück der Stiftung „Bürger für Leipzig“ auf der Parkbühne Eutritzsch übergaben im Juli in Anwesenheit des OBM Burkhardt Jung die Vertreter des Stadtverbandes DIE LINKE. und der Stadtratsfraktion ihren Beitrag für die Aktion „Zuckertüte 2008“. Die Stadtratsfraktion stiftete 500 Euro aus einem Fonds, in den die 2004 durch die Fraktion abgelehnte Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Stadtratsmitglieder einfließt. Für den Stadtverband übergab die AG „Soziale Politik“ einen weiteren Scheck über 500 Euro. Damit wurde zugleich der Beschluss des Stadtparteitagess zur konkreten Mitwirkung an dieser Aktion umgesetzt. Wir danken allen Spendern!

Die Aktion selbst wird noch bis Ende Juli fortgesetzt. Angesichts der fast ungebremst steigenden Verarmung der Kinder und damit der Zukunft Deutschlands, ist jede Initiative zur Milderung der sozialen Ausgrenzung von Kindern aus einkommensschwachen Familien zu begrüßen und zu unterstützen. Folgerichtig unterstützen wir so auch die Aktion „Zuckertüte“, initiiert durch die Stiftung „Bürger für Leipzig“, mit der Schulanfänger eine neue wertige Erstausrüstung erhalten. Die Auswahl erfolgt dabei in enger Zusammenarbeit mit dem Sozialamt. Dem gleichen Anliegen verpflichtet, gaben wir bereits unsere volle Unterstützung dermaßgeblich vom Erwerbslosenausschuss ver.di veranlassten Petition zur Einrichtung eines Schulbedarfsfonds an den Freistaat Sachsens. Auch unsere Unterschriften sind in die nunmehr 11 000 Unterschriften eingegangen.

Natürlich sind wir uns bewusst, dass mit diesen Initiativen nicht die eigentlichen Ursachen gelöst sind. Uneingeschränkt ist deshalb auch den Feststellungen von Elisabeth Trebitz (Bonn) in ihrem offenen Brief an den Präsidenten des 16. Deutschen Bundestages vom 6.6.2008 zuzustimmen: „Deutschland ist kein kinderfreundliches Land!“

„Die wohlmeinenden Bemühungen karitativer Verbände, örtlicher Bürgervereine und Initiativen, der Kirchen und einzelner Kommunen, die Kinderarmut in Deutschland zu mildern, sind leider völlig unzureichend. Deshalb muss es schnellstens zu einer konzentrierten Aktion zwischen Bund, Ländern und Kommunen kommen, in der auch der Bund Kosten und Verantwortung für „seine Kinder“ übernehmen muss...“ Bis dieses Ziel erreicht ist, verdienen die von sozialer Verantwortung getragenen Aktionen zur Sensibilisierung und praktischen Hilfe nicht nur Anerkennung, sondern eben auch konkrete Unterstützung.

Zugleich gilt es den Druck weiter zu erhöhen, um Sachsens Regierung zu zwingen, dem Beispiel Baden-Württembergs folgend, alle Lernmittel – nicht nur die wenigen Lehrbücher – kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die Einrichtung eines Schulbedarfsfonds bleibt also unverändert aktuell! Aber auch Kommunen haben ihre Möglichkeiten. So hat die Stadt Zwickau für jeden Erstklässler aus einkommensschwachen Familien ein Startpaket im Wert von etwa 250 € beschlossen. Eine Anregung auch für Leipzig.

PETRA WEISSFUSS, Leipzig

## Für eine sozialere Gesellschaft

60 Jahre soziale Marktwirtschaft wurde im Juni dieses Jahres von der Politik begangen. Dazu formulierten 350 zufällig ausgewählte Bürger in einem von der Bertelsmann-Stiftung, Heinz Nixdorf



Stiftung und Ludwig-Erhard-Stiftung initiierten Bürgerforum Gedanken und Ideen und heraus kam ein über 100 Seiten fassendes Bürgerprogramm zur Sozialen Marktwirtschaft. Es enthält Visionen zu einer bürgernahen machbaren Politik, die alle Bereiche umfasst, wie z. B. Arbeit, Bildung, Demographie, Finanzen, Globalisierung, Innovation, Soziales Umwelt. Das Besondere an dem Bürgerforum ist, das sich hier parteiunabhängig Menschen getroffen haben, die aus verschiedenen Lebensbereichen kommen. Ob Student, Hausfrau, Arbeiter, Hartz-IV-Empfänger, Unternehmer oder Rentner, sie alle wollten etwas bewegen und nicht nur kritisieren. Jeder brachte in seinem Arbeitsausschuss eigene Gedanken und Erfahrungen ein und bereicherte damit die Inhalte des Bürgerprogramms, dessen erste Exemplare im Juni an Vertreter der Fraktionen im Deutschen Bundestag übergeben wurden.

Eine zentrale Forderung des Programms ist die nach besseren Bildungsmöglichkeiten und damit verbunden nach mehr finanziellen Mitteln für nachhaltige Investitio-

nen für diesen Bereich. Auch die Förderung von Familien und deren finanzielle Absicherung ist ein wichtiger Punkt.

Zu den mehr als 50 konkreten Politikvorschlägen des „Bürgerprogramms Soziale Marktwirtschaft“ führte die Bertelsmann-Stiftung eine repräsentative Bevölkerungsumfrage durch. Diese ergab, dass 73 Prozent der Bundesbürger die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland als ungerecht bewerten. Nur jeder Achte (13 Prozent) bezeichnet die Verteilung von Einkommen und Vermögen im Großen und Ganzen als gerecht. 95 Prozent aller Bundesbürger bekräftigen die Forderung nach einer besseren Investition in die Bildung. In diesem Programm steckt viel Arbeit und Engagement. Nun liegt es an den Politikern die hier aufgestellten Vorschläge der Bürger anzunehmen und umzusetzen. Das vollständige Bürgerprogramm sowie die Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage sind auf der Online-Plattform des Bürger-Forums ([www.buergerforum2008.de](http://www.buergerforum2008.de)) veröffentlicht.

PETRA RADTKE, Leipzig

## Fragen eines Lesers

Warum bleibt man denn als „Ossi“ nach nunmehr 18 Jahren immer noch der in den „ewig neuen Bundesländern“? Wieso wurden im Osten die „Russen“ bewegt, das Land zu verlassen, während noch immer amerikanische A-Bomben in geheimen Lagern zur Sicherung Amerikas in der BRD gehütet werden? Wieso musste die SU damals ihre Raketen von Kuba abziehen, wenn es heute darum geht, US-Basen in Polen und Tschechien aufzustellen? Wird denn nicht im Fernsehen bewiesen, dass seit 2002 über 2900 deutsche Soldaten in Afghanistan stationiert sind, seit 2006 ebenfalls 2400 im Libanon? Lasst uns endlich in Frieden leben, geht nach Hause und lasst uns nicht daran denken, was es für eine besondere Ecke auf dem Flugplatz Halle-Leipzig gibt. Wie denn nun Ihr Damen und Herren Politiker? Was ist denn nun eigentlich wichtig, im ewigen Durcheinander von Diäten, Managergehältern, Lebensmittelpreisen und Benzin, für ein gesichertes Leben aller Menschen dieser Erde?

MANFRED KUTZ, Eilenburg

Die auf dieser Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.

Die Redaktion

## Erhöhte Kriegsgefahr

Mit wachsender Besorgnis verfolgen wir die sich in den letzten Tagen verstärkende Orientierung in den Medien auf einen nahe bevorstehenden Krieg der USA und Israels gegen den Iran. Ähnlich wie vor dem Irak-Krieg, müssen unbewiesene Behauptungen jetzt über die angebliche atomare Rüstung Irans, als „Kriegsgrund“ erhalten.

In Wirklichkeit geht es um die Herstellung der strategischen Vorherrschaft der USA über den gesamten Nahen und Mittleren Osten, um die Verfügungsgewalt über die dortigen Rohstoffreserven. Es soll erneut Blut für Öl fließen.

Aus völkerrechtlicher Sicht ist festzustellen:

-Jedes Land hat das Recht zur friedlichen Nutzung der Kernenergie.

-Der Besitz von Kernwaffen ist nicht notwendig. Die weltweite atomare Abrüstung böte keinen Grund für einen Angriffskrieg. Bekanntlich besitzen Pakistan, Indien, Nordkorea, Israel bereits neben den Großmächten Kernwaffen, und niemand ruft zum Krieg gegen diese Länder auf!

-Es ist völkerrechtswidrig, einen Regimewechsel in einem Staat mit einem Angriffskrieg herbeizuführen.

-Die Nutzung der kanppen werdenden Rohstoffreserven muss auf der Basis von internationalen Wirtschaftsverträgen, auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils, geregelt werden – nicht durch militärische Interventionen.

-Für die Lösung der politischen Probleme im Nahen Osten wird seit langem eine internationale Nahost-Konferenz unter Leitung der UNO vorgeschlagen.

Die Kriegsvorbereitungen gegen Iran dürfen nicht im „Sommerloch“ verschwinden.

Dieser Krieg würde unübersehbare, nicht kalkulierbare Folgen haben! Hoffen wir, dass der weltweite Protest der Völker und die politische Diplomatie den Kriegstreibern in den Arm fallen, damit der bedrohte Frieden erhalten bleibt, wenigstens in diesem Teil von Nahost.

FAMILIE HARTMANN, Neubrandenburg

## Gefälschte Statistik

Ständig berichtet unsere Obrigkeit über fallende Arbeitslosenzahlen. In Wirklichkeit fällt nur die Zahl der statistisch erfassten Arbeitslosen. Wie sagte Churchill? Glaube nur der Statistik, die du selbst gefälscht hast. Wer zum Beispiel aufgrund längerer Arbeitslosigkeit kein Arbeitslosengeld mehr erhält, den erklärt die Regierung unverföhren für nicht arbeitslos. Insgesamt sind mindestens 3,2 Millionen arbeitswillige Menschen ohne Arbeitsstelle nicht in der amtlichen Statistik berücksichtigt, wie Staatssekretär Brandner vom Bundesarbeitsministerium zugeben mußte. Leider fallen viele Medien auf die Sprachmanipulation herein und verbreiten die irreführenden, offiziellen Zahlen unkorrigiert und unkommentiert.

Prof. JÜRGEN WERNER, Berlin

## In's RECHTe Licht gerückt

Unsere Redaktion hat sich an die Leipziger Gruppe der Landesarbeitsgemeinschaft „SOJUS“ bei der Sächsischen Linken gewandt. Dies steht für „Sozialistische Juristen“, die sich landesweit organisiert haben. Die Idee ist, monatlich über wichtige neue Gesetze und Urteile der Bundes- und Obergerichte zu informieren.

Wir werden sie auffordern, Wege aufzuzeigen, wie man nicht nur Recht hat, sondern solches auch bekommt.

In SOJUS Leipzig sind unter anderem Anwälte wie Dr. Roland Wötzel, Stefan Costabel und Petra Wenniges, Erika und Gerhard Lauter organisiert, die sich auf den Gebieten des Bau-, Wirtschafts-, Arbeits-, Straf-, Zivil- und Familienrechts, aber auch des Sozialrechts seit langem bewegen. Wir denken jedoch auch daran, uns an den Kreisen der Steuer- und Rentenberater Ratschläge zu wichtigen Rechtsentwicklungen einzuholen.

Zunächst wünschen wir uns als Redaktion Ihre Meinung zu dieser neuen „Seite“ unserer Zeitung, noch besser Themenwünsche, die vom „2. Gesetz über die Modernisierung von Dienstleistungen auf dem Arbeitsmarkt“ - so heißt Hartz IV wirklich (!) - bis zur Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zur Wohnungsrenovierung reichen könnte.

Finden wir Ihre Zustimmung, werden wir einfach anfangen.

**BUCHHANDLUNG RIJAP**

GbR

**Literatur für SIE**

Im August neu bei uns:

- Robert Allertz: *Die RAF und das MfS. Fakten und Fiktionen.* edition ost, 14,90 Euro
- Markus Reiter: *Die Phrasendrescher. Wie unsere Eliten uns sprachlich verblöden.* Gütersloher Verlagshaus, 12,95 Euro
- Bruno Preisendörfer: *Das Bildungsprivileg. Warum Chancengleichheit unerwünscht ist.* Campus Verlag, 24,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.  
Wir liefern in Leipzig frei Haus!  
In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!  
Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet  
fl 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71  
www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der  
**Filiale Axispassage**  
04159 Georg-Schumann-Str. 171  
**Filiale Eutritzscher Zentrum**  
04129 Wittenberger Str. 83  
**Filiale Büchermarkt Mockau Center**  
04357 Mockauer Str. 123



**Meine Dienstleistungen**

- Malerarbeiten, farbliche Raumgestaltung
- Bordüren, Dekore, alte Maltechniken
- Wandmalerei z. B. Küche, Bad, Kinderzimmer, Fassade
- passende Bilder zum neuen Wohndesign
- ein Tierporträt für Tierfreunde z. B. als Geschenkidee

**Malerei Maritta Brückner**  
Rosenowstraße 28 e  
04357 Leipzig  
fon / fax: 0341/6013281  
funk: 0177/7254505

**Unser Genosse  
Oswald Müller  
wird am 14. August  
75 Jahre alt.**

Die Genossinnen und Genossen des Ortsverbandes Connewitz/Dölitz gratulieren ihm ganz herzlich und wünschen ihm alles Gute, vor allem Gesundheit und die Erfüllung seiner persönlichen Wünsche und Hoffnungen

**Liebknecht-Haus  
wird an DIE LINKE  
übergeben**

Am 29. August erfolgt die Übergabe des Liebknecht-Hauses an die Leipziger LINKE. Aus diesem Anlass laden wir ab 16 Uhr zur Hofparty ein. Ab 18 Uhr freuen wir uns auf eine Buchlesung mit Dr. Hans Modrow, der vor zehn Jahren dem Haus, damals noch symbolisch, den Namen Liebknecht-Haus gegeben hatte.

**ISOR e. V.**

Beratungen für Rentner und angehende Rentner, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 und 3 AAÜG neu vom Rentenstrafrecht bedroht sind. Sprechstunden: jeden vierten Mittwoch, 16-17 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a

**Wir begrüßen die neuen Abonnenten in unserer Hochburg Leipzig, in 04808 Wurzen und in 63073 Offenbach.**



die linke auf den punkt gebracht.



im abo. im internet. am kiosk.

Ja, ich will die Tageszeitung Junge Welt drei Wochen unverbindlich testen. Das Testabo endet automatisch.

Ich habe das Probeabo ergriffen:

Name/Vorname \_\_\_\_\_  
 Nachname \_\_\_\_\_  
 Straße/Platz \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
 Telefon \_\_\_\_\_ E-Mail \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
 Telefon \_\_\_\_\_ E-Mail \_\_\_\_\_  
 Datum/Überschrieb \_\_\_\_\_  
 Datum/Überschrieb \_\_\_\_\_

Sie beachten Sie beim Testabo, daß eine optimale Bearbeitung nur möglich ist, wenn Ihre Telefonnummer (und gegebenenfalls auch Ihre E-Mail-Adresse) angegeben ist. Wir garantieren, daß die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden.

Bestellweg beginnt ab Montag, dem \_\_\_\_\_

Copyen einreichen an Verlag & Med. GmbH, Torstr. 6, 10119 Berlin oder faxen an die 0 30 53 63 55-44

**JETZT ABSAHNEN!**

**KLEE** Mission Pop – Klee wollen mit ihrem neuen Album Berge versetzen

**AUSSERDEM IM HEFT:**  
Sex Pistols, Oomph!, Pilot, El'ke, Hubert von Goisern, Silly, Jürgen Kerth

200 Festivaltickets, 100 CD's und 100 Bücher zu gewinnen!

**Ab 26.06. am Kiosk erhältlich! | www.melodieundrhythmus.com**



**SPENDEN an:**

Projekt Linke Zeitung e. V.,  
Sparkasse Leipzig,

Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92,

Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima  
Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

**Bestellschein**

**LIEFERANSCHRIFT:**

Name, Vorname  
Straße, Hausnummer  
PLZ, Ort  
evtl. Telefon  
e-mail-Adresse

**ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR. des Werbers\* bzw. Geschenkgebers\***

\* Nichtzutreffendes bitte streichen  
Kundennummer  
Name, Vorname  
Straße, Hausnummer  
PLZ, Ort

- Probe-Abo (3,00 Euro für ein Vierteljahr)
- Normal-Abo (10,80 Euro im Halbjahr)
- Studierenden-Abo (10,80 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
- Internet-Abo (15,00 Euro im Jahr)

**Solidaritätspreis:**

Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis zusätzlich 5,00 Euro.

bitte ausgefüllt schicken an:  
LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

Ich bitte um Rechnung

Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Die Zeitung erscheint monatlich und wird über die Post/e-mail zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor Bezugsende** in der Redaktion kündige.



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,  
V.i.S.P.: Michael Zock

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,  
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345  
E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de  
Internet: www.leipzig-neue.de

Sprechzeiten: Dienstags von 10:00 bis 12:00 Uhr

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen,  
Werbung:  
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtner-  
straße 113, 04209 Leipzig.  
Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Einzelpreis: 2,00 Euro,  
im Abonnement halbjährlich (für 6 Ausgaben): 10,80 Euro

Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG Neubrandenburg

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 21. Juli 2008

Die nächste Ausgabe erscheint am 26. September 2008

**W**as ein richtiger Linker ist, der bekommt einen Hals, wenn irgendwer behauptet, Ausländer seien kriminell. Oder manche Ausländer seien das. Oder einige.

Was richtige Wirte in der leipziger Gottschedstraße oder im Barfußgässchen sind, die haben da zwar schon andere Erfahrungen gemacht, aber die haben eben falsches Bewusstsein, wie Karl Marx feststellen würde. Oder kommt das von Kurt Beck? Bart ist jedenfalls Bart. Es mag schon passiert sein, dass man paarweise schlendernde Herren mit dunklem Teint und Sonnenbrillen mehrfach am Tag sieht – vor den eigenen Freisitzen. Es soll auch schon 30-mal am Tag gewesen sein. Auch von mehreren solchen Paaren ist die Rede, die sich vielleicht über Mobiltelefone verständigen. Man versteht ja nicht, was sie sagen.

## Rote Karte für Schwätzer

Sie haben aber das gute Recht jedes anderen Bürgers, durch die Innenstadt zu schlendern. Sie dürfen sich auch auf Freisitz-Stühle setzen wie jeder andere. Zufall, dass sie das gern tun, wenn sich gerade deutlich erkennbare Touristen niedergelassen und ihre Jacken leichtsinig über die Stuhllehnen gehängt haben. Erst recht ist es Zufall, wenn dann mancher der Touristen seine Briefftasche in der Jacke vergeblich sucht. Die sollen einfach besser aufpassen - die Touristen. Haben ohnehin zu viel Geld, sonst würden sie nicht herumreisen. Meinen manche. Nur die Wirte haben Sorgen, das könnte sich herumsprechen und ihre Branche schädigen.

Aber wen geht das etwas an? Schließlich sind Wirte Unternehmer, Ausbeuter ihrer Kellner. Und Ausländern ist Mensch per se wohl gesonnen.

Wer was anderes sagt, kriegt die rote Karte gezeigt...

• - BASTA

Noch heute existieren in Sachsen sage und schreibe 4000 Kleingärtnervereine mit 220000 Parzellen auf einer Gesamtfläche von 9000 Hektar.

Magazin- Kreuzer 07 / 08

In einem Bündnis komme es darauf an, „auch dem Partner seine Erfolge zu gönnen und nicht ständig zu versuchen, ihm auch noch die letzte Butter vom Brot zu kratzen“.

K. Beck über A. Merkel am 8. 7.

Das Rekruten-Gelöbnis in Berlin wird nicht wie von der Bundeswehr gewünscht ausnahmsweise vor dem Reichstagsgebäude abgehalten. Das Grünflächenamt des Bezirkes Mitte lehnte einen Antrag des Verteidigungsministeriums ab. Dessen Sprecher sagte: Man sei von dem Vorgang stark irritiert.

LVZ am 8. 7. – Es kam ja noch anders!

Kinder, die früh mit Musik in Kontakt kommen, viel Musik hören, selbst musizieren, entwickeln eine höhere Intelligenz, sind ausgeglichener, kommunikativer, verhalten sich sozialer. Musizieren über Gemeininn...

LVZ - Extra- Ausgabe am 8. 7.

## FUNDSACHEN

Der Kapitalismus ist die Katastrophe einer Balance innerhalb eines uralten Tauschsystems der Menschheit.

Friedrich Kittler im DLF am 13. 7.

Die Grenzen zwischen Tourismus und Migration haben sich auf eine seltsame Weise verwischt. Längst ist nicht mehr klar, wie das „zu Hause“ eigentlich funktioniert für Menschen, die hier und dort leben und an mehreren Orten anwesend

und abwesend zugleich sind  
WZ FREITAG am 11. Juli

Ca. 800000 Haushalte können in Deutschland die Strom- und Gasrechnungen nicht mehr bezahlen.  
Talk „Anne Will“ am 14. 7.

In China gelten ab sofort Beschränkungen für Autofahrer, um während der olympischen Spiele die Qualität der Luft zu verbessern. Je nach Autonummer darf nur an geraden oder ungeraden Tagen gefahren werden.  
DLF am 20. 7.

Immer mehr Eltern wird das Sorgerecht entzogen. Die Zahl der Fälle hat sich in Sachsen seit 2001 fast verdoppelt. So wurden im vergangenen Jahr 504 Fälle registriert.  
LVZ am 19./20. 7.

ENTDECKT VON SIEGFRIED KAHL

## Basar, Suq und Markt an jedem Wochenende

Jeden Samstag verwandelt sich der Platz am Sportforum in einen bunten, multikulturellen Suq (arab. für Markt). Sobald man den „Türkischen Markt“ betritt wähnt man sich nicht mehr im durchstrukturierten Deutschland, sondern inmitten eines arabischen Wochenmarktes oder eines türkischen Basars. Dabei ist es gleich ob man am Morgen oder am späten Nachmittag kommt, es herrscht immer geschäftiges Treiben, denn hier kann man vom frischen Obst und Gemüse über Kleidung und Gardinen so gut wie fast alles kaufen.

Händler über Händler, die ihre Waren anpreisen als gäbe es kein Morgen. Sie übertreffen sich dabei gegenseitig an Witz und Kreativität. So kann es vorkommen, dass ein marokkanischer Händler deutsche Gurken aus Russland anpreist, während ein Anderer lautstark Erdbeeren feil bietet, die – wie er behauptet – aus seinem eigenen Garten stammen.

Am späten Nachmittag, wenn das Markttreiben sein Ende nimmt und die Händler ihre mitgebrachten Waren nicht wieder mit nach Hause nehmen wollen, werden die ohnehin schon günstigen Waren noch billiger angeboten. So bekommt man zum Beispiel für einen Euro eine ganze Kiste Pflaumen oder Tomaten. Darunter sind allerdings auch einige faulige Stücke, die man, zu Hause angekommen, schnell aussortieren sollte. Kurz vorm Schluss geben die Händler dann noch einmal alles und schreien, so laut sie nur können. Bei manchen spürt man an der heiseren Stimme und den immer obskureren Anpreisungen die Folgen eines arbeitsintensiven Tages.

Der „Türkische Markt“ besticht jedoch nicht nur durch das vielfältige Angebot an Waren, die günstigen Preise und die lautstarken aber durchaus sensiblen Händler, sondern vor allem durch eine Atmosphäre der Offenheit und Internationalität. Und die Käufer und Besucher kommen aus



Der Leipziger „Türkische Markt“ lädt seine Besucher jeden Samstag nicht nur zum günstigen Einkauf ein, sondern eröffnet vielen auch „eine andere Welt.“

Fotos: Sandra Wolf



aller Welt. So sieht man buddhistische Mönche aus dem Leipziger Kloster neben afrikanischen und asiatischen Studenten, arabischen und türkischen Frauen mit ihren Kindern nebst deutschen Nonnen und amerikanischen bzw. englischen Touristen. Der Treff am Stadion vereint Men-

schen, aller Farben, Formen und Größen und jeden Alters. Ein Bummel lohnt nicht nur für die Einkaufstasche, sondern erfordert auch eine Toleranz im Alltäglichen.

• SANDRA WOLF



Man wird doch mal fragen dürfen:  
Warum sind die Dresdner eigentlich so vehement gegen eine Tunnellösung?  
Sie kennen sich doch mit Stollen aus ...

## Lochners neue Wahrheiten

Die Kleinen trinkt man, und die Großen lässt man saufen.

Wes Arsch ich küß, des Fuß mich tritt.

Feminismus: Bewegung mit dem Endziel, Männer, die falsche Entscheidungen treffen, durch Frauen zu ersetzen.

## Zitatenschatz anno dunnemals

Das ist der Frauen Streben, auf großem Fuß zu leben, und dennoch – ach wie eigen! Den kleinsten Fuß zu zeigen. (Fliegende Blätter Nr. 3313)

Wer die anderen neben sich klein macht, ist nie groß. (Johann Gottfried Seume)